Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,— Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 0,95 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 8.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt und des Landkreises Merseburg

mit den wöchentlichen Beiblättern Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd der vierzehntägigen Beilage Bilder von Feld und Hof und dem zwanglos erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 408.

Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 186 | Dienstag, den 11. August 1925 | 52. Jahrgang

Tagesspiegel.

Montag mittag ist Briand nach London gereist; Dienstag vormittag begannen die Beratungen mit Chamberlain. Man glaubt, daß Briand am Donnerstag oder spätestens am Freitag die Rückreise antreten kann. Viel bemerkt wird, daß der belgische Außenminister an der Unterredung nicht teilnimmt. Der offizielle Londoner „Daily Telegraph" gibt dazu den beziehungsvollen Kommentar, daß Belgien zwar Verbündeter Frankreichs, aber nicht Polens sei und daß die belgische Auffassung sich ohnehin mit der englischen in der Sicherheitsfrage völlig decke.

*

Die Räumung der Sanktionsstädte wird sich nach den neuesten Mitteilungen verzögern. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Sanktionsstädte schon am 15. August geräumt sind; eine Reihe von technischen Schwierigkeiten der Militärbehörden wird als Grund angegeben. Eine politische Bedeutung dürfte dieser Verzögerung — mehr als eine Verzögerung kann es nicht sein — nicht zukommen.

*

Das zwischen Frankreich und Spanien geschlossene **Abkommen über die internationale Zone in Tanger** sieht als spanische Besatzung 300 Mann, als französische 600 Mann für die Polizei vor. England, das eine Zeit lang Miene machte, sich stärker an Tanger zu interessieren, hat jetzt diesem Abkommen, das den französischen Einfluß in die erste Stelle rückt, zugestimmt. Vielleicht spielen dabei doch die Pläne eines Umtausches von Ceuta weit besser als das am Atlantischen Ozean liegende Tanger.

*

Der Drusenaufstand in Syrien macht den Franzosen sehr zu schaffen. Dabei handelt es sich um einen Stamm von kaum 100 000 Seelen; aber es hat sich schon in Marokko gezeigt, daß bei Kolonialkriegen die Zahl nicht den Ausschlag gibt. So wurde eine große französische Strafkolonne von den Aufständischen geschickt in Teilangriffen erledigt. Der französische Posten Soueida ist von den Drusen eingeschlossen. Er liegt im Südwinkel des syrischen Mandatsgebietes, nahe der Grenze des englisch beeinflußten Ostjordanlandes.

*

In England zeigt man einige Aufregung angesichts der letzten Nachrichten über die neuen deutschen Methoden, **aus Kohle einen** flüssigen Brennstoff zu erzeugen. Ein liberales Blatt warnt die Engländer, sich in dieser Sache so wie in der Farbenindustrie von den deutschen Erfindern überflügeln zu lassen. Man befürchtet auch von einer großzügigen Ausbeutung der neuen Erfindungen eine Entwertung der Ölquellen, um deren politischen Schutz und technische Vervollkommnung England so sehr bemüht ist. Bekanntlich versiegen auch die ergiebigsten Ölquellen nach einer bestimmten Zeit, während die Kohle als Rohstoff der deutschen Brennstofferzeugung vorläufig noch ungemessene Mengen zur Verfügung stellt.

Die Verfassungsfeier im Reichstage.

Berlin, 11. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Reichstage ist der Sitzungssaal reich mit Grün geschmückt. Über der Präsidententribüne prangt zwischen grünem Schmuck der Reichsadler. Unter ihm die schwarz-rot-goldenen Farben. Pünktlich um 12 Uhr betritt Reichspräsident von Hindenburg den Saal und nimmt in der Mittelloge Platz. Links von ihm sitzen Reichstagspräsident Loebe und die Vizepräsidenten Bell und Graefe, rechts der Staatssekretär Meißner. Im Saale haben unten auf den Regierungsbänken die Minister Platz genommen. Auf der anderen Seite sitzen die Vertreter der Länder sowie zahlreiche Persönlichkeiten aus den Ämtern und Ministerien. Auf der Rechten bemerkt man einige Lücken. Es scheint, als ob hier Abgeordnete der Feier ferngeblieben sind. Zunächst wird die Feier eingeleitet durch den ersten Satz der ersten Symphonie von Brahms, den das Philharmonische Orchester zu Gehör bringt. Darauf folgt die

Festrede des Professors Platz,

die dadurch etwas verliert, daß sie in ziemlich trockenem Pathos vorgetragen wird, die aber in ihrer Ablegung von Urteil und Kritik an der Verfassung sonst einen guten Eindruck macht. Einleitend weist der Redner auf den Bundestag hin, der am 11. August 1919 zu einer Verfassung führte, die unser Volk aus der größten Zerrüttung und Not herausriß. Eine solche Feier soll überall in der Not dieser Übergangs- und Wendezeit den Willen wecken, der Verwirrung und der Zwietracht der Geister, dem größten Übel der Gegenwart entgegenzuwirken. Noch horcht die Welt, so führte der Redner u. a. aus, auf, wenn das Wort Weimar erklingt. Noch zweifelt sie aber vielfach, wenn sie von der Weimarer Verfassung hört. Er glaube an die Möglichkeit des Besseren, er glaube an die gesunden Kräfte unseres Volkes und seine politische Erziehbarkeit, er glaube an die Einfügbarkeit eines so gereiften Staatsvolkes in eine Gesamtordnung, die den Höhepunkt des deutschen Denkens im Mittelalter ebenso gegenwärtig war, wie den Männern der klassischen Zeit des preußischen Staates.

Und das ist zunächst notwendig, wenn die Verfassung Wirklichkeit werden soll. Das deutsche Volk hat sich in historischer Stunde, wo es um Sein oder Nichtsein des Staatlichen ging, zur republikanischen Staatsform gefunden kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker und zwar in allen seinen Ländern. Mag uns auch noch manches vorbehalten sein, was wir nicht zu fordern aufhören werden, die staatsrechtliche Einheit des deutschen Volkes selbst, ist zu keiner Stunde ernstlich in Frage gestellt gewesen. Der nationale Lebenswille, der Prozeß des Zusammenwachsens von Volk und Staat, der schon lange im Gange ist, der so vielfach unterbrochen und zurückgehalten wurde, kann auf der Linie unserer demokratisch-republikanischen Verfassung wirkungsvoll fortgesetzt werden, und wenn keine Erschütterungen großen Ausmaßes mehr dazu kommen, zu einem glücklichen Ende führen. Alle Deutschen, die im Geiste der Verfassung dieser staatspolitischen Einswerdung aus freier Selbstbestimmung dienen, gilt in dieser Stunde unser Gruß und aufmunterndes Wort. Wie der Einzelne dem gemeinen Besten, so dient das ganze deutsche Volk nach den Worten des Vorspruchs der Verfassung, dem inneren und äußeren Frieden. Nur das Deutschland kann wieder blühen und zu seinem neuen Tag kommen, wenn

die Glieder dem Ganzen dienen.

Möge dieser Wille, dem Ganzen zu dienen, im Rahmen unserer Verfassung neu geweckt und das freie machtvolle Morgen im Sinne des Friedens und des Rechts schaffen. Wenn wir dann der Welt nicht vorenthalten haben, was sie von uns erwarten darf, dann dürfen wir fordern, daß uns die Welt gibt, was unser ewiges, unverjährbares Recht ist.

Dann folgt wiederum ein Musikvortrag, worauf der Reichskanzler Dr. Luther das Hoch ausbringt. Dann verläßt der Reichspräsident den Saal, um die Front der inzwischen vor dem Gebäude aufgestellten Ehrenkompagnie abzuschreiten.

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Die polnische Note.

Danzig, 11. August. (Amtlich.) Der polnische Gesandte in Berlin, Olscowski, hat dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann im Auftrage der polnischen Regierung folgende Erklärung übergeben:

„Ein Teil der deutschen Optanten, die im Sinne der Bestimmungen des Artikel 11 und 12 des Wiener Abkommens vom 30. August 1924 ihren Wohnort aus Polen nach Deutschland spätestens am 1. August 1925 hätten verlegen müssen, haben sich nicht an die Bestimmungen gehalten, wenn sie bis zu diesem Augenblick die Grenzen der Republik Polen nicht verlassen haben, indem die polnischen Optanten in Deutschland entsprechend der ihnen von deutscher Seite erteilten Weisungen abgewandert sind. Die polnische Regierung wünscht mit allem Nachdruck festzustellen, daß die deutschen Optanten mit dem 1. August 1925 zu Ausländern geworden sind, deren Aufenthalt auf polnischem Gebiet nicht loyal ist und somit den polnischen Anordnungen unterworfen. Die Maßnahmen werden nach den internationalen Gepflogenheiten gegenüber den Personen angewandt, die sich im Gebiete eines anderen Staates widerrechtlich aufhalten. Die polnische Regierung macht die deutsche Regierung gleichzeitig auf den § 4 des Artikels 12 der Wiener Konvention aufmerksam, der besagt, daß die vertragschließenden Parteien sich damit einverstanden erklären, daß die Optanten, die sich der Verpflichtung, ihren bisherigen Wohnsitz in der festgelegten Zeit zu verlassen, nicht anpassen wollen, an die deutsche Grenze abgeschoben und den deutschen Behörden übergeben werden. Der Zutritt nach Polen kann diesen Personen für immer verboten werden. Die polnische Regierung muß jede Verantwortung der Konsequenzen, die sich für die deutschen Optanten aus diesem Recht ergeben, von sich weisen. Nichtsdestoweniger ist die polnische Regierung bereit, wie bereits einmal festgestellt ist, weiterhin den deutschen Behörden jegliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren, damit sich die Abreise der Personen, die in kürzester Zeit erfolgen muß, in den Formen vollzieht, die den Optanten bei der Abwanderung möglichst alle Unbequemlichkeiten erspart. (!!)

Die deutsche Antwort auf die polnische Optantennote.

Berlin, 11. August. (Amtlich.) Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem polnischen Gesandten in Berlin folgende Antwort zugehen lassen:

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der polnischen Gesandtschaft auf das von dem polnischen Herrn Gesandten am 8. August dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen überreichte Aido Momoiro folgendes zu erwidern: Nach den Feststellungen des deutschen Generalkonsulats in Polen haben von den etwa 20 000 Personen, die als Optanten Polen bis zum 1. August verlassen mußten, ungefähr 17 000 die Grenze überschritten. Den Rest von 3000 Personen bilden zum weitaus größten Teil solche, denen auf Grund der zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und dem polnischen Minister des Auswärtigen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit getroffenen Vereinbarungen ein Aufschub zugestanden worden ist. Dagegen haben von den polnischen Optanten, deren Zahl schätzungsweise 14—15 000 betrugen, bisher nach den Feststellungen der deutschen Behörden

nur etwa 3500 das Reichsgebiet verlassen.

An dieser zahlenmäßig geringen Abwanderung der polnischen Optanten aus Deutschland trifft die polnische Regierung insofern ein Verschulden, als die Aufstellung der Optantenlisten durch die polnischen Behörden den Bestimmungen des Wiener Abkommens vom 30. August v. Js. zum größten Teil nicht entsprochen haben. Daher hat den polnischen Optanten im Reichsgebiet die Auswanderungsaufforderung nur mit Verspätung zugestellt werden können. Jedoch sei bei der Gegenüberstellung erwiesen, daß der größte Teil der deutschen abwanderungspflichtigen Optanten Polen rechtzeitig verlassen hat, während sich der Hauptteil der polnischen Optanten noch illogal im Reichsgebiet aufhält. Die in der erwähnten Note des Herrn polnischen Gesandten angeführten Rechtsgrundlagen für die zurückgebliebenen Optanten sind der deutschen Regierung bekannt und nicht bestritten worden.

Das Auswärtige Amt weist darauf hin, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau wiederholt und in der folgenden Zeit versucht habe, um mit der polnischen Regierung zu einer Übereinstimmung über

einen beiderseitigen Verzicht der Optantenausweisungen

zu gelangen. Die Reichsregierung hat als Zwangsmaßnahme die Ausweisung der polnischen Optanten angewendet u. wird sie weiter anwenden, weil die polnische Regierung mit entsprechenden Maßnahmen gegen die deutschen Optanten in Polen vorgegangen ist. Auch jetzt noch hat sich nicht die Haltung der polnischen Regierung geändert, auf die Ausübung des ihr nach Artikel 12 § 4 des Wiener Abkommens zustehenden Rechtes zu verzichten und die noch in Polen verbliebenen Optanten dort zu belassen. Tatsächlich hat die polnische Regierung dem Rest der Optanten die Aufforderung zugestellt, binnen 48 Stunden das Land zu verlassen und dadurch die deutsche Regierung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen. Es liegt nur in der Hand der polnischen Regierung, der früheren deutschen Anregung auf den beiderseitigen Verzicht der Ausweisungen der Optanten stattzugeben, die am 1. November 1925 und 1. Juli 1926 noch abzuwandern haben und um der Welt das beschämenswerte Schauspiel sich noch zweimal wiederholen müssenden Ausweisung zu ersparen. Die moralische Verantwortung für die Folgen aller derartiger Zwangsmaßnahmen falle daher der polnischen Regierung zu.

Briand verhandelt in London.

London, 11. August. (WTB.) Der französische Außenminister Briand kam gestern abend hier an und wurde auf dem Bahnhof von Austen Chamberlain und dem französischen Botschafter in London empfangen.

Botschafter v. Hoesch reist nicht nach London.

Berlin, 10. August. Ein Berliner Blatt berichtet, daß der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Hoesch sich während der Aussprache Briands mit Chamberlain nach London begeben werde. Die Nachricht trifft nicht zu. Sollte eine Vertretung der deutschen Interessen bei dieser Unterredung notwendig sein, so wird der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in London zugegen sein, nötigenfalls wir der auf Urlaub befindliche Botschafter Sthamer nach London zurückberufen werden.

Paris, 11. Aug. (WTB.) Zur Konferenz Briand—Chamberlain schreibt der „Temps": Es genügt festzustellen, daß der Premierminister Baldwin seine Ministerkollegen ersucht habe, während der Verhandlungen mit Briand London nicht zu verlassen, damit Chamberlain, wenn nötig, sich mit seinen Kollegen über die wesentlichsten Punkte zu treffenden Entscheidungen beraten könnte, um die Bedeutung der Verhandlungen zu begreifen, die während zweier oder dreier Tage geführt werden. Die Tatsache, daß der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten seine Kollegen jedesmal dann befragen kann, wenn eine wirkliche Schwierigkeit sich im Verlaufe der Besprechungen ergibt, oder wenn eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen ist, wird vielleicht die Dinge nicht erleichtern, weiß man doch, daß sehr verschiedene Ansichten innerhalb der englischen konservativen Regierung zu Tage treten, aber die Politik Chamberlains ist von Stanley Baldwin immer unterstützt worden, dessen Einfluß bei der konservativen Mehrheit im Parlament sei doch entscheidend, daß schließlich er es ist, der die Haltung des Kabinetts bestimmen wird. Wir haben, so schreibt der „Temps", der in seinem Leitartikel die einzelne zur Debatte stehenden Fragen bespricht, die feste Hoffnung, daß Briand und Chamberlain alle den Sicherheitspakt betreffenden Fragen praktisch lösen können, ohne daß beiderseits der Eindruck eines Mißverständnisses oder auch nur der Schein einer Zweideutigkeit bestehen bleibt, aber man muß doch feststellen, daß die Kampagne, die ein Teil der englischen Presse führt, diese Lösung nicht erleichtert.

*

Die Besprechung, die am Dienstag zwischen Chamberlain und Briand über die Sicherheitsfrage stattfinden wird, wird in doppelter Beziehung einen Markstein in der internationalen Erörterung der Sicherheitsfrage darstellen. Es wird sich zum ersten darum handeln, eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli auszuarbeiten, die nicht nur den Faden der Verhandlungen weiterspinnen, sondern bereits den unmittelbaren Übergang vom Stadium der Vorverhandlungen auf Notenwege zur direkten Erörterung in gemeinsamen mündlichen Besprechungen schaffen soll. Zum anderen aber soll in London der gesamte Komplex des Sicherheitsproblems und aller damit zusammenhängenden Fragen gründlich durchgesprochen und — nach Briand — eine gemeinsame Basis oder — nach Chamberlain — ausreichende Klarheit über die gegenseitige Auffassung geschaffen werden. Die Aussichten für eine Einigung auf gemeinsamer Grundlage zu beurteilen, erscheint, insbesondere in Unkenntnis der von beiden Seiten ausgearbeiteten Garantiepaktentwürfe, nicht leicht. Die Nachrichten darüber sind verworren und sprechen bald von einer leicht erreichbaren prinzipiellen Übereinstimmung, bald von beträchtlichen Differenzen, die noch zu beseitigen seien. Nach allem, besonders aber auch nach der oben festgestellten grundsätzlich verschiedenen Auffassung über den Zweck der Londoner Zusammenkunft, zu urteilen, kann von einer leicht erreichbaren Einigung kaum die Rede sein. Ein vortreffliches Barometer zur Beurteilung der Aussichten bietet die beiderseitige Pressestimmung. Die Pariser Blätter wußten schon vor mehreren Tagen der Welt zu berichten, daß, neben „einigen Differenzen in nebensächlichen Punkten", über alle wichtigen Fragen bereits ein volles Einverständnis erzielt sei, so daß die Hoffnung bestehe, daß Deutschland ein gemeinsamer Entwurf zur Annahme vorgelegt werden können. Noch am Sonnabend berichtete eine Havasmeldung in ähnlichem Sinne. Später trat aber ein unverkennbarer Umschwung ein, und es erwies sich, daß auch hier wieder der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Der Pariser Optimismus hat eine beträchtliche Abkühlung erfahren und heute berichten die Blätter über die grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung, die zwischen London und Paris besteht. Danach hat sich nicht nur der Druck der Dominien auf die britische Regierung gegen weitgehende kontinentale Verpflichtungen verstärkt — in der Frage selbst nehme London unverändert den alten Standpunkt ein, der insbesondere in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit sowie in der Frage der selbständigen Sanktionen grundsätzlich von dem französischen abweicht. Es erweist sich, daß England nicht nur nach wie vor eine Garantie der Ostgrenzen ablehnt, sondern auch gegen das Recht der selbstständigen Sanktionen ohne Schiedsgericht entschieden Stellung nimmt. In diesem Sinne haben sich auch Berliner amtliche Stellen ausgesprochen und festgestellt, daß eine Einigung sich höchstens auf den Westen beziehen könne, die Differenzen über den Osten aber unvermindert weiter bestehen. Daneben sträubt sich England gegen die Taktik Briands, Deutschland, als den Initiator der Verhandlungen, vor vollendete Tatsachen einer englisch-französischen Einigung zu stellen und drängt zu einer generellen Aussprache mit Einschluß Deutschlands. Es erscheint unter diesen Umständen fraglich, ob in London mehr als über eine inhaltlich ziemlich dürftige Antwort an Deutschland ein wirkliches Einvernehmen erzielt wird.

Die verspätete Räumung Düsseldorfs.

Düsseldorf, 10. August. (TU.) Wie verlautet, werden die Familien der Besatzung voraussichtlich zwischen dem 18. und 20. Aug. Düsseldorf verlassen. Vom 21. August an beginnt die Räumung durch die Truppen, sodaß etwa am 28. August die Räumung beendet sein soll.

*

Die preußische Verfassungsfeier.

Die Verfassungsfeier des preußischen Staatsministeriums im Konzertsaal der staatlichen Hochschule für Musik (Hardenbergstraße, Ecke Fasanenstraße 1) beginnt, worauf der amtliche preußische Pressedienst hinweist, pünktlich abends 8 Uhr. Sie wird eingeleitet mit dem Vorspiel aus den „Meistersingern von Nürnberg". Dann folgt die Ansprache des preußischen Ministers des Innern, Severing, an die sich der gemeinsame Gesang der ersten Strophe des Deutschland-Liedes anschließt. Den Abschluß findet die Verfassungsfeier mit der 9. Sinfonie Beethovens. Es wirken mit das Philharmonische Orchester und der Berliner Volkschor, als Solisten: Minna Ebel-Wilde, Frieda Langendorf, Eugen Transky, Cornelis Bronsgeest. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Erich Kleiber.

Über die Eintrittskarten ist bereits verfügt.

Mit der festlichen Herrichtung des Saales der Musik-Hochschule ist der Vorsteher eines akademischen Meisterateliers für Architektur, Professor Poelzig von der preußischen Kunstverwaltung, im Auftrag der Staatsregierung betraut worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0001
DFG

Die Zollvorlage in 2. Lesung angenommen.

Wüste Tobsuchtsszenen der Kommunisten. — Eine zwölfstündige Sitzung.

Berlin, den 10. August.

Vizepräsident Gräf eröffnet die Sitzung 10,20 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Fortsetzung der zweiten Beratung der Zollvorlage.

Abg. Stoecker (Komm.) beantragt Vertagung von zwei Stunden und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal.

Vizepräsident Gräf ordnet Auszählung an. Diese nimmt längere Zeit in Anspruch, da immer noch Nachzügler eintreffen. (Große Heiterkeit erregt es, als die Zentrumsabgeordnete Frau Neuhaus kommt, die mit Hut und Mantel und Reisetasche zur Tribüne eilt, um ihre Karte abzugeben.)

Der Abg. Schütz (Komm.), der dem Vizepräsidenten zuruft: Alter Schieber! wird unter dem Lärm der wieder hereinströmenden Kommunisten und Sozialdemokraten zur Ordnung gerufen.

Das Ergebnis der Auszählung ist die Anwesenheit von 238 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußunfähig, da neun Abgeordnete an der Mehrheitsziffer fehlen.

Vizepräsident Gräf beraumt eine neue Sitzung auf 11 Uhr an. Nach Wiedereröffnung schließt der Vizepräsident den Abgeordneten Schütz wegen des gegen ihn gebrauchten Ausdruckes von der Sitzung aus, da der Ausdruck so beleidigend sei, daß ein Ordnungsruf nicht genüge. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Zuruf: Schupo!)

Hierauf begann das Haus die

Einzelbesprechung der Zollvorlage bei der Beratung über die Agrarzölle.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) führt aus, es sei ein falsches Ziel, wenn heute immer darauf hingewiesen werde, daß die Landwirtschaft Schutzzölle brauche, weil die Industrie sie auch habe. Auch die Behauptung, daß Getreidezölle den Kleinbetrieben Vorteil brächten, träfe nicht zu. Der Vertretertag des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe habe die Zollvorlage abgelehnt. Auch die Landarbeiter hätten keinen Vorteil von den Zöllen. Der Redner befürwortet einen sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung bezw. Beseitigung der industriellen Zölle, die die landwirtschaftliche Produktion belasten. Bei den Lebensmittelpositionen solle die bevorstehende Zollfreiheit zunächst um ein Jahr verlängert werden. In der Zwischenzeit solle ein Ausschuß die Lage der Landwirtschaft prüfen. Die Vorlage selbst lehnte der Redner mit Entschiedenheit ab.

Nachdem der Redner geendet hatte, stellte Vizepräsident Gräf fest, daß der ausgeschlossene Abgeordnete Schütz im Saale erschienen ist. Als der Abgeordnete dem Ersuchen, den Saal zu verlassen, nicht Folge leistet, wird die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen. Inzwischen soll der Ältestenrat sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

In der um 12,12 Uhr wieder eröffneten Sitzung stellt Vizepräsident Gräf fest, daß sich der Abgeordnete Schütz (Komm.) durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, automatisch den Ausschluß auf acht Tage zugezogen habe. Als der Abg. Schütz auf weiteres Ersuchen, den Saal zu verlassen, im Sitzungssaal bleibt, stellt Vizepräsident Gräf den weiteren Ausschluß auf 20 Sitzungtage fest. Abg. Schütz entfernt sich nicht. Hierauf erklärt Vizepräsident Gräf, daß er sich genötigt sehe, zu weiteren Zwangsmaßnahmen zu greifen.

(Zuruf bei den Kommunisten: Schupo!) Die Tribünen werden geräumt. Die Abgeordneten verlassen größtenteils den Saal. Vizepräsident Gräf empfiehlt der Presse, ihrerseits auch den Saal zu verlassen. 12,20 Uhr erscheinen 8 Schupobeamte in Zivil, um den Abgeordneten Schütz aus dem Saale zu entfernen. Seine Fraktionsgenossen stellen sich im Kreise schützend um ihn herum. Abgeordneter Schütz wird von zwei Beamten am Kragen gepackt und zum Saal hinausbefördert. (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.) 12,25 Uhr erscheint Vizepräsident Gräf wieder am Präsidentenplatze. Er wird von wütenden Beschimpfungen der Kommunisten empfangen. Man hört Ausdrücke wie: Polizeikanaille!

Abg. Stoecker (Komm.) erklärt, daß in schimpflicher Weise gegen den Abgeordneten Schütz vorgegangen worden sei. Die Beamten hätten wahrscheinlich Anweisung erhalten, so brutal wie möglich vorzugehen. Sie hätten auch keinen Ausweis vorgezeigt.

Als der nächste Redner, der Abg. Fuchs (Komm.) zu Worte kommen soll, rufen die Abgeordneten: Erst die Öffentlichkeit wieder herstellen! Vizepräsident Gräf erwidert, die Öffentlichkeit sei hergestellt. Wegen beleidigender Ausdrücke gegen den Präsidenten wird darauf der Abgeordnete Weber-Düsseldorf (Komm.) für den Rest der Sitzung ausgeschlossen. Die ungeheure Aufregung im Hause hält an. Vizepräsident Gräf verläßt darauf seinen Präsidentenplatz. Die Sitzung ist wiederum unterbrochen. 12,42 Uhr eröffnet Vizepräsident Gräf, von anhaltenden Pfuirufen begrüßt, die Sitzung wieder und teilt mit, daß nicht Abgeordneter Weber-Düsseldorf den beschimpfenden Ausdruck gebraucht habe, sondern der kommunistische Abgeordnete Torgler. Die getroffene Maßnahme erledige sich daher gegen den Abgeordneten Weber. Er schließt nunmehr den Abgeordneten Torgler für den Rest der Sitzung aus. (Anhaltende Unterbrechungen der Kommunisten.) Als der Abgeordnete Torgler der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachkommt, wird die Sitzung wiederum auf 5 Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung bemerkte Vizepräsident Gräf, als die Kommunisten anhaltend in lärmenden Kundgebungen protestierten, er werde nicht davor zurückschrecken,

eventuell die ganze kommunistische Fraktion auszuschließen.

Als der Lärm andauert, schließt Vizepräsident Gräf die Kommunisten Münzenberg, Creutzburg, Neubauer und Geschke für den Rest der Sitzung aus. Die Ausgeschlossenen bleiben im Saal. Die Sitzung ist wiederum unterbrochen. Die Tribünen werden wieder geräumt. Um 12,55 Uhr teilt Vizepräsident Gräf mit, daß die Abgeordneten Münzenberg, Neubauer und Geschke sich den Ausschluß auf 8 Tage zugezogen haben, da sie den Saal nicht verlassen haben. Als die genannten den Saal nicht verlassen, wird der

Ausschluß auf 20 Tage

erhöht. Vizepräsident Gräf bittet die Abgeordneten, den Saal jetzt wirklich zu verlassen. Er verläßt darauf seinen Platz, die Sitzung ist unterbrochen. Um 1,05 Uhr werden von 18 Beamten die Abgeordneten Geschke, Münzenberg, Torgler und Nettermaier aus dem Saal entfernt. Sie folgen nach längerem Protest, in der sie die Legitimation der Beamten verlangten, der Aufforderung und verließen von den Beamten begleitet, den Saal. Nach Wiederherstellung der Sitzung teilt Vizepräsident Gräf mit, daß der Ältestenrat auf 3 Uhr zusammenberufen sei und erteilt nunmehr dem Kommunisten Putz zur Sache das Wort.

Abg. Putz (Komm.) protestiert in erregter Weise gegen die soeben getroffenen Maßnahmen des Vizepräsidenten Gräf.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) betont die Notwendigkeit für Deutschland, sich im Schutzzoll zu mäßigen. Wir brauchen Rohstoffe, aber auch Lebensmittel vom Auslande.

Abg. v. Graefe (Völk.) sieht in dem Kompromiß keine glückliche Lösung. Der Redner wendet sich dann in heftiger Erregung gegen die rechtsstehende Presse, die darauf bedacht sei, die völkische Bewegung in ein übles Licht zu setzen.

Abg. Frau Wurm (Soz.) glaubt, daß die Agrarzölle keinen Schutz mehr den technisch zurückgebliebenen Betriebsformen bringe. Sie fordert freie Einfuhr des Gefrierfleisches und lehnt die Kontingentierung ab.

Abg. Wissell (Soz.) erklärt, es ist eine erfrischende Offenherzigkeit, daß Dr. Perlitius (Zentr.) gesagt habe, man mache mit der Zollvorlage einen Schritt ins Ungewisse. Die Zollvorlage bedeute einen Schritt zum Preiswucher und zur Teuerung auf allen Gebieten. Auch das Zentrum könne nicht bestreiten, daß die Vorlage der Landwirtschaft und der Industrie Sondervorteile auf Kosten der Gesamtheit gebe. Es sei eine Illusion, daß die Fehlbeträge unserer Handelsbilanz durch erhöhte Inlandserzeugung ausgeglichen werden könnten. Nur bei gutgehender Wirtschaft könne auch die Arbeiterschaft leben. Durch billige Preise und höhere Löhne könnte die Kaufkraft der Verbraucher wieder hergestellt werden. Die Zollvorlage verteuert aber die Lebenshaltung. Auch die selbständigen Existenzen in Handwerk und Handel würden nicht nur als Verbraucher und Verkäufer, sondern auch als Produzenten geschädigt, da die Arbeitsmittel teurer würden. Ebenso ergehe es den Kleinbauern. Man müsse sich vom Zollschutz abkehren und zum freien Handel übergehen.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) lehnt die Vorlage ab. Das Ziel, die Handelsbilanz zu verbessern und die Verpflichtungen aus dem Dawesabkommen erfüllen zu helfen, verwirkliche sich nicht. Im Gegenteil seien die meisten **Kreise der Bevölkerung auf das tiefste erschüttert.** Handwerk und Landwirtschaft werden schwer geschädigt durch Verteuerung der Arbeitsmittel. Nicht Verhandlungszölle, sondern Schutzzölle wolle man. Das zeige schon der belgische Handelsvertrag. Der Zoll sei nur ein Hindernis für Verhandlungen.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) kritisiert die mangelhafte Begründung der Zollvorlage. Die Regierung hat die Belastung nicht ins **Verhältnis gesetzt zu den Haushaltsrechnungen der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Das diene nicht der Erhaltung der Lebenskraft unseres Volkes. Die Verteuerung der Bekleidungsgegenstände belaste besonders stark die Familie und die Arbeit der Frau. Der lückenlose Zolltarif sei zu beanstanden.**

Abg. Lemmer (Dem.) erhebt Protest gegen die Verteuerung der Rohstoffe für die Eisenindustrie, unter der besonders die Röhrenindustrie und die bergisch-märkische Kleinindustrie leide.

Abg. Frau Weber-Berlin (Zentr.) hebt hervor, daß es sich nicht nur um die Verbraucher handele, sondern um die Interessen der ganzen Wirtschaft. Das Zentrum will dem Arbeiter Verdienst verschaffen und eine Zollpolitik, die ihm gerecht wird. Die Behauptung, daß die Webereien mit höheren Garnzöllen einverstanden seien, sei unwahr.

Abg. Dißmann (Soz.) behauptet, daß die Einzelzölle nach dem Diktat des deutsch-französischen Kartells der Schwerindustrie von der Regierung aufgenommen worden sei. Eine allgemeine Verteuerung der gesamten deutschen Produktion werde die unmittelbare Folge sein. Das Handwerk werde ganz besonders zu leiden haben.

Abg. Bartschat (Dem.) erhebt Protest

gegen die Verteuerung der Rohstoffe für das Handwerk.

Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Tischler usw. werden empfindlich getroffen.

Damit schließt die Aussprache über die Industriezölle. Es folgt **die letzte Gruppe der Bestimmungen. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Eingangszölle zu ändern oder aufzuheben.** Ferner wird festgesetzt, daß **Gefrierfleisch** im Rahmen der bisherigen Einfuhr **zollfrei** bleiben soll. Schließlich sollen aus den Rheineinnahmen der Agrar- und Viehzölle Zusatzrenten gewährt werden.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) klagt die Mehrheit an, daß sie durch ihren „Machtfimmel" eine wirksame Diskussion verhindert habe. Der Redner bekämpft besonders das Ermächtigungsgesetz. Der Reichsregierung dürfe eine solche weitgehende Vollmacht nicht gegeben werden.

Abg. Meyer (Dem.) sieht ebenfalls

das Ermächtigungsgesetz als zu weitgehend an.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Präsident Loebe teilt mit, daß von den Regierungsparteien ein Antrag eingegangen sei, alle Anträge zur Tagesordnung anzunehmen.

Abg. Leicht (Bayer. VP.) verweist dann auf die Vorgänge von 1902, wo auch über 946 Positionen in der Gesamtabstimmung abgelehnt wurden. Mit der Abstimmung von über 50 Anträgen der Kommunisten hätten wir eine halbe Woche zu tun. Wir sind aber in einer Notlage. Die Opposition habe das Recht, Opposition zu machen. Machen Sie uns das Leben sauer, dann können Sie sich nicht wundern, wenn wir solche Anträge einbringen. (Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Wels (Soz.) Diese Vorgänge seien eine **Maschinenpolitik**, eine Entheiligung der Demokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Es wird dann der Mehrheitsantrag angenommen und sämtliche Änderungsanträge abgelehnt. Angenommen wird der Paragraph 7a, wonach die Umsatzsteuer von 1,25 Prozent auf 1 Prozent ermäßigt wird.

Die Zollvorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 10 Uhr. Dritte Lesung der Zollvorlage und Handelsverträge. Ein Antrag des Abgeordneten Gräfe (Völk.), die dritte Lesung und die Handelsverträge nicht auf eine Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, nachdem der Reichsaußenminister sich dagegen erklärte. Schluß nach 10,30 Uhr.

*

Hindenburg dankt dem Reichsfinanzminister.

Berlin, 11. August. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Verabschiedung der Steuergesetze an den Reichsminister der Finanzen v. Schlieben und an den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Professor Dr. Popitz, besondere Anschreiben gerichtet. Das Schreiben an den Reichsminister der Finanzen hat folgenden Wortlaut: „Hochgeehrter Herr Reichsminister! Nachdem die großen Steuergesetzgebungsarbeiten zur Reform unseres Steuerwesens, zur Regelung der viel umstrittenen Aufwertungsfragen, zur Durchführung eines geordneten Reichshaushaltes und zur Änderung der Zolltarife im wesentlichen durchgeführt sind, ist es mir lebhaftes Bedürfnis, in erster Linie Ihnen, Herr Reichsminister, für die schweren Arbeiten, die Sie bewältigen, und den großen Dienst, den Sie damit unserm Vaterlande geleistet haben, namens unseres Reiches aufrichtige Anerkennung auszusprechen. Auch verbinde ich den Wunsch, daß das Reich noch recht lange auf Ihre hingebende Arbeit und Ihren wertvollen Dienst rechnen kann. Mit freundlichem Gruß Ihr ergebener

gez. v. Hindenburg."

Staatssekretär Popitz erhielt folgendes Schreiben: „Sehr geehrter Herr Staatssekretär! An der umfangreichen Gesetzgebungsarbeit zur Reform unserer Steuergesetze, zur Neuregelung der Zölle und zur Lösung der Aufwertungsfrage sind Sie, Herr Staatssekretär, in maßgebender und besonders hervorragender Weise beteiligt gewesen. Ihrer Tatkraft und Umsicht, Ihrer reichen Kenntnisse und großen Erfahrungen ist es wesentlich zu verdanken, daß die schwierigen und umfangreichen Vorbereitungen und Beratungen dieser lebenswichtigen Gesetze in verhältnismäßig kurzer Zeit befriedigend durchgeführt werden konnten. Hierfür Ihnen namens des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung auszusprechen, ist mir lebhaftes Bedürfnis. Ihnen, Ihrer Arbeit im Reichsdienst weiteren Erfolg wünschend, bin ich mit freundlichem Gruß Ihr

gez. v. Hindenburg."

Auch den übrigen an dieser Gesetzgebung beteiligten leitenden Beamten des Reichsfinanzministeriums hat der Reichspräsident in anerkennendem Schreiben den Dank des Reiches ausgesprochen.

Wichtiges vom Tage.

Der estnische Innenminister hat das Revaler russische Monarchistenblatt „Newelskoje Wrenja" verboten. Es war bekannt geworden, daß das Blatt von ausländischen Monarchistenkreisen unterstützt wurde.

*

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Brüssel meldet, hat die christliche Gewerkschaftsleitung den Schlichtungsvorschlag Brughams im Metallarbeiterstreik zurückgewiesen.

*

Bei den Kämpfen der roten Truppen gegen die aufständischen Basmaken in Turkestan ist einer der bekannten Bandenführer Turdy-Bai gefallen. Die bolschewistische Presse behauptet, daß mit dem Tode dieses hervorragenden antibolschewistischen Führers die Aufstandsbewegung im Gebiet von Samarkand endgültig niedergebrochen sei.

*

Die deutschen Sozialdemokraen in Polen, zu denen auch die Bromberger Sozialdemokraten gehören, und die deutsche Arbeiterpartei in Lodz haben sich am Sonnabend zu einer Partei zusammengeschlossen, die den Namen „Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Polen" trägt. Für die Partei wurde zum nächsten Parteitag ein achtgliedriger Exekutivausschuß gewählt. Damit ist der Zusammenschluß aller deutschsprechenden Sozialisten Polens erreicht worden.

*

Zum Nachfolger des Generaldirektors der preußischen Staatsbibliothek Geh. Regierungsrats Dr. Fritz Milhau, der zum 1. Oktober in den Ruhestand tritt, ist der bisherige Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. Hugo Krüß, ernannt worden. An dessen Stelle als Leiter der Hochschulabteilung tritt am 1. Oktober d. J. der bisherige Referent für Universitätswesen Ministerialrat Professor Dr. Werner Richter.

England und Frankreich in Syrien.

Vor kurzem erschien in der englischen Presse eine Notiz, der zufolge der französische Generalgouverneur von Syrien Sarrail auf einem Empfang den Häuptlingen der verschiedenen Stämme Syriens die Versicherung gab, Frankreich halte die Einführung der Autonomie für einzelne größere Völkerschaften in Syrien für ein zweckmäßiges Mittel zur Erfüllung der besonderen Wünsche der syrischen Bevölkerung. Die Presse Englands knüpfte an diese Nachricht die Frage, ob es sich hier wohl um einen Versuch Frankreichs handle, die wahre Stimmung Syriens zu erkunden. Es hat nur weniger Wochen bedurft, um diese wahre Stimmung zutage treten zu lassen, und zwar in einer Form, die den Franzosen, die eifrig bemüht sind, ihre Schwierigkeiten in Marokko irgend wie zu verhängen, lebhafte Beunruhigung verursacht. Andererseits wies der Kommentar der englischen Presse aber auch darauf hin, daß man in englischen Kreisen zum mindesten flüchtig informiert war, daß man den Umfang der Erregung in Syrien schon vorausahnte. Der Drusenaufstand in Syrien rollt nun das eigentümliche Bild auf, daß General Sarrail bisher nicht vermocht hat, trotz seiner Versprechungen und vielleicht auch guten Absichten die französischen Verwaltungsmißstände in Syrien zu beseitigen und gleichzeitig die Stämme für Frankreich zu gewinnen. Läßt man vor seinem Auge die zahlreichen Aufstände in Syrien seit der Übernahme der Verwaltung durch Frankreich vorüberziehen, so bedarf es keinerlei franzosenfeindlicher Einstellung, um zu erkennen, daß eine Verständigung zwischen der syrischen Bevölkerung und der französischen Verwaltung wohl nie eintreten wird. Das um so weniger, als alle Anzeichen für die Ausdehnung des Brandes sprechen und für die Verbindung der Drusen mit den übrigen aufständischen arabischen Stämmen. Gerade jetzt verläßt der von England im Stich gelassene frühere Hedschaskönig Hussein sein Land zu einer Erholungsreise nach England. Das bewegte Schicksal dieses Mannes ist wahrscheinlich eines der markantesten Zeichen der Wandelbarkeit der englischen Politik in aufständischen Kolonialgebieten. An Syrien sind die Engländer ebenfalls interessiert, und uns soll es nicht Wunder nehmen, wenn eines Tages bekannt wird, daß englische Agenten den Feldzug gegen die Franzosen auf der arabischen Halbinsel, in Syrien usw. fördern.

Außenpolitische Uebersicht.

Neue Regierungskoalition in Danzig.

In Danzig haben die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Deutschliberalen eine Regierungskoalition gebildet; das Schwergewicht des demnächst neu zu wählenden Senats wird also nach links verschoben. Die neue Regierung fußt auf der Anerkennung der durch den Versailler Vertrag und die Verträge mit Polen geschaffenen Verhältnisse und will auf dieser Basis weitere Verhandlungen mit Polen einleiten, um die Rechte und Interessen Danzigs zu schützen.

Rußland und der Völkerbund.

In der russischen Presse mehren sich die Bedenken gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den man in Moskau als Ergänzung der antibolschewistischen europäischen Front bezeichnet. Ähnlich hat sich am Freitag der russische Botschafter in Paris Krassin geäußert, der eine frankreichfreundliche Erklärung in die Presse brachte und dabei auch auf die jetzigen französisch-russischen Schuldenverhandlungen hinwies. Vom deutschen Standpunkt aus muß betont werden, daß ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch für Rußland vorteilhaft wäre, weil Deutschland als Mitglied des Völkerbundrates einstimmige Beschlüsse verhindern kann. Der Völkerbund würde durch Deutschlands Eintritt mehr als eine Spitze gegen Rußland verlieren und so den Frieden Europas fördern.

Attentatsversuche auf König Alfons.

Paris, 11. August. Havas meldet aus Hendaye: Man meldet von der spanischen Grenze, daß die Behörden sich seit einiger Zeit infolge häufiger Attentatsversuche gegen den König von Spanien ziemlich beunruhigt zeigten. Die militärischen Behörden hätten jüngst der Presse mitgeteilt, daß an der Küste von Garraf bereits ein Attentatsversuch unternommen worden sei. Vor einigen Tagen habe der König den Kursaal von San Sebastian besucht, und es habe sich ein neuer Zwischenfall ereignet, der zur Verhaftung eines Anarchisten geführt habe. Der Verhaftete ist nach Madrid transportiert worden, und es seien im ganzen Lande weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Obgleich man erkläre, es handele sich hier um einen Geistesgestörten, sei die Behörde doch durch die Verfolgungen, die der Staatschef ausgesetzt sei, in Anspruch genommen.

Die französische Antwort an Belgien.

Brüssel, 11. August. (TU.) Amtlich wird mitgeteilt, daß das Ministerium des Auswärtigen gestern die französische Antwortnote auf das letzte belgische Memorandum über die Sicherheitsfrage erhalten haben. Dagegen ist eine Antwort der englischen Regierung bisher noch nicht eingetroffen.

Deutschland.

Vorläufige Aufhebung des Beamtenabbaus in Preußen.

Berlin, 11. Aug. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, beabsichtigt das Staatsministerium dem Landtage unmittelbar nach dem Erlaß des Reichsgesetzes über die Einstellung des Personalabbaus einen, im Finanzministerium bereits vorbereiteten Gesetzentwurf vorzulegen, der auch für die gesamte öffentlich Verwaltung Preußens in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Reiches die Einstellung des Abbaues vorsieht. Da eine Benachteiligung der preußischen Beamtenschaft vor Zusammentritt des Landtages nicht entstehen soll, sieht sich das Staatsministerium veranlaßt, dieser Auffassung dahin Ausdruck zu geben, daß in Zukunft von den Vorschriften der preußischen Personalabbauverordnung, soweit sie darauf abzielen, die Beamten gegen ihren Willen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen, kein Gebrauch mehr gemacht werden soll. Eine entsprechende Anweisung ist an die Behörden ergangen. Ferner ist angeordnet worden, daß die Vorschriften der Personalabbauverordnung über die Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privateinkommen mit Wirkung vom 1. August 1925 ab bis auf weiteres nicht anzuwenden sind.

Der Kampf gegen eine zweite polnische Inflation.

Warschau, 10. August. (TU.) Der Ministerpräsident Grabski hat gestern zum zweiten Male seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Warschau zurückgekehrt. Seine Rückkehr ist durch die Krise erforderlich geworden, die der Zloty gegenwärtig durchmacht. Der letzte Ausweis der Bank von Polen zeigt einen erneuten Abfluß von neun Millionen Devisen, sodaß die Zlotydeckung sich weiter gesenkt hat. Am 14. August tritt durch eine bereits angekündigte Verordnung eine neue Beschränkung des polnischen Imports ein. Es werden vorläufig auf drei Monate aus allen Ländern nur bestimmte Kontingente derjenigen Waren nach Polen hineingelassen, deren Ausfuhr aus Deutschland seit Beginn des Zollkrieges verboten wurden. Diese Kontingente sollen abhängig sein von dem Wert der polnischen Waren, die die einzelnen Länder bei sich einführen.

Italiens Kreditnot und Amerika.

Rom, 11. August. (Agentur Stefani.) Der italienische Botschafter in Washington ist in Rom eingetroffen, um der italienischen Regierung über wichtige Tagesfragen und über die geplante aktive Beteiligung amerikanischer Finanzkreise an der italienischen Wirtschaft Bericht zu erstatten. Die amerikanischen Staatssekretäre für auswärtige Angelegenheiten, für Finanzen und für Handel haben in Besprechungen mit dem Botschafter in der letzten Zeit zum Ausdruck gebracht, daß sie die Entwicklung des italienischen Wirtschaftslebens mit Interesse verfolgen, und ihm mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Mitwirkung amerikanischen Kapitals am Ausbau der italienischen Industrie und der Staatsunternehmen zu fördern beabsichtigt. Diese rein finanzielle Zusammenarbeit betrachten die Staatssekretäre für beide Länder als vorteilhaft.

Der Julibericht des Generalagenten für Reparationen.

Berlin, 10. August. (Eig. Drahtm.) Nach dem Bericht des Generalagenten für Reparationen sind im Juli auf Reparationskonto 60 113 225,23 Mark eingegangen und 63 523 880,99 Mark ausgegangen. **Für Rechnung der ersten Annuität sind bis zum 31. Juli 80 315 236,6 Mark eingegangen und 827 352 124,45 Mark ausgegeben worden. Von der Julieinnahme entfallen 60 054 339,93 Mark auf den Dienst der deutschen Auslandsanleihe 1924.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

11. August.

Verfassungstag.

Auf den Regierungsgebäuden und Stadthäusern wehen die Fahnen, die Reichsfahnen und die in den preußischen Farben. Um die Mittagsstunde sind die großen Feiern in Berlin, und am Nachmittag wird auch in unserer Stadt durch die beiden höchsten hiesigen Beamten dieser vaterländische Gedenktag begangen. Während aus dem Reichstag schlechte Dinge gemeldet werden und dem Volke die Luft vergeht, die Berichte aus dem Hause zu lesen, an dessen Stirnseite die Worte prangen „Dem Deutschen Volke", während in der Steuer- und Zollfrage Entscheidungen fallen, die von fast der Hälfte des Volkes leidenschaftlich bekämpft worden sind — inmitten dieser Ereignisse fordert der Verfassungstag von uns den guten Willen zur Einigkeit, zur Hervorkehrung des Verbindenden, des allen Gemeinsamen. Die Schriftleitung hat aus den Büchern deutscher Poesie eine Reihe von Gedichten zusammengestellt, die den vaterländischen Gedanken von verschiedenen Seiten beleuchten und aus denen jeder herausfühlen wird, daß in Wahrheit das Nationale immer nur das Gemeinsame ist, und daß es zwischen Deutschen kein schlimmeres Unrecht gibt, als dem andern wegen traditioneller Vorurteile und Parteiunterschiede die nationale Gesinnung abzusprechen.

Eines freilich müssen wir dieser Auslegung der Bedeutung des Verfassungstages noch hinzufügen. Die Bedeutung des Gemeinsamen darf nicht zu einem bequemen Sich-verschließen, nicht zur sozialen Nachlässigkeit werden. Gerade die gesetzgeberischen Entscheidungen dieser Tage enthüllen uns schonungslos die großen sozialen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen. Sie werden weiter anwachsen. Man soll diese Dinge nicht mit dem Fahnentuch verhüllen, nicht mit festlichen Worten bemänteln. Man soll sie nennen, gerade heute bei Namen nennen. Weil diese sozialen Dinge die nationale Zukunft viel unmittelbarer angehen, als die bunte Außenseite der vielen Feste, die wir feiern, ahnen läßt. B.

*

Die Feiern in den Schulen.

nahmen einen würdigen Verlauf. Im Mittelpunkt der Feiern standen Ansprachen, die von Gedichtvorträgen und Liedern umrahmt waren. Der Rest des Tages war schulfrei.

In der Volksschule I

würdigte Lehrer Häusel den Verfassungstag. Er soll ein Tag stiller Einkehr in uns selbst und ein Tag ernsten Sinnens über unseres geliebten Vaterlandes Zukunft sein. Wenn auch die Zukunft düster vor uns liegt, der Druck der Feinde schwer auf uns lastet, dürfen wir nicht mutlos werden. Auch uns wird einst ein Freiheitsmorgen scheinen, ein neuer deutscher Frühling wird dem gegenwärtigen Winterleid folgen. Drei Sterne leuchten uns und spenden Trost, wenn wir verzagen möchten. Der erste ist die Liebe zu unserem Vaterlande, zu Heimat und Volkstum. Diese Liebe trägt jeder Deutsche als unverlierbaren Besitz in seinem Herzen, welcher Partei und welcher Gesellschaftsklasse er auch angehören mag. Der zweite Stern ist das Bewußtsein der Einheit aller deutschen Stämme, der dritte endlich ist der Sinn für Freiheit, für Mannesmut und deutsches Heldentum. — Die neue Verfassung entstand, als der alte Staat mit seiner Ohrigkeit und Ordnung in Trümmer ging. Das deutsche Volk hat sie sich durch gewählte Vertreter selbst gegeben. Ein jeder Staatsbürger, ob reich oder arm, gebildet oder ungebildet, Mann oder Frau, ist darum in gleicher Weise beteiligt. Daraus folgt, daß auch ein jeder sie kennen, ein jeder vor ihr Achtung haben muß. An einigen Beispielen wird der Charakter der neuen Verfassung treffend gezeigt, die die gesunde Grundlage für einen weiteren Aufbau bildet. Wenn nun haßerfüllte Feinde den Wiederaufbau zu verhindern suchen, dann sollen uns die drei Sterne um so heller leuchten und uns das trotzige Demnoch um so fester in unser deutsches Herz einpflanzen.

Volksschule II.

In der Turnhalle der Wilhelmstraße hatten sich in der Morgenstunde des heutigen Tages die Damen und Herren des Lehrerkollegiums sowie die Schüler und Schülerinnen der mittleren und oberen Klassen der Volksschule II eingefunden, um die Verfassungsfeier zu begehen. Konrektor Löbus wies in seiner Ansprache, die von Gedichtvorträgen und Gesängen der Schulkinder umrahmt war, darauf hin, wie sich auf der vergangenen Zeit vor 1918 eine neue aufgebaut hat, in der das Volk sein Geschick selbst zu leiten berufen ist. Da soll man nicht so viel nach der Schuld fragen, durch welche die Jahre des einstigen Glanzes gestürzt wurden, sondern es gilt, den Blick auf die Zukunft zu richten. Die in Weimar geschaffene Verfassung hat einer Zeit der Unsicherheit ein Ende gemacht, hat aber dem Deutschen nicht bloß viele Rechte gegeben, sondern auch schwere Pflichten aufgebürdet. Wenn wir wieder zu der stolzen Höhe von einst gelangen wollen, ist es nötig, daß wir unser Vaterland lieben und es auch in der Fremde nicht vergessen, daß wir vor allem auch untereinander einig sind und auch den achten, der eine andere Überzeugung hat wie wir.

Frohe vaterländische Lieder, von Schulkindern unter Konrektor Berges Leitung gesungen, folgten den Worten des Redners. Mit dem Gesang von „Deutschland über alles" fand die wohlgelungene Feier ihren Abschluß.

*

** **Personalnachrichten vom Landeskulturamt.** Versetzt sind: Vermessungsrat Junker von Coburg nach Magdeburg, Regierungslandmesser Schmidt von Hildburghausen nach Torgau, Beckmann von Eilenach nach Münster, Landeskultursupernumerar Weßler von Mühlhausen i. Th. nach Stendal, Vermessungssekretär Heidenblut von Erfurt nach Mühlhausen i. Th. Vermessungssekretär Grottian von der Beschäftigung bei der Siedlungsgesellschaft Sachsenland in Halle a. S. zum Landeskulturamt Merseburg zurückgetreten.

*** **Aus der Stadtgemeinde St. Maximi.** Unsere Kirche hat einen schönen Schmuck erhalten, einen Teppich für den Altarraum und einen Läufer, der den ganzen Mittelgang bis zu den Altarstufen hin bedeckt. Der Altarteppich ist zum Andenken an eine Heimgegangene, der Läufer aus Anlaß eines frohen Familienfestes gestiftet worden. Die Gaben waren schon für die Feier der Glockenweihe beabsichtigt, konnten aber nicht mehr zu dem Tage beschafft werden. Die Gemeinde wird sich der neuen Schmuckstücke, welche mit warmen, kräftigen Farbentönen die Erscheinung des Innenraumes der Kirche außerordentlich heben, dankbar freuen.

*** **Die Hitzewelle des 10. August.** Unsere gestrige Notiz über die bisher höchste Temperatur dieses Jahres bedarf noch einiger Ergänzungen. Wir hatten über den Stand des Thermometers um ½1 Uhr mittags berichtet, der sich aber zwischen 2—3 Uhr nachmittags noch um 2 Grad Wärme steigerte, so daß der höchste Stand der Quecksilbersäule am gestrigen Tage für kurze Zeit mit 37½ Grad Celsius = 30 Grad R. über Null verzeichnet werden muß. In der Sonne zeigte das Thermometer um 3 Uhr nachmittags auf unserem Marktplatze 45 Grad Celsius = 36 Grad R. an. Im Vorjahre war der 13. Juli mit 34 Grad Celsius, im Jahre 1923 der 15. Juli mit 35 Grad Celsius, 1922 der 6. Juli mit 36 Grad Celsius im Schatten der heißeste Tag.

** **Die kaufmännische Reichspost.** Die kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätze der Reichspost sind Gegenstand einer umfangreichen Verfügung des Reichspostministers. 1924 wäre vorwiegend der Voranschlag und die Rechnungsführung umgestellt worden. Die Reichspost müsse aber als selbständiger und als vollwertig anerkannter Wirtschaftskörper immer mehr der allgemeinen Wirtschaft eingegliedert werden. Zu diesem Zweck seien besondere Wirtschaftsreferate eingerichtet. Um Verwaltung und Personal mit zeitentsprechendem Wirtschaftsgeist zu durchsetzen, finden Besprechungen über die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse statt. Die leitenden Beamten werden über die Finanz- und Wirtschaftslage der Post fortlaufend unterrichtet. Was ich erstrebe, sagt Reichsminister Stingl, ist letzten Endes eine stärkere und großzügige Anpassung des Geistes und der Einrichtungen der Reichspost an die Forderungen der Neuzeit.

** **Aufhebung des schweizerischen Visums in Sicht.** Wie gemeldet wird, trat das Schweizer Justiz- und Polizeidepartement erneutlich in Verhandlungen mit den Kantonalregierungen ein wegen völliger Abschaffung der jetzigen Paßvorschriften gegenüber Deutschland, Österreich und Italien. Die Angelegenheit beschäftigt die nächste Polizeidirektorenkonferenz.

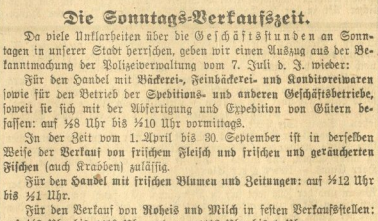
** **Einheitliche Zahltermine für die Gewerbesteuer.** Durch § 2 Absatz 1 der Verordnung vom 6. Juni ist für die bisherigen monatlichen Vorauszahlungen der Gewerbesteuer nach dem Ertrage die Überleitung auf vierteljährliche Vorauszahlungen erfolgt. Für die Gewerbesteuer nach dem Kapital oder nach der Lohnsumme bestimmen gemäß §§ 53 und 55 der Gewerbesteuerverordnung vom 23. November 1923 nach wie vor die Gemeinden die Zahltermine. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, empfehlen der Preußische Minister des Innern, der Finanzminister und der Minister für Handel und Gewerbe in einem gemeinsamen Runderlaß vom 27. Juli 1925 den Gemeinden, soweit es ihre Finanzlage irgend zuläßt, im Interesse der Wirtschaft und zur Vereinfachung des eigenen Geschäfts- und Kassenverkehrs, die Zahlungstermine für die Vorauszahlungen der Gewerbesteuer nach dem Kapital oder nach der Lohnsumme möglichst auf den gleichen Tag zu legen, wie diejenigen nach dem Ertrage.

** **Wiedersehensfest der ehemaligen 36er in Halle.** Man schreibt uns: Vom 21. bis 24. August findet in Halle ein Wiedersehensfest aller ehemaligen 36er im Beisein der zu diesem Zweck besonders von Bremen nach Halle kommenden Traditionskompagnie der Regimenter statt. — Für die Wiedersehenstage sind eine Reihe festlicher Veranstaltungen geplant. Am Freitag, den 21. August, trifft nachmittags die Traditionskompagnie mit Bataillonsmusik auf dem Hauptbahnhof ein, abends ist öffentliches Konzert in der Saalschloßbrauerei. Am Sonnabend nachmittag tagt die Vertreterversammlung, abends ist Kommers im Stadtschützenhaus. Am Sonntag vormittag findet Kranzniederlegung am Denkmal statt, anschließend Feldgottesdienst in der Reilkaserne; darauf ist ein Umzug durch die Stadt, Platzkonzert der Bataillonsmusik und gemeinschaftliches Essen. Nachmittags ist Konzert im Garten des Stadtschützenhauses, abends Ball. Die Feier findet ihren Abschluß am Montag im Waldkater.

*** **Die Teuerungswelle.** Die in unserem gestrigen Artikel die Teuerungswelle enthaltenen Angaben über die **Erhöhung der Brikettpreise** trifft in der dortigen Form nicht zu. Wie uns eine hiesige Brikettverkaufsstelle mitteilt, beträgt der Preis augenblicklich 1,12 Mark. Eine Erhöhung am 1. September ist allerdings bestimmt zu erwarten.

*** **III. Reisicke-Gartenkonzert.** Am Mittwoch abend veranstaltet das Reisicke-Orchester im „Casino" sein III. Gartenkonzert. Den Besuchern der früheren Veranstaltungen werden die von der guten Kapelle ausgeführten Konzerte noch in bester Erinnerung sein. Das Konzert findet auf jeden Fall, bei ungünstiger Witterung im Saale, statt.

*** **Tuerschmann-Abend.** Zu dem einmaligen öffentlichen Vortragsabend Professor Bruno Tuerschmanns am 19. August 1925, abends 8 Uhr, in der Aula des Domgymnasiums bemerken wir, daß die Mitglieder des Theatervereins gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte während des Vorverkaufs in der Buchhandlung Stollberg 25 Prozent Ermäßigung haben. Auf die Bekanntmachung bezw. den Bericht im lokalen Teil in der Sonnabend-Ausgabe machen wir besonders aufmerksam und bitten um recht zahlreiche Beteiligung.



Kühne Flieger
kommen am Sonntag in unsere Stadt!

Auf zum Flugtag am 16. August!

Die Sonntags-Verkaufszeit.

Da viele Unklarheiten über die Geschäftsstunden an Sonntagen in unserer Stadt herrschen, geben wir einen Auszug aus der Bekanntmachung der Polizeiverwaltung vom 7. Juli d. J. wieder:

Für den Handel mit **Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren** sowie für den Betrieb der **Speditions- und anderen Geschäftsbetriebe,** soweit sie sich mit der Auferfertigung und Expedition von Gütern befassen: auf ½8 Uhr bis ½10 Uhr vormittags.

In der Zeit vom 1. April bis 30. September ist in derselben Weise der **Verkauf von frischem Fleisch und frischen und geräucherten Fischen** (auch Kraboen) zulässig.

Für den **Handel mit frischen Blumen und Zeitungen:** auf ½12 Uhr bis ½1 Uhr.

Für den Verkauf von **Roheis und Milch** in festen Verkaufsstellen: auf ½8 Uhr bis ½10 Uhr und von ½12 Uhr bis 1 Uhr.

An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem Sonntag vor Ostern, dem Sonntage vor Pfingsten, dem Sonntage vor dem Merseburger Kinderfest: auf ½8 Uhr bis ½10 Uhr vormittags und von 12 bis 6 Uhr nachmittags.

Am **Totensonntag** für den Handel mit Blumen und Kränzen: auf ½12 Uhr bis 2 Uhr.

Für den **Verkauf von Obst in Obstständen,** bei Obstpächtern usw. an allen Sonntagen und Festtagen während der Erntezeit: auf 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Um Zweifel zu beheben, wird hierbei bemerkt, daß auch solche Geschäfte, die keine Angestellten beschäftigen, nur in den festgesetzten Geschäftszeiten geöffnet sein dürfen.

*

Das Kreiskrankenauto.

Die sozialen Aufgaben, die eigentlich das wichtigste Arbeitsgebiet aller Gemeinden und Gemeindeverbände sein sollten, aber vielfach leider nur geringes Interesse finden, werden vom Landkreis Merseburg in vorbildlicher Weise behandelt. Auch über den Rahmen der vorgeschriebenen gesetzlichen Maßnahmen hinaus, ist die Kreisbehörde — und dabei findet sie die Unterstützung aller sozialdenkenden Mitglieder des Kreistages — bestrebt, für die Kreisbewohner alle möglichen Erleichterungen zu schaffen, die in Fällen der Not so oft bitter vermißt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die kürzlich erfolgte Anschaffung eines Kreiskrankenautos zu verstehen. In der kurzen Zeit, wo der Kreiskrankenwagen in Tätigkeit ist, hat sich gezeigt, daß damit einem großen Bedürfnis abgeholfen ist. Kaum ein Tag ist vergangen, wo er als Helfer in der Not in einem Orte unseres ausgedehnten Kreises erschienen ist, um Verunglückte in ein Krankenhaus zu schaffen, ja, es ist schon vorgekommen, daß mehrere Fälle an einem Tage ein Eingreifen erforderten. Die außerordentliche Zunahme des Verkehrsumfälle machen Hilfsmaßnahmen in stets steigendem Maße notwendig. Aber auch in anderen Notfällen ist das Krankenauto in Tätigkeit getreten.

Ein Geschäft macht der Kreis mit dieser Einrichtung nicht. Die Sätze für die Benutzung des Wagens sind derart niedrig, daß der Kreis wahrscheinlich am Ende des Rechnungsjahres eine finanzielle Zubuße zu leisten haben wird. Da aber die Einrichtung ausgesprochen sozialen Charakter trägt, so ist die Aufwendung berechtigt. Eine schnelle Hilfe kann oft Schaden an Leib und Leben verhindern und so den Gemeinden des Kreises in Einzelfällen dauernde Lasten ersparen.

Die armen Männer im Sommer . . .

Die Damen mit einem halben Pfund bekleidet.

„Es ist einfach unerträglich!" seufzte sie. „Ich kann es nicht länger aushalten in den Kleidern. Man müßte in diesen Hundstagen einfach im Schwimmtrikot spazieren gehen . . ."

Ich erlaubte mir, meinen Zweifeln darüber Ausdruck zu geben, ob diese Schwimmtrikotmode die polizeiliche Genehmigung finden würde. Ich befürchtete sogar eine Einmischung der hohen Zensur, und schließlich sagte ich:

„Aber Sie haben ja garnichts an!"

„Das könnte Ihnen so passen!" gab sie zurück. — „Kleid, Wäsche, Strümpfe, Schuhe, Hut . . . einfach unerträglich!"

„Sehr schön", meinte ich. „Aber alles, was Sie anhaben, ist leichter, luftiger, fast gewichtsloser Stoff. Das Kleid ist Crêpe Georgette ohne Ärmel und reicht nicht einmal bis zum Knie . . . Die Wäsche, die Sie tragen, ist ebenfalls leicht, und sowohl an Gewicht wie an räumlicher Ausdehnung äußerst bescheiden. Die Strümpfe sind aus feinster Seide. Der Hut ist so leicht, daß er gar nicht mitzählt, ebenso wie auch die Schuhe nicht zur Last werden können. Sehen Sie sich demgegenüber die armen Männer an."

Sie sah mich mit großen Augen an.

„Ich wette mit Ihnen", sagte sie, „daß das Zeug, was wir tragen, nicht viel leichter ist, als die Kleidung eines Mannes!"

Wir wetteten. Um was die Wette ging interessiert die Öffentlichkeit kaum. Demgegenüber nehme ich an, daß die Öffentlichkeit für den Ausgang unserer Wette lebhaftes Interesse haben kann. Die Wette wurde nämlich dadurch entschieden, daß eine unparteiische Jury damit beauftragt wurde, sorgfältig abzuwägen, was die Wettende am Leibe trug, und dann gleichfalls das Gewicht der sommerlichen Kleidungsstücke eines Herrn, angefertigt aus den leichtesten Stoffen, festzustellen.

Die Jury waltete mit größter Gewissenhaftigkeit ihres Amtes. Und es ergaben sich bei der Dame die folgenden Zahlen:

Oberkleid	170 Gramm
Wäsche	56 „
Seidenstrümpfe	28½ „
Strumpfbänder	14½ „

Insgesamt 269 Gramm.

Das war alles. Sie trug also im ganzen eine Last von etwas mehr als einem halben Pfund — die Schuhe und den Hut nicht mitgerechnet —, während das Gewicht der allerleichtesten Kleidung eines Herrn im Sommer mit 3239 Gramm festgestellt wurde.

Woraus zu ersehen ist, daß das schwache und doch so starke Geschlecht in den Sommertagen in der Tat nichts anhat. Da aber die Damenmode stets Fortschritte macht, so kann man darauf vorbereitet sein, daß in dem nächsten Sommer unsere Damen eine Mode erfunden werden, die ihnen eine Belastung von höchstens hundert Gramm auferlegen wird, Schuhe und Hut nicht mitgerechnet . . .

Gott, wird das paradiesisch schön werden! Auch für uns Männer!

*

Erleichterungen im Seuchenschutz.

Vom Landbund der Provinz Sachsen wird geschrieben: Auf die Vorstellungen des Landbund Provinz Sachsen, die aufs dringendste Erleichterungsvorschriften der Sperrverfügungen in den Viehseuchengebieten wünschten, antwortete der Reichsinnenminister unter dem 17. Juli (Tgb. Nr. II 5830 A):

Die Frage, inwieweit im Hinblick auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft bei Ausbrüchen der Maul- und Klauenseuche hinsichtlich der Bildung von Beobachtungsgebieten Erleichterungen eintreten können, ist in einer kürzlich mit den Landesregierungen abgehaltenen Veterinärkonferenz eingehend beraten worden. Es wurde dabei beschlossen, daß von der Bildung von Beobachtungsgebieten § 165 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz abgesehen werden kann, wenn

1. der ganze Seuchenort zum Sperrbezirk erklärt wird;
2. nach Lage der Seuche, insbesondere auch nach dem Ergebnis von Untersuchungen (§ 29 VO.) anzunehmen ist, daß eine Verschleppung der Seuche in die Nachbarschaft nicht stattgefunden hat;
3. in den verseuchten Gehöften unverzüglich von der Notimpfung unter Benutzung von Maul- und Klauenseucheserum in weitgehendstem Maße Gebrauch gemacht wird.

Es ist weiter beschlossen worden, daß bei gehäuftem Auftreten der Maul- und Klauenseuche nach Maßgabe von § 161 VA. zum VO. der Sperrbezirk auf Ortsteile oder einzelne Gehöfte beschränkt werden darf, daß jedoch in diesem Falle zum mindesten der übrige Teil des Seuchenortes als Beobachtungsgebiet zu erklären ist.

Die Landesregierungen sind gebeten worden, nach diesen Grundsätzen zu verfahren.

Diese Regelung, die im wesentlichen auch dem von unseren Landbund-Reichstagsabgeordneten gestellten Antrag entspricht, wird ganz gewiß schon als eine Erleichterung in der Handhabung des Seuchenschutzes empfunden werden. Falls sie sich bewährt, werden die Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz nach den weiteren Mitteilungen des Reichsinnenministers dementsprechend geändert werden. Wo sich Schwierigkeiten zeigen, empfehlen wir, unter Bezugnahme auf dieses Schreiben des Ministers vorstellig zu werden.

*

Tageskalender.

Dienstag, 11. August.

Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen: Monatsversammlung bei Kamerad Bischoff. — Verfassungsfeier in der städtischen Turnhalle. — Lichtspiel-Palast Sonne: Rosenmontag. — Sportverein von 1899: Künstlerkonzert im Vereinshause.

Mittwoch, 12. August.

Casino: Reisicke-Garten-Konzert. — Café Schmieh: Männerchor-Konzert. — Millers Hotel: Gesellschaftsabend. — Funkenburg: 72er Versammlung.

*

Wetterwarte.

V. W. am 12. August (Mittwoch): Nach Gewitterregen Abkühlung und wieder allmählich aufheiterndes Wetter. — 13. August (Donnerstag): Vielfach heiter, trocken, nachts kühler, tagsüber wieder etwas wärmer.

---

§ **Schkeuditz,** 11. Aug. In der Nacht zum Montag, kurz nach elf Uhr, ertönte der Feuerruf. In Cursdorf war beim Gutsbesitzer Artur Apitzsch der Inhalt eines massiven Stalles in Brand geraten. Die Vorräte an Stroh, Heu und Klee wurden vollständig vernichtet. Die Freiwillige Feuerwehr rückte auf einem Lastauto nach der Brandstelle, um hier in Gemeinschaft mit der Papitzer und Radefelder Feuerwehr, sowie der zahlreichen Gemeindespritzen das mit riesiger Schnelligkeit um sich greifende Element zu bekämpfen. Das Gebäude brannte vollständig aus. Die Einwohner von Cursdorf beteiligten sich in unermüdlicher Weise an der Herbeischaffung von Wasser, dessen Mangel sich empfindlich bemerkbar machte, zumal einer der Dorfteiche trockengelegt worden ist. Das Vieh konnte gerettet werden, bei Herausschaffung eines Fohlens erlitt von dem wildgewordenen Tiere ein Stallschweizer einen Stoß vor die Brust. Der Verletzte mußte nach der Heilanstalt Bergmannswohl geschafft werden. Morgens um 2 Uhr rückte die Wehr unter Hinterlassung einer Brandwache ab, der es dann noch oblag, zwei schwere Schweine, die in den Hofbrunnen gestürzt waren, zu bergen. Als Brandstifter kommt ein bei Apitzsch bediensteter Knecht in Frage, der mit einem Dienstmädchen sich auf dem Boden befand und ein Streichholz anzündete. Der Knecht kam wegen fahrlässiger Brandstiftung in Haft.

§ **Pörsten,** 10. August. In einem geliehenen Auto unternahmen in der vergangenen Woche ein Herr und eine Dame eine „Vergnügungsfahrt". Um einen Menschenknopf in Ordnung zu bringen, übergab der Herr seiner Begleiterin das Steuer. Die des Fahrzeuges unkundige Dame lenkte das Auto in den Straßengraben. Beide Insassen wurden herausgeschleudert. Während dem Herrn nichts geschah, mußte die Dame besinnungslos mit einer schweren Kopfwunde nach Weißenfels ins Krankenhaus gebracht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0003

Provinz und Nachbarländer.

Verhinderter Selbstmord.

† **Halle.** Am Sonnabend vormittag versuchte eine des Schwimmens kundige 17jährige weibliche Person an der ehemaligen Florabadeanstalt sich durch Ertrinken in der Saale das Leben zu nehmen. Sie wurde durch einen Schwimmeister gerettet und der Polizeiwache zugeführt, von wo sie durch ihren Vater abgeholt wurde. Der angebliche Grund zu dem Selbstmordversuch sollen Vorhaltungen sein, welche der Vater seiner Tochter wegen Umhertreibens gemacht hatte.

Wer ist bestohlen?

† **Halle.** Am 8. 8. haben Kinder in der Saale am Kuttelhof ein auf der Saale schwimmendes Paket, enthaltend 23 Stück fast frische geräucherte Knack- und Leberwürste, geborgen. Die Würste sind rund gebunden. Es ist anzunehmen, daß die Würste gestohlen und von den Dieben fortgeworfen sind. Um die Würste vor dem Verderben zu retten, wird der Geschädigte gebeten, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Leichenfund bei Helbra.

† **Helbra.** Erntearbeiter fanden beim Mähen, unweit des Fahnenhügelweges, in einem Haferfeld die Leiche eines jungen Mädchens. Wie bereits festgestellt, handelt es sich um die seinerzeit vermißt gemeldete Klara Ette von hier. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergetreten, da sie schon vier Wochen im Getreide lag. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt ein schweres Verbrechen vor. Die Staatsanwaltschaft hat sofort die Untersuchung aufgenommen. Es ist bereits eine Verhaftung erfolgt.

Wilderer.

† **Thale.** Zwei Gelegenheitsarbeiter aus Thale wurden nahe der Försterei Totenrode beim Wildern auf frischer Tat gefaßt, als sie ein Wildschwein abzogen. Sie ergriffen zuerst die Flucht, konnten aber bald verhaftet werden.

Ein Kind tödlich überfahren.

† **Leipzig.** Am 7. d. M., nachmittags ½4 Uhr, ist in der Karolinenstraße ein 5jähriger Knabe durch einen Kraftwagen tödlich verletzt worden. Er war mit seiner Großmutter nach der Wäscherolle gegangen und von ihr aus dem Rollraum gewiesen worden, damit ihm dort nichts geschehe. Er ging auf die Straße und vergnügte sich dort mit anderen Kindern durch Haschespielen. Das Kind lief plötzlich vom Fußwege herunter vor ein Auto, kam zu Falle und trug eine tödliche Verletzung davon, an der es kurz darauf im Krankenhause starb. Nach Zeugenaussagen trifft dem Führer des Autos keine Schuld.

Nackt auf der Straße.

† **Leipzig.** Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich am Montag nachmittag am Bayerschen Bahnhof ab. Dort setzte sich ein 38 Jahre alter Arbeiter auf die Stufen des Postamtes und fing an, sich zu entkleiden. Er entledigte sich aller Kleidungsstücke und lief im Adamskostüm, gefolgt von einer großen Schar Neugieriger, die Bayerische Straße entlang bis zur Hohen Straße. Seine Kleider hatte er am Postamt liegen lassen. In der Hohen Straße trieb er allerlei Allotria und zog so immer mehr die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten auf sich. Der Mann wurde schließlich festgenommen und nach der Sanitätswache gebracht. Dort wurde festgestellt, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. Er wurde durch Beamte der Wohlfahrtspolizei-Hauptwache der Nervenklinik zugeführt.

Ausgerückt.

† **Leipzig.** Nach Hinterlassung von 65 000 Mark Schulden hat sich der Chef eines hiesigen Textilwarengeschäfts mit seinem Geschäftsführer aus dem Staube gemacht.

Der Streik in der Textilindustrie beigelegt.

† **Greiz.** Die Verhandlungen, die am vorigen Sonnabend vor dem Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben zu einer Verständigung geführt. Die Gewerkschaften der Meister haben alle Forderungen wegen einer Änderung des Manteltarifs zurückgenommen und dessen Verlängerung bis zum 31. Dzember 1926 zugestimmt. Sie haben weiter auf ihre Forderung, die bisherige Dreistaffelung der Löhne nach der Länge der Wochenarbeitszeit fallen zu lassen und einen einheitlichen Lohn von 240 Mk. für den Monat festzusetzen, verzichtet und dem Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt, der bei der Wochenarbeitszeit bis zu 48 Stunden 203,15 Mk., bis zu 50½ Stunden 213,10 Mk., bis zu 53 Stunden 223 Mk. monatlich vorschlug. Die Arbeitgeber haben ihr Einverständnis zu dieser Regelung davon abhängig gemacht, daß die Gewerkschaften gleichzeitig den Spruch des Schlichtungsausschusses Gera über den Arbeitertarif, für den die Erklärungsfrist bis zum 10. August festgesetzt war, zustimmten. Diesem Verlangen wurde entsprochen. Die streikenden Arbeiter werden ihre Arbeit heute (Dienstag) wieder aufnehmen.

Neues Kinderheim des Kreises Saalfeld.

† **Wickersdorf.** In einer Villa, die früher zur freien Schützengemeinde Wickersdorf gehörte, eröffnet der Landkreis Saalfeld Mitte August ein Kinderheim, dem ein besonderes Kindererholungsheim angegliedert werden soll. Das Heim wird geleitet von einer staatlich geprüften Jugendleiterin und bietet etwa dreißig Kindern dauernde Unterkunft. Die Durchführung des Unternehmens wurde durch einen größeren Staatszuschuß ermöglicht.

Verhafteter Schwindler.

† **Arnstadt.** Verhaftet wurde hier ein etwa 30jähriger Mann, der seit einigen Wochen in einem hiesigen Betrieb angestellt war. Er soll sich in verschiedenen Geschäften Waren erschwindelt und auch über seine Personalverhältnisse unwahre Angaben gemacht haben, indem er sich als Dr. phil. und Reserveoffizier ausgab. Der Verhaftete soll aus Ostpreußen stammen.

Versuchter Selbstmord.

† **Arnstadt.** Aus Liebeskummer aus dem Leben scheiden wollte ein 18jähriger Jüngling, der sich aus einer kleinen Pistole einen Schuß in den Kopf unweit der Schläfe beibrachte. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Verfassungsfeier in Jena.

† **Jena.** Die Verfassungsfeier in Jena war von außerordentlich schönem Wetter begünstigt. Vom frühen Morgen zogen die Reichsbannerangehörigen durch die Straßen der Stadt, die nur in einzelnen Stadtteilen besonderen Flaggenschmuck aufwies. Im Mittelpunkt der Feier stand eine Kundgebung auf dem Markt, zu der Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg die Rede hielt. Am Nachmittag zogen die Reichsbannerangehörigen mit zahlreichen Musikkapellen durch die Straßen der Stadt. Der Zug endete auf der Rasenmühleninsel, dem Festplatze. Dort entwickelte sich ein richtiges Volksfest.

Bald wie in der „guten alten Zeit . . ."

† **Blankenhain.** Die „Bimmelbahn" (Blankenhain—Weimar), die von ironischen Leuten auch „Bummelbahn" genannt wird, scheint von Zeit zu Zeit das Bedürfnis zu haben, die Existenzberechtigung ihres schönen Namens aufs neue nachzuweisen. Ein solcher Beweis ist ihr wieder einmal aufs schönste gelungen. Auf einer Station warteten eine Anzahl Fahrgäste auf den Frühzug. Der lief auch wie immer prompt ein. Aber die Fahrgäste konnten nicht einsteigen, weil nämlich die Fahrkartenausgabe noch geschlossen war. Nach einigem Verhandeln entschloß man sich, den Fahrkartenverkäufer beizuholen. Dieser wiegte sich aber noch nichts ahnend im süßen Schlummer, weil der Wecker nicht gerasselt hatte. So verging noch ein Weilchen, bis die inzwischen schon eingestiegenen Reisenden ihre Fahrkarte erhalten konnten. Die Kenner dieser guten Bahn lassen sich indes nicht abhalten, in ihr nach wie vor eine äußerst brauchbare, ja unentbehrliche Kultureinrichtung ersten Ranges zu erblicken, die allerdings nach dem schlummernden Beamten — „Schlummerbahn" getauft werden müßte.

Man muß sich zu helfen wissen.

† **Jena.** Ein heiteres Intermezzo gab es dieser Tage hier auf dem Saalbahnhof. „Alte Herren" einer studentischen Korporation gaben einem Verbindungsbruder das Geleit bis an den Bahnwagen. Natürlich durfte der volle Humpen nicht fehlen. Beim Abschiednehmen ging einer der Krüge zu Bruch, was zur Folge hatte, daß der Missetäter wegen Verunreinigung öffentlicher Anlagen von der Bahnpolizei zur Rechenschaft gezogen wurde und sofort 3 RM. berappen sollte. Das aber ging dem Pechvogel über die Hutschnur. Unter dem Beifallsgemurmel seiner „Kommilitonen" hielt er folgendes Plaidoyer: „Nein, das ist mir doch zu happig. Ich bin verheiratet. So schnell verdiene ich das Geld nicht. Ich bin verheiratet. Da mache ich die Geschichte selber weg!" Und den Worten folgte allsogleich die Tat. Der „Alte Herr" ließ sich vom Bahnhofswirt, der auch ein Einsehen hatte, Eimer, Schaufel und Besen geben, kehrte zurück auf den Schauplatz der Tat, trug die Scherben im Eimer zusammen und kehrte die Pfütze „besenrein". Den Zuschauern machte das naturgemäß viel Spaß, aber der „arme Familienvater" erreichte seinen Zweck, denn er war fortan von Schuld und Sühne befreit.

Das Reformationsjubiläum in Schmalkalden.

† **Schmalkalden.** Ein festlich Kleid hatte das kleine hessisch-thüringische Städtchen Schmalkalden zur Feier der 400jährigen Wiederkehr zur Einführung der Reformation angelegt. Die Straßen der Stadt boten ein überaus farbenfrohes Bild. Die Feierlichkeiten begannen am Sonnabend mittag, als die Glocken der Stadt den Anfang des Festes einläuteten. Nachmittags fand auf dem Schloß die Eröffnung der historischen Ausstellung statt mit anschließender Führung. Gegen Abend trug ein Massenchor Reformationslieder vor. Der erste Feiertag wurde beschlossen durch ein Kirchenkonzert. Die Feierlichkeiten am Sonntag wurden bereits um 8 Uhr durch einen Landgottesdienst eröffnet. Der Nachmittag brachte das Hauptereignis der ganzen Veranstaltung: den historischen Festzug, der den Einzug zum Schmalkaldener Konvent 1537 darstellte. Daran schloß sich ein feierlicher Akt in der Kirche. Einen schönen Ausklang fand der Hauptfesttag durch die Aufführung des Mysterienspiels „Vom verlorenen Sohn", von Burhardt Waldis, das für den die Reformation beherrschenden Geist charakteristisch ist. Im wesentlichen schließt sich das Stück an die biblische Vorlage an. Mit Einbruch der Dunkelheit wurden die Stadt unc besonders die historischen Gebäude festlich beleuchtet.

Einweihung der Meininger Hütte.

Auf der hohen Geba.

† **Meiningen.** Bei zahlreicher Beteiligung konnte Sonntag auf der hohen Geba die „Meininger Hütte" eingeweiht und dem Schutze der Wanderfreunde übergeben werden. Herzlicher Dank gebührt dem Zweigverein Meiningen des Rhönklubs und allen denen, die mit dazu geholfen haben, auf der hohen Geba, dem östlichsten Berg der Rhön, eine so treffliche Ruhe- und Erholungsstätte zu schaffen. Mit warmen Worten begrüßte der Vorsitzende des Zweigvereins Meiningen, Reifenstein, die Erschienenen, worauf Pfarrer Köhler aus Stepfershausen die Weiherede hielt. Die Zweigvereine Fulda, Bad Kissingen, Gersfeld und Nürnberg übermittelten herzliche Grüße und Glückwünsche, ebenso in launiger Art Bürgermeister Keßler aus Meiningen.

Im Zeichen des Verkehrs.

† **Gera.** Nach monatelangen Bemühungen ist es unter Führung der Stadtverwaltung und unter Beteiligung der größeren, an der Hebung des Verkehrs interessierten Organisationen gelungen, in Gera einen Verkehrsverein zu gründen. Er verfolgt den Zweck, den Verkehr, insbesondere den Fremdenverkehr, nach Gera und dadurch den allgemeinen Geschäftsverkehr zu fördern. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedient sich der Verkehrsverein eines Verkehrsbüros, das noch in diesem Monat im Hause Johannisstraße 15 eröffnet werden soll. Mit der Eröffnung des Büros soll zugleich ein neuer Führer durch Gera herausgegeben werden.

Rundfunk

Mittwoch, 12. August.

Leipzig. Welle 454.

Das gleiche Programm gibt der Zwischensender Dresden auf Welle 292 Meter.

Allgemeine Tageseinteilung siehe Montag.

4,30—6 Uhr nachm.: **Märchennachmittag für Kinder.**
6,45—7 Uhr abends: Funkbastelstunde.
7—7,30 Uhr abends: Vortrag: Dr. Hans Kreyßig: „Was bringen die neuen Aufwertungsgesetze".
7,30—8 Uhr abends: Vortrag: Ernst Littmann: „Die gelbe Gefahr im Lichte der Geschichte".
8,15 Uhr abends: **Komödianten-Abend.**
1. Einführung.
2. Streit um die Rolle.
3. Friedrich Kayßler Die Seele ist es, die da spielt.
4. Dingelstaedt: Mutter und Sohn.
5. Wilhelm Seebach (1824): Auch eine Kapuzinerpredigt.
6. Robert Schumann: „Karneval".
7. Wiener Komödianten.
8. Wahrheit und Dichtung. Allerlei Humoristisches aus der Komödiantenwelt.

Anschließend (etwa 9,10 Uhr abends): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst von Leipzig aus.
Darauf von 10,30—12 Uhr abends: **Konzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle.**

*

Berlin. Welle 505 Meter.

Allgemeine Tageseinteilung siehe Montag.

5—6,30 Uhr nachm.: **Siebentes Kinderfest der Funk-Stunde.**
7 Uhr abends: „Hygiene des Wohnhauses."
7,30 Uhr abends: „Vergiftungen durch pflanzliche Nahrungsmittel." II. Teil.
8,30 Uhr abends: **Populärer Abend.**
10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- u. Filmdienst.

Ein gefährlicher Wendepunkt im Kindesleben.

Im ersten Kindesalter ist die Entwöhnung der gefährlichste Zeitabschnitt. Es erscheinen sehr oft ernste Verdauungsstörungen und manchmal die gefürchteten Magen- und Darmkatarrhe, die oft das Leben der Kleinen gefährden.

Nahezu 50jährige Erfahrung gestattet es, den Müttern für diese Zeit Nestle's Kindermehl zu empfehlen, falls sie nicht weiter stillen können. Nestle's Kindermehl ist die Nahrung für Säuglinge fehlender Muttermilch; es beseitigt, abwechselnd mit Mahlzeiten von gezuckerter kondens. Milch, Marke „Milchmädchen" gereicht, die hartnäckigsten Beschwerden. Es ist überall erhältlich. Probedose und illustrierte Broschüre über Säuglingspflege kostenlos und unverbindlich durch „Linda"-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 56.

Das Leben ist doch schön

Roman von N. Aren.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten!)

„Da freut er sich vergeblich, Herr Weltzin, denn ich will nicht heiraten; ich will nicht", wiederholt sie energisch.

„Also wie ich wollen Sie es machen", antwortete er lachend, „da möchte ich aber glauben, daß solche Beispiele, wie ich eins bin, eigentlich abschrecken müßten!"

„Gar nicht, ich finde Sie gar nicht abschreckend — im Gegenteil!"

Der Pfarrer droht mit dem Finger und sagt scherzend: „Nun hörst du aber auf, Herzl, sonst machst du am End dem Herrn Weltzin noch eine Liebeserklärung, dazu bist du doch nicht mehr klein genug."

Kreszenz wird rot; verlegen sieht sie den Pfarrer an und sagt: „Aber Sie haben mir doch immer eingeprägt, Hochwürden, das Richtigste sei, immer die Wahrheit zu sagen — und ich hab nur die Wahrheit gesagt!"

„Das sollst du auch — das tu nur stets, du bist mein braves Mädel — da hast du meine Hand."

*

Auch der letzte Tag war vergangen. Am nächsten Vormittag sollte die Abreise stattfinden. Der Pfarrer und Weltzin wollten Kreszenz bis Berchtesgaden bringen, dort trennten sich dann ihre Wege.

Bis in die Nacht hinein — der Pfarrer weit über seine gewohnte Zeit hinaus — hatten sie am letzten Abend geplaudert und wie nächste Zusammengehörige ihr ganzes bisheriges Leben durchgesprochen. So war es denn nun auch jedem von ihnen, als ob er von lieben Angehörigen Abschied nähme.

Jetzt in erster Morgenfrühe war es schon lebendig im Haus. Kreszenz wollte es sich nicht nehmen lassen, das letzte Frühstück selbst anzurichten, und war mit dem Decken des Tisches beschäftigt, während sie sich munter mit Brigitte, die ihr nicht von der Seite wich, unterhielt.

Jörgl wusch vor der Tür seinen Wagen und putzte an ihm, daß es eine Freude war; er war stolz darauf, die Zenz und den Herrn Professor zu fahren, und hatte schon gesagt: „Sein Fuhrwerk müßte heut ausschauen wie für Hochzeiter!"

Der Pfarrer ging, in seinem Brevier lesend, im Garten hin und her und nickte freundlich Weltzin zu, der soeben von der Straße aus in den Garten trat. Dieser hatte im Dorfe von Kindern ein kleines Edelweißsträußchen gekauft und reichte es zum Morgengruß der Kreszenz.

„Dank schön, Herr Weltzin; ich will es gut in Obacht nehmen bis zum Wiedersehen."

„Recht, Kreszenz, aber Sie können mir eigentlich doch auch ein Andenken geben, Hochwürden erlaubts Ihnen gern, auch für mich eine Blume zu pflücken — was meinen Sie, Kreszenz?"

„Darf ich, Hochwürden?"

„Gewiß, mein Kind!"

Sie geht zu den Rosenstöcken, prüft und sucht lange, schneidet eine sich eben öffnende herrliche La France und bringt sie Weltzin.

„Danke, Kreszenz — auch ich werde sie hüten zum Andenken an die schöne Zeit hier —"

Eine Stunde später rollte der Wagen nach herzlichem Abschied und von den Segenswünschen der Brigitte begleitet auf der Straße nach Berchtesgaden.

Dann Trennung auf der Station. Der Pfarrer bleibt mit Kreszenz noch bis zum nächstfolgenden Zug zurück, und Weltzin tritt seine Reise allein an. Seine Dankesworte schneidet der Pfarrer kurz und herzlich ab: „Keinen Dank, mein lieber Claus — beim Abschied lassen Sie mich Sie so nennen — und behüt Sie Gott auf allen Ihren Wegen. Vergessen Sie den alten Heinzinger nicht und denken Sie daran, daß mir Nachrichten von Ihnen große Freude bereiten; nun noch einmal die Hand — und dann — auf Wiedersehen!"

„Und jetzt, meine liebe Kreszenz, auch Ihnen Lebewohl. Durch Hochwürden sollen Sie oft von mir hören — und ich hoffe, auch mir wird Nachricht über Sie werden — vielleicht von Ihnen selbst einmal. Ich werde sicher viel an Sie denken und hoffe auf ein frohes Wiedersehen. Schütz' Sie Gott, Zenz!"

Ein herzlicher Händedruck und fest, doch nur einen Moment, ruhen ihre Blicke ineinander. Kreszenz senkt den Kopf, feucht schimmert es in ihren Augen, und nichts bringt sie hervor als: „Behüt Sie Gott, Herr Claus — lieber Herr Claus!"

Sie wendet sich ab. Weltzin, zum Einsteigen gedrängt, besteigt den Wagen und der Zug setzt sich in Bewegung. Er beugt sich hinaus, um den letzten Gruß zu winken — was ist denn das — Zenz winkt ihm mit der Hand, dann sieht er noch, wie sie ihren Kopf auf des Pfarrers Schulter legt und in Tränen ausbricht. —

Wie ein Freudenruf klingt es in seinem Herzen — noch ist er sich nicht klar, wem die Tränen gelten. Sind sie hervorgerufen durch die Erinnerung an die früheren Zeiten und gelten sie dem Freunde der Eltern und ihrer Kindheit — oder — — —

Wie meine erste Fahrt in diese Berge in meiner Jugend der Anfang zum Glück in meinem Berufe war, sollte der Anfang zu meinem wahren Lebensglück da begonnen haben — als ich wiederkam? —

Dann Glück auf, Claus! —

*

Voller Frühlingszauber liegt über dem Luganer See! Der März ist erst zur Hälfte vergangen, aber die warme Sonne hat ganz ungewöhnlich ihre Schuldigkeit getan. Es blüht und sprießt im ganzen Revier in voller Lebenskraft und überall tönt lustiger Vogelgesang dazwischen. Viele der nordwärts strebenden gefiederten Sänger haben schon dem Süden, der sie gastlich beherbergt, ihr Abschiedslied gesungen, und auch die Menschen, die dem rauhen Vaterland entfliehen mußten, während Schnee und Eis die heimische Flur deckten, erfaßt Sehnsucht nach der Heimat.

Leerer wird's in den Hotels und in den Landhäusern. So mancher zieht fort, gesundet an Körper und Seele, doch auch so mancher wehmütig auf den Winter zurückblickend, der ihm auch hier, wo die Natur so gütig, so heilend schien, Enttäuschung brachte. Aber heim zieht's alle — nur heim!

Im Garten der Villa Sperenza, bequem in einem Lehnstuhl ruhend, sitzt Baron Merzdorf. Trotz der warmen, durch keinen Hauch bewegten Luft sind seine Füße in eine Decke gehüllt, und sorgsam hängt Irma ihm eben einen schützenden Mantel über die Schultern. Dankbar lächelt er ihr zu, seine durchsichtig weißen Hände fassen ihre volle, weiche Hand, die er an seinen Mund zieht und innig küßt.

Auf dem Tische vor ihnen liegt ein geöffneter Brief, den sie soeben empfangen und gelesen haben.

„Wie freundlich ist es doch vom Professor", sagte Merzdorf, „daß er sein Versprechen einlöst und uns seinen Besuch ankündigt. Ich gestehe, daß ich mich aufrichtig darauf freue, ebenso, wie mir seine Briefe während des Winters wirklich Vergnügen bereitet haben. Dem lieben Menschen habe ich auch Unrecht getan — wie —"

„Aber Egon, ich bitte dich immer wieder, laß das doch! Du quälst dich mit Dingen und Gedanken, die doch längst vergangen sind! Wir dürfen beide ehrlich sagen, daß wir zufrieden sind, und wenn du nur erst ganz hergestellt sein wirst, auch vollkommen glücklich sein werden. Rege dich nicht stets aufs neue auf, du weißt ja, daß ich dich liebhabe — genügt dir das nicht?"

„Ob's mir genügt, Irma! Ich kenne keinen anderen und höheren Wunsch. Aber, daß du neben mir Kranken deine Jahre vertrauern mußt, der Gedanke ist mir unerträglich. Und — habe ich denn noch wirklich berechtigte Hoffnung auf Änderug? Ihr — der Arzt und du — Ihr sagt es mir ja täglich und ich denke ja selbst auch manchmal, es geht mir besser — aber darauf folgt regelmäßig doppelte Mutlosigkeit."

„Beruhige dich, Egon. Der Winter hier sollte dich ja nur halten und einer Verschlechterung vorbeugen; die kräftige Luft unserer Berge und dann meine Pflege in der Heimat wird dich vollkommen herstellen."

Wie gern glaubt jeder Kranke an solche Versicherungen und wie hängen Egons Augen an Irmas Gesicht, um zu erspähen, ob sie ihre Überzeugung ausspricht, oder ihn über seinen Zustand täuschen will — ihre freundliche Ruhe aber belebt seinen Mut.

„Ja, unsere Heimat", sagt er, „sähe ich sie nur erst wieder. Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß wir ihr näher gehen und freue mich auf die Übergangszeit in Meran, die mir schon wie eine Erlösung vorkommen wird. Durch Weltzins Besuch wird die Zeit angenehmerweise auch noch verkürzt, wenn er nur lange bleiben möchte!"

„Ich fürchte, Egon, daß er das nicht wird. Ist dir in seinen Briefen nicht immer die, und zwar allmählich immer deutlicher werdende Erwähnung des jungen Mädchens aufgefallen, welches er als Kind schon kannte und im vorigen Jahre wiederfand? Mir scheint aus seinem heutigen Briefe sein lebhafter Wunsch hervorzugehen, das junge Mädchen, welches, wie er schreibt, seit Beginn des Monats in München ist, bald wieder zu sehen, und wenn er auch wiederholt seine väterliche Neigung zu ihr betont, so möchte ich nicht recht an diese Auffassung glauben, dazu sind seine Worte oft zu warm."

„Und dazu ist er schließlich nicht alt genug", antwortet Merzdorf. „Ich stimme mit deiner Beobachtung vollkommen überein. Siehst du, Irma, „ewige Treue ist doch selten", sagt er freundlich neckend und droht mit dem Finger. — Wie anders klingt es, als damals in der Ramsau seine Worte bei der ersten Begegnung mit Weltzin! —

Und ebenso munter entgegnet Irma:

„Jawohl, Egon — und da sehe ich eben doppelt ein, daß es für mich das Richtigste ist, nur an dir festzuhalten — dann kann ich's schon ertragen, wenn andere untreu werden. Übrigens werden wir nun bald von ihm selbst hören, ob wir recht haben. Es würde mich freuen, der Trieb zur Ehestifterin liegt doch einmal in uns Frauen — er scheint auch bei mir zu erwachen."

*

Wenige Tage nach diesem Gespräche traf Weltzin selbst ein. Sein frisches, sicheres Wesen, seine herzliche Art verbreiteten behagliche Stimmung, so daß Baron Merzdorf von seinem nur kurz bemessenen Aufenthalt nichts wissen wollte. Auch Irma hatte viel Freude an dem freundschaftlichen Verhältnis der Herren zueinander und versuchte durch dringendes Bitten, eine Verlängerung des Aufenthaltes herbeizuführen.

„Sie sind gewiß an Komplimente gewöhnt, Herr Professor, aber Sie dürfen es von mir nicht als ein solches auffassen, sondern nur als den Ausdruck meines Dankes, wenn ich Ihnen sage, wie glücklich Ihre Ankunft die Stimmung meines Mannes beeinflußt hat; er ist angeregter und hoffnungsreicher wie seit langer Zeit."

„Dann habe ich nur einen kleinen Teil zur Fortsetzung einer Kur beigetragen, die Sie, Frau Baronin, so glücklich durchgeführt haben. Ich will offen zu Ihnen sein und gestehen, daß ich im vergangenen Sommer doch recht schwere Bedenken wegen der Möglichkeit der Herstellung Ihres Gatten hatte. Aber jetzt — wenn schon gewiß noch ein gut Teil zu tun ist — bin ich der Überzeugung, daß er gesunden wird, und ebenso bin ich überzeugt, daß er den Erfolg Ihnen zu danken hat — weit mehr als irgend einem Klima! Die besten Arzneien sind oft Herzensfrieden und Glück, und beides klingt aus jedem seiner Worte, aus seinem ganzen Wesen."

(Fortsetzung [illegible])

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0004

Zum sechsten Jahrestag der Verfassung.

Volk und Feier.

Warum ist die Republik, der Volksstaat, so arm an Festen? Sechs Jahre sind vergangen, seitdem die jetzige Rechtsgrundlage des Deutschen Reiches in Weimar konstituiert wurde. Aber in diesen Jahren ist die Symbolik des neuen Staates noch nicht recht zum Volksgut geworden. Die Formensprache der Republik ist noch sehr arm. Wir wollen hier keine Schuldfrage stellen. Besonders in Zeiten der Not ist eine solche immer unfruchtbar. Die Regierungen von Reich und Ländern, herausgewachsen aus den Parlamenten, tragen ganz deren Geist, den Geist des Verhandelns, des Ausgleichens, des Mehrheitssuchens. Und wie ungleich waren meistens die Hauptbestandteile dieser Mehrheiten. So vereinigte die große Koalition jahrelang Sozialisten und Konfessionelle, die eine ganz verschiedene Formensprache lieben. Wie sollte aus dieser Atmosphäre eine volkstümliche, eine allgemeingültige Symbolik herauswachsen? Es kommt dazu, daß die letzten sechs Jahre Parlamente und Ministerien doch eigentlich nur Notstandsarbeiten haben verrichten können, es kommt dazu, daß unter dem brutalen Druck der Entente eine freie und natürliche Entfaltung des nationalen Gefühls ausgeschlossen war, und daß die Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Volksinnern wohl die Stimmung für Haß und Kampf, nie aber für gemeinsames Feiern aufkommen ließ. Erst in den letzten Jahren haben sich erste Ansätze zu einer würdigen Formensprache des Staates gezeigt. So in den Verfassungsfeiern im Vorjahre, so bei der Bestattung des Reichspräsidenten Ebert und beim Amtsantritt Hindenburgs. Schlichtheit in Farbe und Linie, Sparsamkeit, aber Wucht der Symbole hat diese Feiern ausgezeichnet. Aber sie blieben beschränkt auf die Reichshauptstadt. Draußen im Lande hat man noch keine Ausdrucksform gefunden. Sind doch auch die meisten Verfassungsfeiern der Behörden von einer gewissen Dürre und Trockenheit. Und es wäre so leicht, dem abzuhelfen!

Soll der Staatsgedanke einmal festliche Formen annehmen, so dürfen die Feiern nicht im Stile von sogenannten Versammlungen stattfinden. Etwa: Eröffnung durch den Dienstältesten, Festrede, Nationalhymne. Derglechen kann nur Notbehelf sein. Will man volkstümlich reden, so darf man nicht nur verstandesmäßig reden. In den Festakt muß etwas wie Handlung hineingetragen werden. Deklamation, Musik, wenn möglich Wechselrede, muß das Ganze beleben. Der Staat muß hier von der Kirche lernen. Wo es angängig ist, sollte eine symbolische Handlung eingeflochten werden, etwa das Hissen der Reichsflagge oder die Enthüllung der Hoheitszeichen, wie der Reichsadler. Bei allem Festlichen schwingt Irrationales mit. Gerade eine symbolische Handlung, langsam, schweigend, feierlich ausgeführt, schafft eine starke Gemeinsamkeit der Stimmung. Bei den monarchischen Staatsformen ist solche Gemeinsamkeit leicht hergestellt durch die alles verbindende Person des Staatsoberhauptes. Der Ausdruck persönlicher Verehrung und das feierliche Gelöbnis der Untertanenpflicht ist etwas jedem Gemüt unmittelbar Verständliches. Bei den Verfassungsfeiern des Volksstaates ist die Lage viel schwieriger. Die Verfassung als Rechtsbuch, als Paragraphenwerk, als Staatskatechismus wendet sich anscheinend nur an den Verstand, sie wirkt verstandesmäßig und trocken wie ein Vertrag, sie hat nichts Persönliches. Es bedarf schon großer Kunst, um über sie zu sprechen als von einem lebendigen Volksgut. Die Person des Monarchen war früher in den Feiern Gegenstand unbestrittener Pietät. Das Buch der Verfassung aber ist seit sechs Jahren Gegenstand leidenschaftlicher und selten vornehm geführter politischer Kämpfe. So ist es doppelt notwendig, das nur Verstandesmäßige bei einer Verfassungsfeier zurückzudrängen und alles zu tun, um sich unmittelbar an die vaterländische Empfindung der Festteilnehmer zu wenden, mit anderen Worten, aus einer offiziellen Versammlung eine Festgemeinde zu machen.

Und das Gute, womit sich solches erreichen läßt, liegt so nahe. Es läßt sich denken, daß leitende Beamte, in deren Händen die Verfassungsfeier liegt, sich etwa mit einer symbolischen Handlung nicht befassen möchten, von der wir eben sprachen. Es wird ihnen das zu ungewohnt, zu fremd erscheinen, zu gesucht, und sie werden einwenden, daß der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen sehr klein ist. Wir behalten uns vor, später einmal einen ausgearbeiteten Vorschlag beizubringen. Jedenfalls aber lassen sich die Verfassungsfeiern auch mit einfacheren Mitteln lebendig gestalten. Das vaterländische Schrifttum hat Schätze genug, die sich heben lassen. Wie gewaltig sind die Katechismen von Arndt und von Kleist. Es kann nicht schwer sein, sie durch Kindermund lebendig zu machen. Überhaupt ist bei Volksfeiern die Mitwirkung von Kindern unendlich wichtig. Kritische Voreingenommenheit politisch befangener Erwachsener verfliegt vor einem frischen Spruch aus Knaben- und Mädchenmund. Wo Kinder mitwirken, entsteht viel schneller eine gemeinsame Stimmung, als wo nur Erwachsene reden, und sei es noch so tönend. Eine Fülle vaterländischer und politisch freiheitlicher Dichtungen enthalten allein schon Gottfried Kellers Versbände. Sein freier Schweizergeist sollte uns Reichsdeutschen viel lebendiger werden, als bisher. Allein schon aus seinen Dichtungen läßt sich mühelos ein reiches und schönes Festprogramm zusammenstellen, vom Vorspruch bis zum Epilog. Unter Gedichten, die für eine Verfassungsfeier geeignet sind, darf man ja nicht nur solche verstehen, die den Gedanken des Volksstaates und der Volksfreiheit aussprechen, sondern der 11. August soll einen allgemein-vaterländischen Inhalt erhalten und seine Festfolge sollte alle Gedanken und Schicksale spiegeln, die das gesamte Volk bewegen. Wie wir das meinen, soll der Leser aus der schlichten Gedichtfolge ersehen, die wir auf diesem Blatt mit abdrucken. In jedem Gedicht klingt der vaterländische Gedanke der Volkseinheit und des gemeinsamen Schicksals in einer anderen Tonart, in einer anderen persönlichen Wendung. Wer diese Gedichtfolge überschaut, wird zugeben, daß solche Volkskunst jeden Schatten politischen Zorns verscheucht. Dabei ist sie nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Fülle von Stoff, die man endlich in einem Volkslesebuch vereinigen und von Amts wegen herausgeben sollte. (Als die Freunde der jetzigen Verfassung noch die hohen Reichsämter inne hatten, haben sie kein Verständnis dafür gehabt. Es wäre vielleicht besser gewesen, sie hätten sich von den lastbaren Aktenböcken weniger tyrannisieren lassen und hätten die Bestrebungen nach einer volkstümlichen Formensprache der Republik gefördert. Vorschläge genug sind gemacht worden. Aber sie waren natürlich zum Tode verurteilt, sobald die Minister diese Vorschläge in die Sandwüste des Instanzenzuges schickten. Sie hätten besser getan, gerade in diesen Dingen dem Unmut ihrer Geheimräte zu trotzen. Zu spät.)

Neben den Deklamationen ist auch die Musik unentbehrlich für eine deutsche Feier. Es kann nicht schwer fallen, Chöre heranzuziehen, natürlich vereinigte Chöre. Wo große Orchester zur Verfügung stehen, liegt die Gefahr nahe, daß große Werke aufgeführt werden. Wir sagen: die Gefahr. Wenn wir von der preußischen Verfassungsfeier lesen, daß in ihr die 9. Symphonie den Abschluß bilden soll, so ist gewiß, daß dieses gigantische Werk während des Festaktes alles beherrschen wird. Der Mittelpunkt wird verschoben. Wo Beethoven redet, da verschwindet eine Ministerrede so völlig, als ob sie nie gehalten wäre. Hier ist die Ökonomie des Festes verkannt. Ein gigantisches Werk von zeitloser Größe kann einer Festfolge nicht eingeordnet werden! Ein musikalischer Rahmen ist für ein Fest unschätzbar, aber er darf das Bild nicht erdrücken. Zwei Süße Kammermusik am Anfang und Ende, oder zwei Chöre an denselben Stellen dienen dem Gesamteindruck des Festes besser. Man soll auch in musikalischer Hinsicht von der Kirche lernen. Die Gemeinde muß an der Festhandlung beteiligt werden, muß mitsingen. Die Anordnung der Choräle im protestantischen Gottesdienst zum Beispiel ist auch für unsere Volksfeiern vorbildlich. Singbares gibt es genug. Vor allem aber würde ein allgemeiner Brauch, bei solchen Gelegenheiten die Festgemeinde viel singen zu lassen, vielleicht auch endlich Dichtungen und Vertonungen neu hervorbringen (auffallend ärmlich ist die Produktion in den letzten sechs Jahren in dieser Hinsicht gewesen, nicht weil die Talente fehlten, sondern weil die befruchtende Gelegenheit fehlte). — Endlich sei auch noch der Möglichkeit gedacht, Sprechchöre mitwirken zu lassen. Gar mancher würde dabei unsere Sprache in ganz neuer Weise kennen lernen, wenn etwa einige Chöre rhythmischer Prosa von Arndt oder Kleist oder Jahn sprächen.

Wir haben einen Reichskunstwart, dem durch die Beschränkung seines Etats ein viel zu enges Wirkungsfeld gezogen ist. Wir haben ein ausgedehntes Reichsinnenministerium, das bisher alle Vorschläge in der hier angegebenen Richtung meisterhaft zu den Akten geschrieben hat. Sollte es nicht möglich sein, wenigstens auf die Wege über die Länder, die ja die eigentliche Macht durch die Beherrschung der ausführenden Organe haben, weiterzukommen? Es ist nur scheinbar, daß Etats- und Steuerfragen ohne weiteres wichtiger seien, als die Frage: Volk und Feier. Ein Staat, der sich eine originelle Formensprache nicht schaffen kann, wird niemals volkstümlich. Es kommt doch gerade darauf an, überall das Gefühl zu wecken, daß das Vaterländische eine Sphäre über allen Parteien bildet. Die häufige Beteuerung und verstandesmäßige Auslegung dieses Gedankens vermag ihn nicht lebendig zu machen, sondern nur das Fest, das gemeinsame Empfindungen weckt. Die bloße politische Predigt bringt uns nicht vorwärts auf dem Wege zur Volksgemeinschaft, wohl aber die Feier, die Volksfeier.

Siegfried Berger.

Freiheit und Vaterland in deutscher Dichtung

Freiheitliche Staatsgesinnung!

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
Sie wird von außen nicht erstrebt,
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
Im eignen Busen dich belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So setz' zuerst dich selber ein:
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
Darf nicht sein eigner Sklave sein.
Nur reinen Herzen, reinen Händen
Gebührt der Dienst im Heiligtum;
Der Freiheit Werk rein zu vollenden,
Dies, deutsches Volk, dies sei dein Ruhm,
Die Lüge winkt, die Schmeichler locken,
Mit seiner Kette spielt der Knecht,
Du aber wandle unerschrocken,
Und deine Waffe sei das Recht!

Robert Prutz.

*

Treue im Unglück.

Ich blieb!

Ich bleib' in meinem Vaterlande,
Sein Los soll auch das meine sein,
Sein Leid und seine Schmach und Schande,
So wie sein Ruhm und Glück ist mein.
In meinem Vaterlande will ich bleiben
Und keine Macht der Welt soll mich vertreiben.

Ich bleib' in meinem Vaterlande,
Nur ihm gehört mein ganzes Herz.
Ihm bleib' ich bis zum Grabesrande
Treu in der Freude, treu im Schmerz.
Für seine Liebe alles hinzugeben
Ist nichts zu teuer mir, und wär's das Leben.

Ich bleib' in meinem Vaterlande,
Das ist mein Recht, das meine Pflicht.
Ich fürchte Ketten nicht noch Bande,
Nicht ob mein Herz im Kerker bricht.
Ja sterbend will ich jenen Trost noch haben,
Im Vaterlande müßt ihr mich begraben,

Hoffmann von Fallersleben.

*

Es kommen frische Geschlechter!

Es haben viel Dichter gesungen
Im schönen deutschen Land,
Nun sind ihre Lieder verklungen,
Die Sänger ruhen im Sand.

Aber solange noch kreisen
Die Sterne um die Erde rund,
Tun Herzen in neuen Weisen
Die alte Schönheit kund.

Im Walde da liegt verfallen
Der alten Helden Haus,
Doch aus den Toren und Hallen
Bricht jährlich der Frühling aus.

Und wo immer müde Fechter
Sinken im mutigen Strauß,
Es kommen frische Geschlechter
Und fechten es ehrlich aus.

Joseph von Eichendorff.

*

An die Mütter.

Mütter, die ihr euch erquickt
An der Kinder teuern Zügen
Und mit ahnendem Vergnügen
Vieles Künft'ge drin erblickt.

Schaut einmal recht tief hinein
Und verschafft uns sichre Kunde:
Wird der Väter Kampf und Wunde
In den Kindern fruchtbar sein?

Ludwig Uhland (1816).

*

An die Volksvertreter.

Schaffet fort am guten Werke
Mit Besonnenheit und Stärke!
Laßt euch nicht das Lob betören,
Laßt euch nicht den Tadel stören!

Tadeln euch die Überweisen,
Die um eigne Sonnen kreisen:
Haltet fester nur am Echten,
Alterprobten, einfach Rechten!

Höhnen auch die herzlos Kalten,
Die Ergliih'n für Torheit halten:
Brennet heißer nur und treuer
Von des edlen Eifers Feuer!

Schmäh'n euch jene, die zum Guten
Lautern Antrieb nie vermuten:
Zeigt in desto schön'rer Klarheit
Reinen Sinn für Recht und Wahrheit!

Was ihr Treues uns erwiesen,
Sei von uns mit Dank gepriesen!
Was ihr ferner werdet bauen,
Sei erwartet mit Vertrauen!

Ludwig Uhland.

*

Alle, nicht einer!

Was jammert diese Zeit nach einem Mann,
Der ihr gigantisch wildes Rätsel löse?
Es lebt nicht Einer, der uns retten kann!
Das ruft den Gott, daß jede Schulter stemmt,
Die wissen Trümmer aus dem Weg zu räumen,
Daß ewig nicht die Rückwärtsklage hemmt
Am Vorwärtsschreiten wie am Aufwärtsträumen!
Das macht uns frei, wenn jede Seele reift
Am Eingeständnis ihrer alten Sünde,
Wenn jedes Herz des Bruders Not begreift,
Ob auch im Zorn der Bruder vor ihm stünde!
Mit eignen Händen greifen in die Pein
Der Dornenhecken, die wie Mauern ragen,
Nicht Einen stehen — selber Einer sein —
Das führt uns Volk und Land aus schwarzen Tagen!

Ein alt' Tyrannenwort heb' auf vom Grunde,
Füll' es mit neuer goldner Seele — sprich
Demütig stolz in heiliger Werktagsstunde:
„Der Staat bin ich!"

Karla König (1925).

*

Wo ist Dein Vaterland?

Ernst Moritz Arndt.

Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten, und seine Sturmwinde dir mit heiligen Schrecken durch die Seele brausteten: da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. —

Wo das erste Menschenaug' sich liebend über deine Wiege neigte; wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug, und dein Vater dir die Lehren der Weisheit und des Christentum ins Herz grub: da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. —

Und seien es kahle Felsen und öde Inseln, und wohne Armut und Mühe dort mit dir, du mußt das Land ewig lieb haben; denn du bist ein Mensch und sollst nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen. —

Auch ist die Freiheit kein leerer Traum und kein wüster Wahn, sondern in ihr lebt dein Mut und dein Stolz und die Gewißheit, daß du vom Himmel stammst. —

Da ist Freiheit, wo du in den Sitten und Weisen und Gesetzen deiner Väter leben darfst; wo dich beglücket, was schon deinen Urelternväter beglückte, wo keine fremden Henker über dich gebieten, und keine fremden Treiber dich treiben, wie man das Vieh mit dem Stecken treibt. —

Dies Vaterland und diese Freiheit sind ein Schatz, der eine unendliche Liebe und Treue in sich verschließt, das edelste Gut, was ein guter Mensch auf Erden besitzt und zu besitzen begehrt.

*

Stammeseinheit!

An die deutschen Stammesgenossen.

Vom alten deutschen Meer umflossen,
Bis an den alten deutschen Rhein,
Ihr, meine Freud- und Leidgenossen,
Mit mir aus deutschem Blut entsprossen,
Mit euch soll deutscher Friede sein!

Und ob das Alte rings veraltet,
Soll deutscher Sinn fortan bestehn;
Und ob die Welt sich umgestaltet,
So lang der Gott der Väter waltet,
Soll das Geschlecht nicht untergehn!

Und haltet treu und fest am Glauben,
Es glänzen Sterne nur bei Nacht;
Und wißt, es blühen neu die Lauben,
Und tote Reben bringen Trauben,
Wenn ihren Kreis die Zeit vollbracht.

Es soll mit Gott uns doch gelingen,
Es muß das große Werk gedeihn!
So laßt die deutschen Becher klingen,
Und eure Barden Lieder singen,
Und eure Herzen fröhlich sein!

Denn hoch und herrlich wird vor allen
Erstehen deutsches Volk und Land;
Ich höre Klopstocks Stimme schallen,
Ich seh' die Feuersäule wallen,
Und in der Wolke Gottes Hand.

Gg. Ph. Schmidt-Lübeck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0005

Zum Verfassungstag.

Geleitwort

von Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx.

Verfassungstag! Die Fahnen heraus und die Trommel gerührt! Festgeläute und Festgewänder sollen zeigen, daß heute Festtag ist! — So ruft der eine enthusiastisch aus. — Verfassungstag? Was soll das mir? Was soll das in all' den Sorgen des täglichen Lebens? So sagt der Pessimist und zuckt zweifelnd die Schulter. Wie war es denn früher? — Es ist richtig, in der Kaiserzeit hat sich keiner um die Verfassungsfeier, nur wenige — Studenten, Behörden, Parlamentarier — um den Inhalt der Verfassung gekümmert. Sollte das jetzt nicht anders sein? Sollte es jetzt nicht Sache des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit sein, sich des Verfassungstages zu freuen und einige Minuten festlicher Besinnung dem Tage zu widmen, an dem vor nunmehr sechs Jahren die in Weimar der Nationalversammlung beschlossene Verfassung in Kraft getreten ist?

Wahrlich, wir standen vor dem Abgrund. Des Reiches Einheit war aufs Höchste gefährdet. Grimmige Feinde lauerten auf den Zerfall des gefürchteten Reiches und verweigerten den Friedensschluß, ehe nicht für den zu Boden geworfenen Staat eine neue Rechtsgrundlage geschaffen sei. Da wurde mit unsäglicher Mühe, mit Aufbietung aller Kräfte, unter Preisgabe mancher hochbedeutsam scheinender Forderungen aller Parteien von der Nationalversammlung in Weimar das Werk geschaffen, das jetzt noch in nur unwesentlich veränderter Form vor uns steht.

Sollten wir nicht Anlaß nehmen, uns des Tages der Vollendung dieses Werkes zu freuen? Der rechtlose Zustand revolutionärer Umwälzung war beendet; dem jungen deutschen Reich war ein Rechtsboden gegeben. Die Einheit des Reiches war gesichert. Die Friedensverhandlungen konnten geführt werden! —

Und welch' gutes Werk war geschaffen worden! — Gewiß, vollkommen ist kein Menschenwerk und vollkommen konnte kein Werk sein, an das so hohe Anforderungen gestellt werden mußten, dessen Beratungen aber in fieberhafter Eile stattfanden unter dem Druck auswärtiger Feinde und dem Donner der Geschütze, die unsinnige, frevelhafte Scharen von Weimar und seiner Nationalversammlung abwehren mußten.

Schon daß das Werk sechs Jahre lang ohne wesentliche Änderungen bestehen bleiben konnte, daß noch im letzten Juni ein Antrag rechtsgerichteter Parteien auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Revision der Verfassung im Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, spricht für die Güte des Werkes. Und das Volk soll sich dessen freuen! In keinem Lande der Welt gibt es eine so freiheitliche, die Rechte des Volkes in so weitherziger Weise feststellende Verfassung wie die des Deutschen Reiches. Dabei wird dem wahren Sinne der Demokratie Rechnung getragen durch ebenso betonte Heraushebung der Pflichten, die die demokratische Staatseinrichtung dem einzelnen Staatsbürger auferlegt, wenn das Ganze gedeihen soll.

Wie weise regelt die Verfassung die soziale Ordnung! Wie tief durchdacht und echt sozial ist die verfassungsmäßige Festlegung des Eigentums, dessen „Gebrauch Dienst sein soll für das gemeine Beste" (Art. 153). Ein wahrhaft christlicher und moderner Grundsatz! Wie Vieles wäre bei uns anders, wenn sich alle Volksgenossen dieses hochwichtigen Satzes stets erinnern wollten! — Gewiß haben manche früheren Staatsverfassungen auch die Gewissensfreiheit festgelegt. Wie oft blieb es beim Worte! Die Verfassung von Weimar entwickelt eine stattliche Reihe von Folgerungen aus der Garantie der Gewissensfreiheit, so daß man sieht: ihr ist es ernst! Die Gewissensfreiheit soll auch tatsächlich gewahrt bleiben! —

Wer hätte nach dem wilden Sturm der Novembertage von 1918 erwarten können, daß die Freiheit und Selbständigkeit der Kirchen in so weitem Maße gewahrt bleiben würde, wie es tatsächlich geschehen ist! Das bekannte Wort Friedrichs des Großen ist in einem Umfange in die Tat umgesetzt worden, wie es kaum je zuvor geschehen ist.

Alle Volksteile haben Veranlassung, sich der Weimarer Verfassung zu freuen, der sie so vieles verdanken. Eingehender Erwägung ist der Vorschlag wohl wert, den Verfassungstag nicht so sehr akademisch durch wohlgesetzte Reden und Darbietungen hoher künstlerischer Genüsse zu begehen, als durch Veranstaltung eines Volksfestes an dem alle, auch die Jugend teilnehmen können und bei dem in würdiger Form auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wird.

Lernen wir jedenfalls, indem wir uns in den Inhalt der Verfassung mehr als bisher vertiefen, die Verfassung schätzen und ehren. Dann wird sie sich als brauchbare Grundlage für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und die Wiedergesundung unseres Volkes erweisen!

Volksfeier!

Drei Ellen gute Bannerseide,
Ein Häuflein Volkes, ehrenwert,
Mit klarem Aug', im Sonntagskleide,
Ist alles, was mein Herz begehrt!
So end' ich mit der Morgenhelle
Der Sommernacht beschränkte Ruh
Und wandre rasch dem frischen Quelle
Der vaterländ'schen Freuden zu.

Die Schiffe fahren und die Wagen,
Bekränzt auf allen Faden her;
Die luft'ge Halle seh' ich ragen,
Von Steinen nicht noch Sorgen schwer;
Vom Rednersimse schimmert lieblich
Des Festpokales Silberhort:
Heil uns, noch ist bei Freien üblich
Ein leidenschaftlich freies Wort!

Und Wort und Lied, von Mund zu Munde,
Von Herz zu Herzen hallt es hin;
So blüht des Festes Rosenstunde
Und muß mit goldner Wende fliehn!
Und jede Pflicht hat sie erneuet,
Und jede Kraft hat sie gestählt
Und eine Körnersaat gestreuet,
Die nimmer ihre Frucht verhehlt.

Drum weilet, wo im Feierkleide
Ein rüstig Volk zum Feste geht
Und leis die feine Bannerseide
Hoch über ihm zum Himmel weht!
In Vaterlandes Saus und Brause,
Da ist die Freude sündenrein,
Und kehr' nicht besser ich nach Hause,
So werd' ich auch nicht schlechter sein!

Gottfried Keller.

Schwarz-Rot-Gold in der Geschichte.

Zur Verfassungsfeier am 11. August.

Welchen Widersinn und welche Gedankenlosigkeit — historisch betrachtet — der oft unfein geführte Kampf gegen die deutschen Reichsfarben bedeutet, wie in diesem Kampf die Traditionen nicht etwa nur des „jungen Deutschland", sondern auch die des ehrwürdigen alten „Heiligen römischen Reiches Deutscher Nation" besudelt werden, wird durch einen kulturhistorischen Beitrag zur Flaggenfrage klar, den Ernst Jäger unter dem Titel „Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte" bei Sagawe Verlag Berlin veröffentlicht. Er erbringt den heraldischen Nachweis der Verwendung der drei Farben bis ins frühe Mittelalter.

„Seit Otto II. galt als des Reiches Heerbild: Der Adler. Dieser Adler lag in schwarzer Farbe auf goldenem (gelbem) Felde. Klauen und Zunge waren als Zeichen der Wehrhaftigkeit rot gefärbt. So leuchtete Schwarz-Rot-Gold im Banner des Reiches.

Den siegreichen Zügen des sagenumwobenen Kaisers Friedrich I. flog diese Farbe voran. Nur der höchste Adel des Reiches war auserlesen, sie zu tragen. Die Urkunden besagen, daß Pfalzgraf Otto von Wittelsbach in den italienischen Feldzügen Friedrichs I. der Träger war. 1336 belehnte Kaiser Ludwig der Bayer mit ihrer Führung den Grafen Ulrich von Württemberg, der die Fahne in Württembergs Wappen aufnahm. Bei diesem Anlaß bezeichnen die Urkunden die Fahne zum ersten Male als „Reichssturmfahne".

Diese Fahne bestand aus einer Lanze von roter Farbe (ohne Griff zum Einlegen der Hand) mit einer gelben Fahne und dem Bild eines einfachen schwarzen Adlers, darüber ein roter Schwenkel (ein langer Wimpel).

Bildlich belegt findet sich diese gelb-schwarz-rote Fahne bereits in einer Darstellung (des Trieer Bilderkodex) von der Schlacht von Ancisa, September 1312.

Die Reichssturmfahne — Schwarz-Rot-Gold! Eine unbestreitbare heraldische Tatsache. Über die eigentliche Bedeutung des Rot herrscht Meinungsverschiedenheit unter den Erklärern. Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Annahme, daß das Rot als eine Hindeutung auf die „Blutfahne" aufgefaßt werden darf. Die purpurne Blutfahne bedeutete die höchste Machtverkündung des alten Kaisertums. Das Rot bezeichnete die oberste Lehnshoheit des Kaisers.

Eine andere Deutung ist in folgendem Dokument gegeben, das gleichzeitig als ein weiteres Beweisstück von der Verwendung der drei Farben im alten Reiche gelten kann. Es berichtet nämlich eine Glosse des „Sachsenspiegel" bei der Schilderung der Reichskleinodien:

„Zum anderen hat das Reich ein Banner, darauf steht ein schwartzer Adler, der hat ein Kreutz an der Brust. Zum dritten hat das Reich eine Fahnen, die ist fornen roth und hinden gelb. Bei dem Roten wird bedeute die wahre Liebe, die er (d. i. der Kaiser) in Gott, zu Gott und allen rechtfertigen Leuten haben soll. Bei dem Gelben aber die Rechtfertigkeit, welche man den getöteten Leichnahmen üben soll — —".

Auch die Annahme, daß sich späterhin die Bedeutung der Farben schwarz-rot-gold auf die Kämpfe des Jahres 1848 beschränkte, ist durchaus irrig und wird nur propagiert, um die Fahne als das Symbol unreifer und demagogischer Ideen leichthin abtun zu können. Nicht nur der Turnvater Jahn, Ernst Moritz Arndt, Ferdinand Freiligrath, Hoffmann von Fallersleben, Ludwig Uhland, Fritz Reuter und viele andere von den Besten der Nation sahen in den schwarz-rot-goldenen Farben die Erfüllung ihrer höchsten Ideen und litten um sie. Auch die ersten Schiffe der „deutschen Flotte" stachen mit dieser Flagge am Mast in See. Sie wehte als Einheitsbanner des Deutschtums, als es galt „Schleswig-Holstein meerumschlungen" dem Reiche zu erhalten, sie wehte in den Städten Deutsch-Österreichs, sie flatterte geweiht von einem der Mitkämpfen Andreas Hofers, 1848 in den Bergen Tirols: das Symbol des erträumten Zusammenschlusses, die Flagge des Aufbaues eines wirklichen Deutschen Reiches.

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Von G. Temme, Nordhausen.

Vom Bezirksausschuß zur Abwehr des Alkoholismus bei der Regierung zu Merseburg wird uns geschrieben:

„In Heft 11 der weitverbreiteten Preußischen Beamten-Zeitung sowie in „Gesetz und Recht" geht Herr Geheimrat Delius auf das Gemeindebestimmungsrecht ein. Dazu gestatte ich mir folgende Ausführungen zu machen:

In der Reichsverfassung spricht Artikel 119, II, von der Reinhaltung, Gesundung und sozialen Förderung der Familie als einer Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Artikel 120 wird noch deutlicher. Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Artikel 122 will die Jugend gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung schützen. Staat und Gemeinden haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

In diesen Artikeln ist klar ausgesprochen, inwieweit das Gesamtwohl die schrankenlose Freiheit des einzelnen hemmen und beschneiden kann. Ausdrücklich sprachen diese Artikel auch von Aufgaben der Gemeinden zum Schutze der Jugend. Die Freunde des Gemeindebestimmungsrechts stützen sich also direkt auf die Reichsverfassung

Im wirtschaftlichen und politischen Leben der Völker finden wir ja vielfach, wie das Einzelwohl zugunsten des Gesamtwohles zurücktreten muß. Der Waldbesitz ist geschützt, der Privatbesitz kann enteignet werden (Bahnbau, Siedlungszwecke.) Das Gesetz über die öffentliche Stellenvermittlung beschneidet ziemlich eingehend die Gewerbefreiheit und schließlich kann man auf den teilweise recht hart durchgeführten Beamtenabbau hinweisen.

Der Alkoholausschank ist übrigens bei uns längst der Gewerbefreiheit entzogen. Mit dem Alkoholverbot hat das Gemeindebestimmungsrecht an sich nichts zu tun. Man kann sogar nachweisen, daß z. B. in Schottland, wo die Bevölkerung für einschneidende Maßnahmen noch nicht reif ist, das Gemeindebestimmungsrecht die Antialkoholbewegung nicht vorangebracht hat.

Streng genommen hat das Gemeindebestimmungsrecht überhaupt mit dem Alkohol nichts zu tun, es ist vielmehr eine modern geprägte nachträgliche Forderung der Stein-Hardenbergschen Städte-Ordnung. Es läßt sich ebensogut denken, daß die Städter das GBR. fordern, um wieder Zuschläge zu den Einkommensteuern erheben zu können, um ein geplantes Bordell abzulehnen usw.

Wenn z. B. in einer Stadt, sagen wir in Mitteldeutschland, die Zahl der Alkoholquellen auf 200 gewachsen ist, so daß 175 Personen auf eine Alkoholschankstätte kommen, wenn aus dieser Gemeinde mit 35 000 Einwohnern bereits nahezu 100 in Irrenanstalten untergebracht sind mit einem Aufwand von jährlich 50 000 ℳ, wenn die Lasten für das Armenamt bei steigender Zahl der Trinker bereits 1 Million erreicht haben, so bleibt einer solchen Gemeinde kein anderes Mittel, die Steuerzahler vor weiterem Elend zu schützen, als daß man die Einwohnerschaft selbst fragt: Wollt ihr neue Konzessionen?

Steht die Mehrheit der Wähler auf dem Standpunkte, daß ruhig noch einige Weindielen, Bars, Stehbierhallen usw. zu den vorhandenen hinzukommen können, so muß man sich damit abfinden, so betrüblich es an sich wäre. „Feuchte" Orte können also unmöglich „trocken" gelegt werden. Überhaupt kann man darüber streiten, welchen Inhalt das Gemeindebestimmungsrecht haben soll oder nicht. Aber es ist nicht angängig, auch nicht empfehlenswert, dem Volk ein so wichtiges Recht, wie das Gemeindebestimmungsrecht auf die Dauer vorzuenthalten. Schließlich wird es damit gehen wie mit dem Wahlrecht in Preußen, das so lange ohne neuzeitliche Reform blieb, bis das Volk sich sein Recht nahm.

Wir sollten uns überhaupt freuen, wenn es möglich wäre, das Volk zu interessieren für Verbesserungen seiner Lebenslage. Über die Tatsache wird ja in Deutschland ernsthaft überhaupt nicht mehr gestritten, ob der Alkohol volksfeindlich ist oder nicht. Die Wissenschaft hat diese Frage entschieden und es handelt sich nun darum, gewisse Ergebnisse durch die Gesetzgebung, Verwaltung und Erziehung ins Volk, in die breiten Schichten zu bringen.

Nun wird behauptet, daß der Alkoholkonsum an sich nicht nennenswert hoch ist, zum mindesten seit 1914 zurückgegangen sei. Dabei wird vergessen, daß unser Volk durch den Krieg und die Inflation einen gewaltigen Kraftverlust im ganzen wie im einzelnen erlitten hat. Wir sind nicht mehr die Menschen von 1913—14, gut genährt, mit genügenden Wohnungen versehen, wir haben nicht mehr eine Jugend, die den leiblichen und sittlichen Gefahren gegenüber Widerstandskraft genug hat!

Wenn wir uns damals eine Alkoholausgabe von 3 Milliarden Mark leisteten, so brachte uns das nicht gleich an den Bettelstab. Heute produzieren wir schon wieder 35 Mill. Hektoliter Bier und 178 Mill. Flaschen Branntwein, von den 422 Mill. Mark für Wein gar nicht zu reden.

Ein Volk, das seine Rentner hungern und darben läßt und sie mit 5 Prozent Aufwertung glaubt abfinden zu müssen, ein Volk, in dem 1 Mill. Wohnungen fehlen, obwohl Zement im Überfluß vorhanden ist, hat es nicht das moralische Recht, schon wieder 2878 Millionen Mark (ganz vorsichtig gerechnet) zu vertrinken.

Und beobachten wir nicht, wie unser Volk immer mehr auseinanderfällt, täglich Feste feiert und wie unsere Jugend, zumal auch die weibliche, sich mehr und mehr an Liköre und Zigaretten gewöhnt, obwohl sie vielleicht arbeitslos ist und den Eltern das Geld abtrotzen muß! Demgegenüber bedeutet das Gemeindebestimmungsrecht Öffnung des Sicherheitsventiles.

Seltsam ist, daß die Gegner das GBR. diesem Vorschlag gegenüber die Alkoholkranken mit drakonischen Strafen belegen wollen. Wie kann man das gegenüber den Unzähligen verantworten, die, ohne Trinker zu sein, eben nicht Willenskraft genug haben, den überaus zahlreichen Versuchungen und Locknungen zu widerstehen? Je mehr Wirtschaften, je mehr Verführung, Verleitung, je mehr Animieren, je mehr Kegelklubs, Skatvereine, reine Trinkvereine, weil ein Wirt eben darauf angewiesen ist, sich Publikum zu schaffen, zahlende Gäste, die ihm eine jährliche Rente sichern.

Gewiß geht unsere Zeit zu weit, bei Vergehungen vieles zu entschuldigen; oft war ein falsches Humanitätsgefühl vorhanden. Aber nur der Staat, nur die Gemeinschaft hat wirklich das Recht, einen Trinker zu strafen, die ihm nicht überall Fallen an den Weg bauen. Wie kann man den Trinker schuldig sprechen, wenn er bei schwacher Willenskraft überall dort kostet, wo man ihm Trinkgelegenheiten bietet!

Und schließlich gibt es keine Reformmaßnahmen, die nicht auch das Gärungsgewerbe berühren. Vor Staatsnotwendigkeiten darf man nicht zurückschrecken. Das Gärungsgewerbe bietet zwar Hunderttausenden Brot, aber Millionen nimmt es auch das Brot. Man denke an die Trinkerkinder, deren Zahl mit 1 Million wohl auch verdient, in der Volkswirtschaft berücksichtigt zu werden.

Gerade im Gärungsgewerbe sind Umstellungen möglich. Amerika hat uns eine gewaltige Umstellung praktisch vorgeführt. Dort geschah sie ohne staatliche Entschädigung. Unsere Reichsverfassung sieht eine Entschädigung vor und wir meinen, bei den kapitalarmen Arbeitern und Angestellten mit Recht. Was wir brauchen, um zu gesunden, sind nicht Zwangsmaßnahmen, wohl aber Schutzmaßregeln. Schutzbestimmungen zur Erhaltung der Familien und der heranwachsenden Jugend vor dem Rauschgift und allmähliche Überführung der Riesensummen, die wir heute vertrinken (und verrauchen!) in eine volkswirtschaftlich wertvolle Produktion. Eines der dazu notwendigen Mittel ist das Gemeindebestimmungsrecht."

Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen.

Eine soeben vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung herausgegebene Denkschrift „Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen" (Berlin Weidmannsche Buchhandlung 1925) entwickelt die Richtlinien für eine entwicklungsfähige Gestaltung neuer Lehrerbildungsmethoden und -Anstalten.

Das Ziel der Lehrerbildung wird durch die Bedürfnisse der Volksschule bestimmt. Sie fordert von ihren Lehrern pädagogische Schulung, Vertrautheit mit den zu vermittelnden geistigen, religiösen, sittlichen, technischen und künstlerischen Bildungswerten und ihrer Verwurzelung im heimatlichen Volkstum und eine ausgeprägte Berufsgesinnung. Daher sollen neue Akademien als Pflegestätten der theoretischen und praktischen Pädagogik eröffnet werden, die eine klare Einsicht in Umfang und Inhalt, Struktur und Wert, Zusammenhang und geschichtliche Entwicklung der Bildungswerte der deutschen Volksschule vermitteln und ihre Beziehungen zu Heimat und Volkstum aufzeigen sollen.

Aus der Eigenart der volksbildnerischen Arbeit ergibt sich, daß die pädagogischen Akademien zu Pflegestätten heimatlicher Natur und Kultur und heimatlichen Volkstums werden müssen; ja es ist zu hoffen, daß sie zu Brennpunkten heimatkundlicher Interessen werden, und so nicht nur die Volkskunde fördern, sondern auch zur Pflege bodenständiger Kultur und gesunden deutschen Volkstums beitragen werden.

Die berufsethische Aufgabe der Akademien liegt in der Heranbildung von Lehrerpersönlichkeiten, die zum Dienst an der Gemeinschaft geeignet und bereit sind. Dazu bedarf es des gemeinsamen Ringens nach einem in gemeinsamer Welt- und Lebensanschauung begründeten Berufsideal. Gefördert werden muß dieses Streben durch persönliche Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden und ein mannigfach entwickeltes und sorgsam gepflegtes Gemeinschaftsleben. Von Lehrern, die eine solche sozialpädagogische Einstellung wie auch tieferes Verständnis für die in Heimat- und Volkstum liegenden Werte gewonnen haben, kann erwartet werden, daß sie auch in ländlichem Wirkungskreise ihre volle Befriedigung finden werden.

Die wissenschaftliche Ausbildung der Akademiebesucher erfolgt in Vorlesungen und Übungen, ihre praktische Ausbildung in Unterrichtsbesuchen und eigener Unterrichtserteilung und in Besprechungen und Konferenzen im Anschluß daran. Für die technische und künstlerische Ausbildung sorgen theoretische Unterweisungen und praktische Übungen. Der Einführung in die sozialpädagogischen Aufgaben der künftigen Volksschullehrer dienen außer den planmäßigen Vorlesen und Übungen gelegentliche Vorträge auswärtiger Dozenten, Besichtigungen von Unterrichts- und Erziehungsanstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Betätigung in der Jugendpflege, Jugendbewegung, Jugendwohlfahrt und Volksbildungsarbeit, wie auch freie Arbeitsvereinigungen. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt hiernach in der selbständigen Arbeit der Akademiebesucher, in den wissenschaftlichen Übungen und Unterrichtsversuchen, sowie in der technischen und künstlerischen Ausbildung, Vorlesungen und Vorträge haben in erster Linie den Zweck, die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu klären und in größere Zusammenhänge einzuordnen. Für alle Arbeit an den Akademien gilt der Grundsatz: Stoffbeschränkung zugunsten der Entfaltung der Eigentätigkeit.

Der Lehrplan sieht wissenschaftliche Vorlesungen und Übungen vor über historische und systematische Pädagogik, philosophische Hilfswissenschaften, sowie Gesundheitslehre, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Wohlfahrtspflege. Besondere Übungen dienen der Einführung in die Bildungsgüter der Volksschule und ihre unterrichtliche Verwertung. Der technischen und künstlerischen Ausbildung (Leibesübungen, Musik, Zeichnen und Werktätigkeit) ist verhältnismäßig viel Zeit eingeräumt. Wahlfreie Arbeitsgemeinschaften ermöglichen den einzelnen Akademiebesuchern eine Weiterbildung auf wissenschaftlichem, technischen oder künstlerischem Gebiet nach Begabung und Neigung. Zur Einführung in die Unterrichtstätigkeit dienen städtische Volksschulsysteme, die zur pädagogischen Akademie in nähere Beziehung gesetzt werden.

Die Versuchsanstalten werden nur je 50 Besucher aufnehmen. Ihr Lehrkörper wird sich zusammensetzen aus dem Direktor, fünf Dozenten und sechs Studienräten. Vertrautheit mit dem Volksschulwesen und mit der Lehrerbildung und akademischen Bildung ist Voraussetzung für die Lehrerbildung an einer pädagogischen Akademie. An Akademien, die außer Lehrern auch Lehrerinnen ausbilden, wird ein Teil der Dozenten- und Studienrätestellen mit Frauen zu besetzen sein. Männliche und weibliche Besucher werden auch zwar dann manche Vorlesungen der Dozenten und Dozentinnen gemeinsam hören: in einigen Vorlesungen und Übungen werden die Besucher jedoch in der Regel nach Geschlechtern getrennt sein. So wird einerseits die Einheitlichkeit der Volksschullehrerbildung gewahrt und dem Umstand Rechnung getragen, daß in einfachen Schulverhältnissen Lehrer auch Mädchen und Lehrerinnen auch Knaben zu unterrichten haben, andererseits kommt die Eigenart der Lehrerinnenbildung genügend zur Geltung. In manchen Provinzen wird sich wegen der großen Zahl der benötigten Lehrerinnen die Gründung besonderer pädagogischer Akademien für Lehrerinen als zweckmäßig erweisen.

*

Das künstlerische Lehramt an höheren Schulen.

Durch Erlaß vom 22. Mai 1922 ist angeordnet worden, daß von den Bewerbern und Bewerberinnen für das künstlerische Lehramt, die auch auf einem wissenschaftlichen Gebiet als Hauptfach oder Zusatzfach eine Prüfung ablegen wollen, Meldungen für das von ihnen gewählte Fach bereits nach Vollendung des sechzehnten Studienhalbjahres entgegenzunehmen sind. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, bestimmt der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Ergänzung dieser Anordnung, daß auf die vorgeschriebenen 6 Studienhalbjahre auch solche Halbjahre anzurechnen sind, während deren die Bewerber an den Kunstakademien in Cassel, Königsberg, Düsseldorf, der Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau und der Kunstschule in Berlin-Schöneberg sowie der akademischen Hochschule für Musik und der Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin-Charlottenburg studiert haben, wenn sie gleichzeitig an den einschlägigen Vorlesungen und Übungen einer Universität auf ihrem wissenschaftlichen Gebiet teilgenommen haben. Die Schüler der Kunstakademien in Cassel und Düsseldorf müssen darüber hinaus mindestens zwei Semester nur dem Studium des wissenschaftlichen Gebietes auf einer Universität gewidmet haben.

Korpulente altern schnell, auch wirkt übermäßige Körperfülle unschön. Wir raten Korpulenten und allen zum Starkwerden Veranlagten, in der Apotheke 60 Gramm Toluba-Kerne zu kaufen. Die echten Toluba-Kerne wirken bei völliger Unschädlichkeit fettzehrend und ansatzverhindernd. Die Bestandteile sind auf der Packung angegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0006
DFG

Industrie-Handel-Wirtschaft

Gegen die hohe steuerliche Belastung.

Der Wirtschaftsausschuß des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland hielt kürzlich in Magdeburg eine Sitzung ab, in der Reichstagsabgeordneter Bergwerksdirektor Leopold einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lohnpolitik und ihr Einfluß auf die Produktionskosten" hielt. Er führte aus, daß alle Lohnverhandlungen innerhalb der Leistungsmöglichkeit und -notwendigkeit der deutschen Wirtschaft nach dem Grundsatz einer gesunden Arbeitszeit- und Arbeitsleistungspolitik geführt werden müßten. Das System der Indexlöhne sei zu verlassen. An zwei Schäden insbesondere kranke die deutsche Lohnpolitik, an der Technik des Schiedswesens und der falschen inneren Einstellung des Reichsarbeitsministeriums. Wenn bei Lohnstreitigkeiten die feste Aussicht auf eine Verbindlicherklärung durch eine dritte Stelle bestehe, sei eine Einigung der Parteien unter sich psychologisch fast unmöglich. Nach diesen Ausführungen sprach Dr. Ostholt-Gelsenkirchen über „Der Faktor Mensch in der Industrie." Wichtigste Aufgabe der deutschen Industrie in den nächsten Jahrzehnten sei Ertragssteigerung zur Aufrechterhaltung der nationalen Wirtschaft und Ablösung der durch den Versailler Vertrag dem deutschen Volke auferlegten Lasten. Drei Wege der Ertragssteigerung seien möglich: Verbesserung der Technik, Einführung rationellerer Arbeitsverfahren, Verbesserung der Methoden zur Auswertung der menschlichen Arbeitskraft. Die Mittel, die die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. angewandt hat, um auf Lehrlinge, beruflich tätige Arbeiter und Altersinvaliden mit dem Ziele einer Steigerung des Arbeitsvermögens einzuwirken, wurden eingehend mit besonderer Berücksichtigung der psychotechnischen Eignungsprüfungen gekennzeichnet.

In der Sitzung wurde ferner eine Entschließung über die

Finanzpolitik der öffentlichen Körperschaften

folgenden Wortlautes angenommen:

„Mit steigender Sorge verfolgt die mitteldeutsche Wirtschaft die Ausgabenpolitik des Reiches, noch mehr allerdings der Länder und Gemeinden und die dadurch bedingte steuerliche Belastung der Betriebe. Während im Jahre 1914 die gesamte Steuerlast im Reich, Ländern und Gemeinden rund 4,4 Milliarden betrug, ist sie in dem durch das Versailler Diktat verkleinerten Gebiet des Reiches im Jahre 1924 auf rund 10 Milliarden angewachsen. Für das Jahr 1925 ist, insbesondere bei den Gemeinden, eine weitere Zunahme der Ausgaben festzustellen. Die für den Eigenbedarf des Reiches erforderlichen Steuern sind um mehr als 100 Prozent gestiegen, während sich die Steuern der Länder und Gemeinden einschließlich der Überweisungen aus Reichssteuern fast verdoppelt haben. Das Beamtenheer des Reiches ist auch abgesehen von den Betriebsverwaltungen noch immer über Gebühr angeschwollen; beschäftigt doch allein die Reichsfinanzverwaltung ein Personal von rund 73 000 Köpfen, das ist mehr, als der gesamte preußische Staat an Beamten, Angestellten und Arbeitern zusammen besitzt. Das stark verkleinerte Preußen muß zur Balancierung seines Etats im Jahre 1925 1 373 Millionen an Steuern (einschließlich der Reichsüberweisungen) einnehmen gegenüber 538 Millionen im Jahre 1924, also das 2½fache. Wenn man auch berücksichtigt, daß jetzt die hohen Überschüsse aus den Preußischen Staatsbahnen in Fortfall gekommen sind, bleibt trotzdem die Steigerung unverhältnismäßig hoch. Am bedenklichsten ist die Finanzgebahrung der Gemeinden, die sich in ihren Ausgaben insbesondere Besoldungs- und Wohlfahrtsausgaben, noch immer nicht von den Gewohnheiten der Inflationszeit haben frei machen können. Die für die Wirtschaft auf die Dauer unerträglich hohen Zuschläge zu den Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuern) reden eine eindringliche Sprache. Hier bedarf es einer besonders eingehenden Nachprüfung und der Zurückführung auf das unbedingt nötige, wobei ein strenger Maßstab anzulegen ist. Es ist nicht angängig, daß die schon stark geschwächte Wirtschaft rund 10 Milliarden an Steuern aufbringen muß, obwohl das gesamte Einkommen des deutschen Volkes jährlich nur noch etwa 24 Milliarden beträgt. Es leuchtet ein, daß diese hohen Steuern nicht aus dem Einkommen, sondern nur aus dem schon durch die Inflation stark verminderten Vermögen bezahlt werden können.

Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland richtet daher das dringende Ersuchen an die zuständigen Behörden und Parlamente des Reiches, der Länder und der Gemeinden. bei der Bewilligung von Ausgaben der schwierigen Lage der Produktion Rechnung zu tragen und endlich nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat zur Sparsamkeit überzugehen. Unser Wirtschaftsleben kann nur gesunden, wenn die Verwaltung sich bescheidet."

*

Schwarze Wolken.

Eine Denkschrift des Ruhrbergbaues.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen veröffentlicht eine an den Reichskanzler gerichtete Denkschrift zur Lage des Ruhrbergbaues, in der u. a. ausgeführt wird:

„Der Weltkohlenmarkt befindet sich in einer Dauerkrise, deren Ende nicht abzusehen ist. Die Zukunftsaussichten sind äußerst schlecht. Die Ausfuhr ist nur noch zu verlustbringenden Preisen möglich, der Inlandsmarkt stellt sich noch viel trauriger dar. Das Warten auf einen Konjunkturumschwung bedeutet einen unberechtigten Optimismus. Selbst bei einem Konjunkturumschwung ist eine Gesundung nicht zu erwarten. Deutschland ist kapitalarm. Die Wirtschaft muß hohe Zinsen zahlen, die zum großen Teile ins Ausland gehen. Die teuren und sozialen Lasten sind übermäßig hoch. Die Arbeitszeit ist verkürzt. Der ganze Produktionsprozeß ist verteuert. Mit dieser ganzen Vorbelastung soll das zerrüttete deutsche Wirtschaftsleben auf dem Weltmarkt gegen stärkere und weniger belastete Wirtschaften anderer Länder ankämpfen".

Nach einer Schilderung der verschlechterten Lage in ihren Einzelheiten werden zusammenfassend folgende Forderungen aufgestellt:

„Es wird daran erinnert, daß vom 8. September ab die Leistungen aus dem Dawes-Plan bezw. dem Londoner Abkommen von der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft getragen werden müssen, da nicht mehr, wie bisher, dazu Dawesanleihe verwendet werden kann. Es ist deshalb keine Zeit zu verlieren, daß nunmehr mindestens die Arbeitsintensität erreicht wird, die der Vorkriegszeit entspricht. Es ist deshalb das Reichswirtschaftsministerium gebeten worden, vor allem unseren Bergbau, die Grundlage des Wirtschaftslebens, in seinen Bemühungen zu unterstützen um Ermäßigung der gegenwärtigen Steuerlast, Herabsetzung der Rohstofftarife, Abbau der sozialen Lasten auf ein tragbares Maß, Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit und Beseitigung des Zwangsschiedswesens".

*

Umtausch der Goldschuldverschreibungen.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken (die Deutsche Hypothekenbank in Meiningen, Leipziger Hypothekenbank in Leipzig, Norddeutsche Grundkreditbank in Weimar, Preußische Bodenkredit-Aktienbank in Berlin, Schlesische Bodenkredit-Aktienbank in Breslau und Westdeutsche Bodenkreditanstalt in Köln) beabsichtigen, die Stücke zu 2, 5 und 10 Gramm Feingold ihrer fünfprozentigen Goldschuldverschreibungen (Kommunalobligationen) Emission I durch Umtausch entsprechender Mengen kleiner Stücke in Stücke zu 100, 200 und 500 Gramm aus dem Verkehr zu ziehen. Die Gemeinschaftsgruppe beabsichtigt damit lediglich eine Verminderung der technischen Arbeiten, die mit der Verwaltung vieler kleiner Stücke bei den Banken verbunden ist. Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungsinhaber zum Verkauf ihrer kleinen oder zum Ankauf weiterer Stücke zu zwingen, weil der Umtausch der kleinen in große Stücke erfolgen soll. Die Schuldverschreibungsinhaber, die also weniger als insgesamt 100 Gramm Feingold 5proz. Goldschuldverschreibungen besitzen, können auch weiterhin Besitzer dieser Stücke bleiben.

*

Kreditverlängerung.

Die bisher von der Treuhandstelle für die Deutsche Rentenbank bis zum 1. November 1925 ausgeliehenen Kredite in Höhe von 160 Millionen Mark sind nach den für die Treuhandstelle maßgebenden Bedingungen auf die Rentenbank-Kreditanstalt übergegangen. Es wurde beschlossen, schon jetzt diese bis zum 1. November ausgeglichenen Gelder der Treuhandstelle bis zum 1. März 1926 unter sonst gleichen Bedingungen und Voraussetzungen zu prolongieren, um der deutschen Landwirtschaft, die unter größter Kreditnot leidet, die Erfüllung ihrer sonstigen Verpflichtungen zu erleichtern.

*

Von den heutigen Börsen.

Vom Devisenmarkt.

Am Devisenmarkt überraschten die verhältnismäßig hohen Anforderungen von Dollarnoten, die man sich daraus erklärt, daß an den internationalen Plätzen Dollarnoten zu späterem Umtausch gegen Zloty angesammelt werden. Bekanntlich sollen aussichtsreiche Verhandlungen der polnischen Banken mit amerikanischen Banken zwecks Abschluß einer Valutastützungsanleihe in Höhe von 6 Mill. Dollar zu 7½ Proz. auf ein halbes Jahr im Gange sein. Der Zloty lag in den letzten Tagen, wenn auch unter Schwankungen, durchweg ziemlich ruhig. Man bringt das mit der polnischen Maßnahme in Zusammenhang, daß jetzt die Ausfuhr von Zloty völlig verboten ist, nachdem bisher mit Genehmigung der polnischen Bank bis zu 50 000 Zloty und größere Beträge nur mit Genehmigung des polnischen Finanzministers ausgeführt werden durften.

Berliner Börse vom 11. August.

Bei Beginn des heutigen Börsenverkehrs war die Kursbewegung uneinheitlich. Neben Rückgängen auf dem Montanmarkte von 2 Prozent bei Essener Steinkohlen, Harpenern, Stinnes-Riebeck setzten einige Papiere wie Deutsch-Luxemburger, Hoesch, Köln-Neu-Essen, Rheinische Braunkohlen mit behaupteten Kursen ein. Auf den anderen Umsatzgebieten erfuhren einzelne Werte gleichfalls nicht unerhebliche Rückgänge, so Salzdetfurth, Berlin-Karlsruher-Industrie, Deutsche Kabel, Hirsch Kupfer, Deutsche Wollwaren, während chemische Werte und Elektrizitätsaktien sich vorwiegend besser behaupten konnten. Vorübergehend machte sich dann inzwischen eine leichte Erholung bemerkbar, weil die Baissespekulation vereinzelt Deckungen vornahm. Bald aber trat wieder eine Schwäche ein, so daß zum Teil die Anfangskurse etwas unterschritten wurden. Auch Badische-Anilin büßten 2 Prozent gegen gestern ein. Schiffahrts- und Bankaktien schwächten sich gleichfalls etwas ab. Deutsche Anleihen wurden auf ermäßigtem Kursniveau umgesetzt. Goldpfandbriefe waren ungefähr unverändert. Vorkriegspfandbriefe eher schwächer. Der Geldmarkt zeigte eine kleine Erleichterung. Tagesgeld 8½—9½, Monatsgeld unverändert 10½—11½ Prozent.

Devisenkurse vom 11. August.

London 1 Pfund 20,376 Geld, Newyork 1 Dollar 4,195 Geld; Amsterdam-Rotterdam 100 Gulden 168,64 Geld; Brüssel-Antwerpen 100 Franken 18,99 Geld; Oslo 100 Kronen 77,35 Geld; Jugoslawien 100 Dinar 7,515 Geld; Kopenhagen 100 Kronen 95,88 Geld, Paris 100 Franken 19,69 Geld; Prag 100 Kronen 12,44 Geld; Schweiz 100 Franken 81,72 Geld; Wien 100 Schilling 59,05 Geld.

Berliner Produktenbörse vom 11. August.

Am Produktenmarkt war die Tendenz schwach. Die teilweise Arbeitsniederlegung in der Berliner Mühlenindustrie und die darauf erfolgte allgemeine Aussperrung hat naturgemäß eine Verringerung der Nachfrage für Brotgetreide zur Folge gehabt. Allerdings konnte einiger Umsatz zu ermäßigten Preisen erzielt werden. Auf Lieferung war wenig gefragt und das Geschäft lag wieder schwächer. Gerste war bei reichlichem Angebot zu den jetzigen Preisforderungen schwer verkäuflich. Das gleiche gilt für Hafer. Mehl war still. Auch in Futterartikeln kam es nicht zu lebhafterem Geschäft.

Berliner Produktenmarkt v. 11. August.

Weizen, märkischer 251—254; Gerste 255—280; Hafer, märkischer 215—223; Roggenmehl 26¾—28½; Roggenkleie 13¾; Kleine Speiseerbsen 25—27; Peluschken 23—25; Wicken 26—28; Gelbe Lupinen 15—16½; Rapskuchen 16,60—16,80; Trockenschnitzel 12,20—12,50; Torfmelasse 10; Roggen, märkischer 184—190; Winter- und Futtergerste 192—200; Mais 213—216; Weizenmehl 33—35; Weizenkleie 14; Raps 355—360; Viktoriaerbsen 27—34; Futtererbsen 23—25; Blaue Lupinen 12½—14½; Leinkuchen 23,60—24; Kartoffelflocken 26,30—26,60. — Mehl und die übrigen Artikel für 100 Kilo. — Getreide versteht sich für 1000 Kilo.

Leipziger Börse vom 10. August.

Die Börse eröffnete heute zum Beginn der neuen Woche zunächst in ziemlich freundlicher Stimmung. Die Geschäftstätigkeit erfuhr eine vielfach recht bemerkenswerte Belebung. Im weiteren Verlaufe und bis zum Schluß des Verkehrs machte sich dann wieder Unsicherheit in stärkerem Grade bemerkbar, die schließlich auch zu einer ganzen Reihe von Abschwächungen führte.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 10. Aug.

Auftrieb: 633 Rinder (87 Ochsen, 212 Bullen, 115 Kalben, 217 Kühe), 444 Kälber, 1053 Schafe, 1662 Schweine, zusammen: 3700. Außerdem von Fleischern direkt zugeführt: 12 Rinder, 24 Kälber, 89 Schafe, 210 Schweine. — Preise für Kilogramm Lebendgewicht (in Reichsmark): Ochsen 1. Kl. 60—64, 2. 47—50, 3. 32—46; Bullen 1. Kl. 60—63, 2. 54—59, 3. 42—53; Kalben und Kühe 1. Kl. 60—64, 2. 56—64, 3. 45—55, 4. 34—44, 5. 25—33; Kälber 1. Kl. —, 2. 70 bis 75, 3. 59—69, 4. 40—54; Schafe 1. Kl. 58—62, 2. 45—57, 3. 28 bis 44; Schweine 1. Kl. 86—87, 2. 88, 3. 83—85, 4. 78—82, 5. 78—82 Mk. Geschäftsgang: Rinder und Kälber sehr langsam, Schafe und Schweine langsam. — Überstand: 107 Rinder (davon 14 Ochsen, 39 Bullen, 12 Kalben, 42 Kühe), 243 Schafe und 350 Schweine.

Hallische Börse vom 11. August 1925

(Mitgeteilt von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Filiale Merseburg.)

Bank- u. Vers.-Akt.	
Hallesch. Bankverein	85,—
Hall. Effkt. u. Wechs.	0,20
Gewerbe- u. Hdlsb.	0,13
Landcredit-Bank	97,—
Zörbiger Bankverein	30
Iduna Feuervers. A. M.1000zu25%eingez.	
M.5000zu25%eingez.	
Bergw.-Akt. u. Kuxe.	
Hall. Pfännersch. AG.	—,—
Prehl. Braunk. A.-G.	—,—
H. Stinnes-Riebeck-Mont., Wachs- u. Ölwerke A.-G.	74.—
Werschen-Weißenf. Braunk.-A.-G.	123.—
Bruckd.-Rietl. Bergbau-Verein Kuxe	—,—

Industrie-Aktien.	
Ammend. Papierf.	112,50
Cröllw. Papierf.	12,50
Cönnerner Malzf.	89,—
Eilenb. Katt.-Manuf.	96,—
Eisenwerk Brünner	49.—
Fabr. landw. Masch. F. Zimmerm. & Co.	24,—
Glauziger Zuckerf.	—,—
Hall. Maschinenf.	8,25
Hall. Röhrenwerke	54,—
Heckert-Glas	—,—
HildbrandMühlenw.	42,—
Moritz Jahr	25.—
Gebr. Jentzsch	61,—
KaiserbadSchmiedeb.	52,—
Wilhelm Kate	—,—
KörbisdorferZuckerf.	—,—
Kyffhäuserhütte	—,—

Gottfried Lindner	53,75
Schraplauer Kalkw.	33,—
StadtmühleAlsleben	65,50
G. Bester, Spedition	40,—
Wegelin & Hübner	55,—
Zeitzer Maschinenf.	—,—
ZuckerraffinerieHalle	14,—
Im Freiverkehr genannte Kurse.	
„Api"(Petrol.-Ind.)	—,—
Bankverein Artern	—,—
BernburgSaalmühl.	1,70
Caesar & Loretz	36,—
Hanf-Import	62,50
Kaliw. Krügershall	94,—
Mansfeld. Bergbau	—,—
Portland-Cementf.	51.50
Cröllw. Papf., j. Akt.	—,—

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Feuilleton; Franz Gomm für Provinz, Lokales und Vermischtes; Karl Süttele für Volkswirtschaft und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 33.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückporto ist in jedem Falle beizulegen.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.
Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Mein Arzt verordnet bei einschlägigen Fußleiden ausschließlich Pneumette.

Pneumette-Einlagen sind sehr gut und empfehlenswert. Ich hätte gegenüber den Arztkosten gern das Dreifache dafür bezahlt. Mein Hausarzt Sanitätsrat Dr. Sch., dem ich diese zeigte, war sehr überrascht und verordnet ausschließlich solche, sodaß hier Pneumette*) viel getragen werden.

Prokurist Sp., Bad Liebenwerder.

*) Pneumette, die weltbekannte pneumatische Fußstütze, ist die beste Schuheinlage gegen Uebermüdung und Senkfuß.

Unsere Leser seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Pneumette an jedermann 8 Tage zur Probe und mit halbjähriger Garantie abgegeben wird bei der Firma

Gebr. Goldmann, Schuhhaus.

Börsen vom 10. August 1925.

Kurszettel des Merseburger Korrespondent.

Reichsbankdiskont 9%

Mitgeteilt von der Commerz- und Privat-Bank

Berliner Börse

	Gold Stckl.	Heut. Kurs	Vor. Kurs
Deutsche Anleihen.			
Dt. Goldanl. kl. Stücke v. 85 Doll. 1—5		100,—	100,—
dto. gr. Stck. v. 85 Doll. 10—1000		90,25	90,25
Dt. Doll.-Schatzanwsg.		94,55	94,60
8—15% Dt. Reichsch. K 28 (für 1 Million)		0.145	0,14
5% Dt. Reichsanleihe (Kriegsanleihe)		0,19	0.185
4% dto.		0,305	0.307
3½% dto.		0,245	0,24
3% dto.		0.30	0.385
Sparprämienanleihe		0,135	0,145
4% Preuß. Consols		0,225	0,225
3½% dto.		0,255	0,255
3% dto.		0,24	0,23
4% Sächs. Prov.-Anl. 5—7		—,—	—,—
4, 3½, 3% Landschftl. Zentral-Pfandbr.		—,—	—,—
4, 3½, 3% Sächs. landschaftl. Pfandbr.		6.75	7,25
4½% Bad. Anilin-Obl. v. 19		5.8[illegible]	5,86
4½% Donnersm.Obl.v.19		0.46	1.425
4½% Dyckerh. & Widm. Obl. v. 20		—,—	—
6% Engelh.Br.Obl.v.22		0,28	0.30
4½% Höchster Farben Obl. v. 19		4,41	4,41
4½% Ilse Bergb.O. v. 19		—,—	—,—

4½% Schulth. Patz. Obl. v. 20		—,—	—,—
6% Dt. Zuckerwertanl.		9,70	9,80
5% Elektr. Kw. Mitteld.		2.42	2,40
5% Neckar-Goldanl.		53,25	53,—
10% Prov. Sächs. ld. Gold-Pfandbr.		79,10	78,80
6% Prov. Sächs. ld. Roggen-Pfandbr.		4,78	4,60
5% Sächs. Goldk.-Anl.		72,—	72,—
6% Zuckerkredit Gold		67,—	68,—
Schiffahrts-Aktien.			
Hamburg-Amerika	300	47,50	48,—
Hansa Dampf.	50	73,—	72,75
Norddeutscher Lloyd	40	47,—	48,13
Verein. Elbeschiff.	40	31,—	30,—
Bank-Aktien.			
Berliner Handelsges.	100	127,60	125,—
Braunschweiger Bank	20	60.—	60
Commerz- u. Priv.-B.	60	94,—	94,—
Darmstädt. und Nat.	100	113,25	111,—
Deutsche Bank	60	114,50	114,—
Diskonto Comm. Ant.	40	103,50	103,—
Dresdner Bank	20	100,—	100,—
Halle Bankverein	20	85,—	86,—
Leipziger Cred.-Anst.	20	81.13	82,50
Reichsbank Ant.	100	121.25	119,—
Sächs. Bank		53,25	53.25
Wiener Bankverein		5.50	5,50
Brauerei-Aktien.			
Engelhardt-Brauerei	300	114,50	114,—
Schulth. Patzenhofer	20	119,—	112,—
Riebeck-Brauerei	200	74,—	70,50
Industrie-Aktien.			
Aachener Spinnerei		0,125	0.125
Aafa	100	117.—	115,75

A. E. G.	50	95,—	94,25
Ammendorfer Papier	50	112,50	111,50
Augsb.-Nürnb. Masch.	200	10[illegible],—	101,25
Badische Anilin	120	125.25	118.50
Baroper Walzwerk		10,75	7,50
Bazar Genußscheine		75,—	77,50
Bedburger Wolle	20	60	—,—
J. P. Bemberg	200	157,—	160,—
J. Berger Tiefbau	50	108 50	105,25
Bergmann Elektr.	200	71,25	87,90
Berliner Holzkompt.	100	41,50	42,—
Bln. Masch. Schwartzk.	1000	69,25	66,—
Beton und Monierbau		1,13	1,30
Bochumer Guß	20	60,75	56,50
Braunkohle u. Brikett	500	89,—	90,50
Charlottenburg. Wasser	120	66,—	65,—
Chem. Heyden	40	51.10	49.50
Chem. Gelsenkirchen	1000	50,—	—,—
Conti. Kautschuk	40	116,—	115,50
Daimler Motoren	60	40,13	39,—
Dessauer Gas	80	73,50	71,75
Dt. Atl. Telegrafen		6,80	6,50
Dyckerhoff & Widm.	80	31,—	—,—
Dynam. Nobel	120	68,40	65,75
Eilenbg. Cattun	60	—	—
Elberfelder Farben	200	112,50	111,50
Etzold & Kießling	100	76,—	80,—
Fahlberg List	60	48,—	48,—
Froebeln Zucker	80	4[illegible],—	45,—
Gelsenk. Bergwerk		47.80	45.75
Genthiner Zucker		0,90	1.—
G. f. el. Untern.	100	100,13	99,25
Glauz. Zucker	80	87.25	88,75
Görlitzer Waggon	20	27.50	28,—
Gothaer Waggon	60	32,—	32,—
Harp. Bergwerk	600	90,—	89,—
Hetzer Weimar	20	—,—	—,—
Hildebrand Mühlen	40	45,—	45,—
Hirsch Kupfer	150	93.—	93,10
Höchster Farben	200	112,25	112.—
Holzmann, Philipp	80	54,50	55,50
Ilse Bergbau	200	86,50	85,25

Kahla Porzellan	100	60.—	60.39
Kali Aschersleben	50	121.30	120.—
Kattowitz Bergbau		11,50	11,80
Kirchner & Co.	250	19,75	21,—
Koehlmann Stärke	60	87,—	91.—
Köln Rottweiler	140	78,75	79,39
Lahmeyer & Co.	150	69,50	66.25
Leonhard Braunkohle		—,—	—,—
Leopoldgrube	140	58,—	57,—
Mansfeld	50	53,—	53.—
Maschin. Buckau	20	72,60	75,—
Oberschles. Eisenb. Bed.	80	41,—	43,—
Ostwerke	150	100.—	105,—
Panzer		8,75	8.75
Phönix Bergbau	300	68 25	74.10
Phönix Braunkohle		30,—	31,50
B. Polack		1,50	1,60
Rhein. Elektrizität	100	66,50	69,—
Rombach. Hütte	300	44,—	49,—
Rositzer Zucker	200	85,50	86,25
Rütgerswerke	100	64,75	67.—
Sachsenwerk	20	64.—	67,50
Salzdetfurth Kali	50	153,50	157,50
Sarotti Schokolade	20	105,10	112,—
Schering chem.	250	117.75	114.—
Schulz jr.	200	80.—	—,—
Siegen-Solinger Guß	40	30,25	33.—
Siemens & Halske	700	70.25	73,25
Stinnes Riebeck Mont.	400	68,50	71,—
Stöhr Kammgarn		24,60	25,65
Thüringer Gas	20	66,25	66.50
Trachenb. Zucker	20	54,—	53.—
Union chem. Prod.		—,—	12,75
Ver. Glanz. Elbe	300	304.—	310,—
Ver. Kohle Borna		21,75	22,—
Wandererwerke	100	118,—	120.—
Wegelin & Hübner	100	66,—	68.—
Wersinb. Kammgarn	50	50,—	50,—
Wersch. Weißenfelser		125,—	125.—
Wrede Mälzerei	500	117.—	120.—
Zeitzer Maschinen	100	110,—	110,—
Zwickauer Maschinen	20	67.—	66.50

Freiverkehr.			
Halle Kali	300	108—	105
Kali Krügerhall	80	96—98	99—97
Api		—	—
Diamond shares		20,25	19—20
Nationalfilm		0,35-04	—
Ufa	150	—	—
Becker Stahl		—	—
Brown Boveri		56—58	56—58
Chem. Zeitz	100	—	—,—
Hochfrequenz	60	64	63
Kursächs. Braunkohlen		—	—
Sichel	40	22—23	20—21
Stralauer Glas	200	—	—,—
Tucher Brauerei			
Bezugsrechte:			

Leipziger Börse

Industrie-Aktien.			
Altenburger Landkraft		1,—	0,95
Busch Waggon		43,50	43,—
Chromo Najort		65,—	67,—
Cröllwitzer Papier		12,50	12,50
Dermatoid Werke		57,—	57,—
Förster & Co.		30,—	30,—
Groß Kunstanstalt		38,—	38,—
Halle Zimmermann		27,—	27,—
Halle Pfännerschaft		55,—	58,—
Halle Zucker		15,—	15,—
Hartm. Sächs. Masch.		44.50	42,50
Hupfeld, Ludw.		69.75	68,—
Kästner, Carl		1,10	1,10
Körbisd. Zucker		112,—	112.—
Krietsch Mühle		50,—	49,—
Landkraftw. Leipzig		58,63	60,—
Leipzg. Buch. Fritzsche		61.50	65
Lindner, Gottfr.		52.50	53,50
Naumann Brauerei		91,75	82,—
Norddt. Wollk. u. Kg.		102,	94 25

Paradiesb. Steiner		116,—	120.50
Peninger Masch.-Fabr.		27,13	26,—
Pittler Werkzeug		135,—	135,—
Rauchwaren Walter		60,—	59.—
Reinstrom & Pilz		58,50	61,—
Riquet & Co.		84,25	84,50
Schubert & Salzer		115,—	112,25
Sondermann & Stier		—	—,—
Steingut Colditz		94,—	93,90
Textilose Claviez		26,—	27,—
Thüringer Gas		63,50	65,—
Tränkner & Würker		73,—	75,25
Ullersdorfer Werke		46,50	46,—
Wotanwerke		3,30	3,25
Zeitzer chem. Fabriken		31,—	32.—
Zittauer Mechan. Web.		68.—	70.—
Freiverkehr.			
Apparatebau Weimar		0,53	—,—
Bauchwitz Pscherer		0,19	0,19
Busch Waggon Genüsse		13.—	13.—
Dähn, Max		0,124	0,124
Eitner, Hans		0,475	0,475
Herbig Rauchfuß		-	-
Kammgarn Silberstr.		0.45	0,45
Leutke Piano		0,40	—,40
Norddt. Genußsch. 500		53,—	52,—
dto. 1000		115.—	118
Voege Elektr.		41,—	—,—
Reform Motoren		15.—	—,—
Richter, F. A., Steinbaukasten		20.—	20,—
Samsonia		5.—	5,—
Seidel & Naumann		60 —	65.—
Thür. Zucker Walschleb.		35 -	34,—
Wollhaar Hainichen		0 89	0,83
Bezugsrechte:			

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben

Gertrud

sagen wir unseren tiefgefühlten Dank.

Otto Götze und Angehörige.

Merseburg, den 10. August 1925.

Freundl. gute Wohnung
bestehend aus Stube, 2 K., Küche u. Zubeh. zu tauschen gesucht. Ang. u. B. A. 819 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Mbl. Wohn- u. Schlafzimmer
mit Küchenbenutzung v. kinderl. bess. Ehepaar sof. ges. Angeb. u. B. A. 820 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

1500 Mark
als 1. Hypothek gesucht. Angebote unter 831 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erhaltener
Kinderwagen
zu verkaufen.
Groß-Kayna
Schulstraße Nr. 5.

Photoapparat
9×12, zu verkauf. Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Bl.

3 erstklassige
Schreib-Maschinen
abzugeben. Evtl. auf Teilzahlung. Angebote u. 859 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Hochtragende Kuh
zu verkaufen.
Zicherden Nr. 8.

Scharf. Schäferhund
preiswert zu verkaufen.
Groß-Kayna
Merseburger Straße 30.

Fettfeste Absatzferkel
zu verkaufen
Zöschen Nr. 29.

Fahrräder
nur **75** bis **115** Mk.
mit 1 Jahr reelle Garantie. Sämtliche Räder sind mit Freilauf und garantiert aus nur erstklassigem Material hergestellt.

Lenkstangen	2,50 u. 3,50
Sättel	5,00 u. 7.00
Pedals	2,75 u. 3.50
Luftpumpen	70 Pfg.

sowie Mäntel, Schläuche, Ketten, Laternen und alle anderen Waren kauft man billigst nur in der
Fahrrad-handlung **Max Götze**
Oelgrube 1.

Hermelin-Strümpfe
Max Käther,
Schmale Straße 21.

Oeffentl. Gutsverkauf in Bündorf.

Am Donnerstag, den 20. August 1925, nachmittags ½3 Uhr, findet im Gasthause zu Bündorf bei Merseburg (Bahnstation Knapendorf) der Verkauf des den Erben des verstorbenen Eduard Götze gehörigen Gutes daselbst, bestehend aus
Wohnhaus m. Hofraum u. Hausgarten, Stallungen, Schuppen und Scheune und 10,6230 ha (ca. 42½ Morgen) Acker
öffentlich meistbietend, geteilt oder im ganzen, statt.
Pro Morgen sind 100.— R.M, für das bebaute Grundstück 1000.— R.M Bietungskaution zu hinterlegen. Bedingungen im Termin.
J. A. d. E.: Albert Franke, beeid. Auktionator, Merseburg, Lindenstr. 11, Tel. 635.

Geschäftsgrundstück in bester Lage Merseburgs; Grundstück in Teudis für nur 3000 R.M; Bauplätze in Merseburg sofort zu verkaufen; flottgehende Bäckerei in Weißenfels mit kompl. moderner Einrichtung bei 6000 R.M Übernahme sofort zu verpachten.
Albert Franke, Merseburg, Lindenstraße 11, Tel. 635.

In erster Verkehrslage Merseburgs sind
2 Ladengeschäfte
mit 2 bezw. 1 Schaufenster abzugeben. Anfragen unter Angabe des verfügbaren Kapitals erbeten unter B. A. 824 an die Geschäftsstelle d. Bl. Nur gute Firmen kommen in Frage.

Schöffenurliste.
Die Urliste der in der Stadtgemeinde Bad Lauchstädt wohnhaften Personen, die zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt in der Zeit vom 11. bis einschl. 17. August 1925 im Rathaus, Zimmer 2, zu jedermanns Einsicht offen.
Etwaige Einsprüche sind bei der unterzeichneten Behörde anzubringen.
Lauchstädt, den 8. August 1925.
Der Magistrat.

Sprechstunden-Wiederbeginn
erst am 13. August 1925, 8 Uhr früh.
Dr. Taube
Weißenfels (Saale).

Nach Nord-Amerika u. Canada. Hamburg-New York ca. wöchentl. Abfahrt. Gemeins. Dienst mit **United American Lines**

Nach Süd-Amerika (Brasilien, Argentinien, Westküste), Cuba-Mexico, Westindien, Afrika, Ostasienausw. i. Verbindg. m. and. Linien

Billige Beförderung, vorzügl. Verpflegung
Auskünfte und Drucksachen über Fahrpreise und Beförderungsmöglichkeit durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG, Alsterdamm 25 und deren Vertreter auf allen größeren Plätzen, in:
Magdeburg, Reisebüro der Hapag, Alte Ulrichstrasse 7
Halle S., Georg Schultze, Hernburgerstr. 32 und Hallesches Verkehrsbüro Roter Turm, Marktplatz.

„Der Kaffee schmeckt gut, wo ist der zu bekommen?"
„Ich habe nur reinen „Aguma" genommen!"

Suchen Sie?
ein Fahrrad
ein Motorrad
ein Auto
Sie gelangen sicher u. preiswert in den Besitz eines solchen, wenn Sie Ihren Wunsch durch eine kleine Anzeige im »Merseburger Korrespondent« bekanntgeben.

Vorarbeiter
erste Kraft, für unsere Abteilung Drillbau gesucht.
F. Zimmermann & Co, A.-G.
Halle a. S.

Lichtspiel-Palast Sonne

Um allen Wünschen unseres geehrten Publikums gerecht zu werden, bringen wir nochmals ab Dienstag bis Donnerstag
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

Offiziers-Tragödie in 8 Akten nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von O. E. Hartleben.
Kasernen- und Casinoluft in einer Garnison am schönen Rhein
Jedem vertraute Gestalten
im „zweifarbigen Tuch" der Vorkriegszeit.
Anfang 5½ und 8 Uhr.

Mairol Spezial-Dünger für Topfpflanzen entfaltet Blüten- u. Blätterpracht Preis 50 Pfg.
erhältlich in Drogerien, Apotheken, Bäumen- u. Samenhandl.
In Merseburg: Central-Drogerie

Ein
Stadtplan
von Merseburg
mit näherer Umgebung
im
Geschäftslokal
ausgehängt, dient der Kundschaft und nützt dem Geschäft
*
In schöner bunter Ausführung nur **1.20** Mk.
Mit Plan von Neu-Rössen 1.50 Mk.
Durch die Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent und die Buchhandlungen.
*

Nachahmungen weise zurück!
Pallabona-Puder
reinigt und entfettet das Haar auf trockenem Wege, macht es locker u. leicht zu frisieren, verleiht feinen Duft. Zu haben in Friseurgeschäft., Parfümer., Drogerien u. Apotheken.

gleichbedeutend mit 25 Jahren pfälzischer Geschichte.
Die führende Zeitung und das erfolgreiche Anzeigen-Organ der Rheinpfalz
Probe Nummern und Kosten-Anschläge durch den Verlag in Ludwigshafen a/Rh

---

Café Schmied

Das am 31. Juli ausgefallene
Männerchor-Konzert
des Männergesang-Vereins Neu-Rössen
Dirigent: akad. Musiklehrer Herr Hugo Roye, hier
findet nebst der Hauskapelle bei schönem Wetter
morgen, den 12. statt.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Sportverein 1899.
Heute Dienstag **Künstler-Konzert**
Freitag, den 14. d. Mts.
Monatsversammlung.
Der Vorstand.

Gelegenheitskauf für Klempner und Dachdecker.
3000 Stck. Zinkblechtafeln
N. 14 lotfrei, je ca. 1000×500 mm und je ca. 3 kg zum Preise von Mk. 2.00 p. Stück sof. abzugeben.
Ernst Göring, Halle a. S.
Sophienstraße 26. — Telephon 4716.

D.K.W.
Motorräder
10 Monate Kredit!
Gustav Engel Söhne
Merseburg — Großkayna

Empfehle:
Wäsche aller Arten, sowie Strickwolle,
nur gute Qual. u. sehr preisw.
Friedrich Koch, Obere Burgstr. 7.
Hochparterre. Kein Laden.

Empfehle meine
Wäscherolle
meiner werten Kundschaft von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit und ohne Rolltücher
O. Traxdorf,
Neumarkt 6.

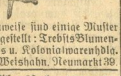
Wasche mit Luhns

Breecheshosen
in eigner Verarbeitg. von 8.75 an
Hildebrandt
Kl. Ritterstr. 13.

Motorrad
gut erhalten, nicht unter 3 PS., zu kaufen gesucht. Angebote erbittet
Fährendorf Nr. 50.

Musikhaus Alfred Becher
Schmalestr. 2 A. d. Geisel
Musikinstrumente
in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Auch gegen Teilzahlung.
Reparaturen
in eigener Werkstatt.

Theodor Koch, Merseburg
Tel. 637. Nordstr. 14, I.
Reichhaltiges Lager an:



Zeitweise sind einige Muster ausgestellt: Krebits Blumenhaus u. Kolonialwarenhdlg. E. Weishahn, Neumarkt 39.

Chaiselongues
beste Verarbeitung
mäßige Preise
P. Harnisch, Oelgrube 1.

Junge Frau
verwit. (mitte dreißig) aus gut. Familie sucht Wirkungskreis in gut. kürzerl. traurent. Hause. Kann auch Geschäftshaush. sein, da im eigenen bess. langjährigen mit tätig gewesen. Ang. unt. B. A. 823 an die Exped. d. Bl.

Dame,
35 J., hier fremd, a. gutem Hause wünscht naturliebend. tiefsteranlagten Herrn pass. Alters zwecks Wandertouren kennen zu lernen. Angeb. u. B. A. 822 a. d. Exp. d. Bl.

Strebsamer, solider
Kaufmann
wünscht baldige Ehe mit geschäftstüchtigem Fräulein oder Witwe o. K. im Alter von 23—28 Jahren zwecks Uebernahme eines Geschäfts in Großstadt, Einheirat bevorzugt. Wohnung, z. T. eigene Möbel vorhanden. Entsprech. Damen, auch vom Lande, bitte nähere Angaben über Vermögensstand usw. recht ausführlich nebst Bild und Größe einsenden unter „Glückauf" 880 an die Geschäftsstelle d. Bl.

72er Versammlung Mittwoch in der Funkenburg.

1 Mk. 50 Pfg.
1 Pfund Kakao
1 Pfund Nudeln
1 Pfund Erbsen
1 Pfund Bohnen
2 Pfund Salz
bei
O. Traxdorf, Neumarkt 6

Morgen Mittwoch
Schlachtefest
Th. Jünger, Lindenstr. 15.

Morgen Mittwoch
Schlachtefest.
Franz Hoffmann
Unt.-Altenburg 30.

Morgen Mittwoch
Schlachtefest
Otto Kretzschmar,
Weiße Mauer Nr. 30.

Ein ehrliches Dienstmädchen in Landwirtschaft sucht
Genia Nr. 2.

Ehrliches sauberes
Mädchen
zum 15. August gesucht.
Weiße Mauer 7, 1 Tr.

Zuverlässiges
Mädchen
gesucht. Bürgergarten 2.

Ein tüchtiger
Reisender
gesucht für Bett-, Damen- und Herrenwäsche gen. hohe Provision. Ang. u. B. A. 818 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Tücht. Bautischler
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zu erfragen in d. Geschäftsstelle d. Bl.

1 tücht. Feinmechaniker
(möglichst auf Waagen eingearbeitet) stellt sofort ein
A. Dreßler,
Weiße Mauer 19.

Ein junger
Arbeitsbursche
sofort gesucht.
Gustav Haring
Markt 5.

Aufblühende Fabrikation (Merseburg)
mit großen, sicheren Aufträgen sucht zwecks Ausnützung ihrer Interessen ein.
Teilhaber
mit wenigst. 8—10000 Mk. Hohe Verzinsung oder prozentualen Gewinnanteil zugesichert. Angeb. unt. 825 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Grüne wollene Sportweste auf dem Wege Merseburg—Meuschau verloren. Gegen Belohnung abzugeben Fundbüro.

Tuchmütze
(Gabardine)
zw. Tragarth und Zöschen verloren. Bitte abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.— Mark, zahlbar bei Abholung frei Haus. Abholertarife halbmonatlich 0.95 Mark. Postbezug monatlich (Nachverdermarsch vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.

Zum Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstraße 5.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Zeitungsverlegerverein Kreis Mitteldeutschland).

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt und des Landkreises Merseburg

mit der wöchentlichen Beilage: Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage: Am häuslichen Herd

der vierzehntäglichen Beilage: Bilder von Feld und Hof und dem monatlich erscheinenden Chronik von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtspaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Stellenanzeigen und Nachweisungen 20 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders günstig. — Rabatt nach Tarif. — Vorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 236, Geschäftsstelle 406.

Postscheckkonto: Leipzig 29 978.

Nr. 186 — Dienstag, den 11. August 1925 — 52. Jahrgang

Tagesspiegel.

Montag mittag ist Briand nach London gereist; Dienstag vormittag begannen die Beratungen mit Chamberlain. Man glaubt, daß Briand am Donnerstag oder spätestens am Freitag die Rückreise antreten kann. Viel bemerkt wird, daß der belgische Außenminister an der Unterredung nicht teilnimmt. Der offizielle Londoner „Daily Telegraph" gibt dazu den beziehungsvollen Kommentar, daß Belgien zwar Verbündeter Frankreichs, aber nicht Polens sei und daß die belgische Auffassung sich ohnehin mit der englischen in der Sicherheitsfrage völlig decke.

*

Die Räumung der Sanktionsstädte wird sich nach den neuesten Mitteilungen verzögern. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Sanktionsstädte schon am 15. August geräumt sind; ein Reihe von technischen Schwierigkeiten der Militärbehörden wird als Grund angegeben. Eine politische Bedeutung dürfte dieser Verzögerung — mehr als eine Verzögerung kann es nicht sein — nicht zukommen.

*

Das zwischen Frankreich und Spanien geschlossene Abkommen über die internationale Zone in Tanger sieht als spanische Besatzung 800 Mann, als französische 600 Mann für die Polizei vor. England, das eine Zeit lang Miene machte, sich stärker an Tanger zu interessieren, hat jetzt diesem Abkommen, das den französischen Einfluß in die erste Stelle rückt, zugestimmt. Vielleicht spielen dabei doch die Pläne eines Umtausches von Ceuta weit besser als das am Atlantischen Ozean liegende Tanger.

*

Der Drusenaufstand in Syrien macht den Franzosen sehr zu schaffen. Dabei handelt es sich um einen Stamm von kaum 100 000 Seelen; aber es hat sich schon in Marokko gezeigt, daß bei Kolonialkriegen die Zahl nicht den Ausschlag gibt. So wurde eine große französische Strafkolonne von den Aufständischen geschickt in Teilangriffen erledigt. Der französische Posten Soueida ist von den Drusen eingeschlossen. Er liegt im Südwinkel des syrischen Mandatsgebietes, nahe der Grenze des englisch beeinflußten Ostjordanlandes.

*

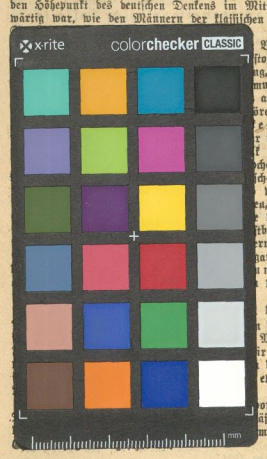
In England zeigt man einige Aufregung angesichts der letzten Nachrichten über die neuen deutschen Methoden, aus Kohle einen flüssigen Brennstoff zu erzeugen. Ein liberales Blatt warnt die Engländer, sich in dieser Sache so wie in der Farbenindustrie von den deutschen Erfindern überflügeln zu lassen. Man befürchtet auch von einer großzügigen Ausbeutung der neuen Erfindungen eine Entwertung der Ölquellen, um deren politischen Schutz und technische Vervollkommnung England so sehr besorgt ist. Bekanntlich verfügen die reichsten ergiebigsten Ölquellen nach einer bestimmten Zeit, während die Kohle als Rohstoff der deutschen Brennstofferzeugung vorläufig noch ungemessene Mengen zur Verfügung stellt.

Die Verfassungsfeier im Reichstage.

Berlin, 11. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Reichstage ist der Sitzungssaal reich mit Grün geschmückt. Über der Präsidententribüne prangt zwischen grünem Schmuck der Reichsadler. Unter ihm die schwarz-rot-goldenen Farben. Pünktlich um 12 Uhr betritt Reichspräsident von Hindenburg den Saal und nimmt in der Mittelloge Platz. Links von ihm sitzen Reichstagspräsident Loebe und die Vizepräsidenten Bell und Graefe, rechts der Staatssekretär Meißner. Im Saale haben unten auf den Regierungsbänken die Minister Platz genommen. Auf der anderen Seite sitzen die Vertreter der Länder sowie zahlreiche Persönlichkeiten aus den Ämtern und Ministerien. Auf der Rechten bemerkt man einige Lücken. Es scheint, als ob hier Abgeordnete der Feier ferngeblieben sind. Zunächst wird die Feier eingeleitet durch den ersten Satz der ersten Symphonie von Brahms, den das Philharmonische Orchester zu Gehör bringt. Darauf folgt die

Festrede des Professors Platz,

die dadurch etwas verliert, daß sie in ziemlich trockenem Pathos vorgetragen wird, die aber in ihrer Ablegung von Urteil und Kritik an der Verfassung sonst einen guten Eindruck macht. Einleitend weist der Redner auf den Bundestag hin, der am 11. August 1919 zu einer Verfassung führte, die unser Volk aus der größten Zerrüttung und Not herausriß. Eine solche Feier soll überall in der Not dieser Übergangs- und Wendezeit den Willen wecken, der Verwirrung und der Zwietracht der Geister, dem größten Übel der Gegenwart entgegenzuwirken. Noch horcht die Welt, so führte der Redner u. a. aus, auf, wenn das Wort Weimar erklingt. Noch zweifelt sie aber vielfach, wenn sie von der Weimarer Verfassung hört. Er glaube an die Möglichkeit des Besseren, er glaube an die gesunden Kräfte unseres Volkes und seine politische Erziehbarkeit, er glaube an die Einsigkeit eines so gereiften Staatsvolkes in eine Gesamtordnung, die den Höhepunkt des deutschen Denkens im Mittelalter ebenso gegenwärtig war, wie den Männern der klassischen Zeit des preußischen



Verfassung Wirklichkeit
storischer Stunde, wo es
ng, zur republikanischen
mmungsrechts der Völker
auch noch manches vor-
ören werden, die staats-
es selbst, ist zu keiner
r nationale Lebenswille,
k und Staat, der schon
chen und zurückgehalten
sch-republikanischen Ver-
wenn keine Erschütte-
en, zu einem glücklichen
der Verfassung dieser
stbestimmung dienen, gilt
erndes Wort. Wie der
anze deutsche Volk nach
ung, dem innern und
wieder blühen und zu

dienen.

n Rahmen unserer Ver-
Morgen im Sinne des
ir dann der Welt nicht
darf, dann dürfen wir
ewiges, unverjährbares

orauf der Reichskanzler
läßt der Reichspräsident
m Gebäude aufgestellten

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Die polnische Note.

Danzig, 11. August. (Amtlich.) Der polnische Gesandte in Berlin, Olscowski, hat dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann im Auftrage der polnischen Regierung folgende Erklärung übergeben:

„Ein Teil der deutschen Optanten, die im Sinne der Bestimmungen des Artikel 11 und 12 des Wiener Abkommens vom 30. August 1924 ihren Wohnort aus Polen nach Deutschland spätestens am 1. August 1925 hätten verlegen müssen, haben sich nicht an die Bestimmungen gehalten, wenn sie bis zu diesem Augenblick die Grenzen der Republik Polen nicht verlassen haben, indem die polnischen Optanten in Deutschland entsprechend der ihnen von deutscher Seite erteilten Weisungen abgewandert sind. Die polnische Regierung wünscht mit allem Nachdruck festzustellen, daß die deutschen Optanten mit dem 1. August 1925 zu Ausländern geworden sind, deren Aufenthalt auf polnischem Gebiet nicht legal ist und somit den polnischen Anordnungen unterworfen. Die Maßnahmen werden nach den internationalen Gepflogenheiten gegenüber den Personen angewandt, die sich im Gebiete eines anderen Staates widerrechtlich aufhalten. Die polnische Regierung macht die deutsche Regierung gleichzeitig auf den § 4 des Artikels 12 der Wiener Konvention aufmerksam, der besagt, daß die vertragschließenden Parteien sich damit einverstanden erklären, daß die Optanten, die sich der Verpflichtung, ihren bisherigen Wohnsitz in der festgelegten Zeit zu verlassen, nicht anpassen wollen, an die deutsche Grenze abgeschoben und den deutschen Behörden übergeben werden. Der Zutritt nach Polen kann diesen Personen für immer verboten werden. Die polnische Regierung muß jede Verantwortung der Konsequenzen, die sich für die deutschen Optanten aus diesem Recht ergeben, von sich weisen. Nichtsdestoweniger ist die polnische Regierung bereit, wie bereits einmal festgestellt ist, weiterhin den deutschen Behörden jegliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren, damit sich die Abreise der Personen, die in kürzester Zeit erfolgen muß, in den Formen vollzieht, die den Optanten bei der Abwanderung möglichst alle Unbequemlichkeiten erspart. (!!)

Die deutsche Antwort auf die polnische Optantennote.

Berlin, 11. August. (Amtlich.) Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem polnischen Gesandten in Berlin folgende Antwort zugehen lassen:

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der polnischen Gesandtschaft auf das von dem polnischen Herrn Gesandten am 8. August dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen überreichte Aide Memoire folgendes zu erwidern: Nach den Feststellungen des deutschen Generalkonsulats in Polen haben von den etwa 20 000 Personen, die als Optanten Polen bis zum 1. August verlassen mußten, ungefähr 17 000 die Grenze überschritten. Den Rest von 3000 Personen bilden zum weitaus größten Teil solche, denen auf Grund der zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und dem polnischen Minister des Auswärtigen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit getroffenen Vereinbarungen ein Aufschub zugestanden worden ist. Dagegen haben von den polnischen Optanten, deren Zahl schätzungsweise 14—15 000 betrugen, bisher nach den Feststellungen der deutschen Behörden

nur etwa 3500 das Reichsgebiet verlassen.

An dieser zahlenmäßig geringen Abwanderung der polnischen Optanten aus Deutschland trifft die polnische Regierung insofern ein Verschulden, als die Auftellung der Optantenlisten durch die polnischen Behörden den Bestimmungen des Wiener Abkommens vom 30. August v. Js. zum größten Teil nicht entsprochen haben. Daher hat den polnischen Optanten im Reichsgebiet die Auswanderungsaufforderung nur mit Verspätung zugestellt werden können. Jedoch sei bei der Gegenüberstellung erwähnt, daß der größte Teil der deutschen abwanderungspflichtigen Optanten Polen rechtzeitig verlassen hat, während sich der Hauptteil der polnischen Optanten noch illegal im Reichsgebiet aufhält. Die in der erwähnten Note des Herrn polnischen Gesandten angeführten Rechtsgrundlagen für die zurückgebliebenen Optanten sind der deutschen Regierung bekannt und nicht bestritten worden.

Das Auswärtige Amt weist darauf hin, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau wiederholt und in der folgenden Zeit verlucht habe, um mit der polnischen Regierung zu einer Übereinstimmung über

einen beiderseitigen Verzicht der Optantenausweisungen

zu gelangen. Die Reichsregierung hat als Zwangsmaßnahme die Ausweisung der polnischen Optanten angewendet u. wird sie weiter anwenden, weil die polnische Regierung mit entsprechenden Maßnahmen gegen die deutschen Optanten in Polen vorgegangen ist. Auch jetzt noch hat sich nicht die Haltung der polnischen Regierung geändert, auf die Ausübung des ihr nach Artikel 12 § 4 des Wiener Abkommens zustehenden Rechtes zu verzichten und die nach in Polen verbliebenen Optanten dort zu belassen. Tatsächlich hat die polnische Regierung dem Rest der Optanten die Aufforderung zugestellt, binnen 48 Stunden das Land zu verlassen und dadurch die deutsche Regierung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen. Es liegt nur in der Hand der polnischen Regierung, der früheren deutschen Anregung auf den beiderseitigen Verzicht der Ausweisungen der Optanten stattzugeben, die am 1. November 1925 und 1. Juli 1926 noch abzuwandern haben und um der Welt das beschämenderte Schauspiel sich noch zweimal wiederholen müssenden Ausweisung zu ersparen. Die moralische Verantwortung für die Folgen aller derartiger Zwangsmaßnahmen falle daher der polnischen Regierung zu.

Briand verhandelt in London.

London, 11. August. (WTB.) Der französische Außenminister Briand kam gestern abend hier an und wurde auf dem Bahnhof von Austen Chamberlain und dem französischen Botschafter in London empfangen.

Botschafter v. Hoesch reist nicht nach London.

Berlin, 10. August. Ein Berliner Blatt berichtet, daß der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Hoesch sich während der Aussprache Briands mit Chamberlain nach London begeben werde. Die Nachricht trifft nicht zu. Sollte eine Vertretung der deutschen Interessen bei dieser Unterredung notwendig sein, so wird der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in London zugegen sein, nötigenfalls wir der auf Urlaub befindliche Botschafter Sthamer nach London zurückberufen werden.

Paris, 11. Aug. (WTB.) Zur Konferenz Briand—Chamberlain schreibt der „Temps": Es genügt festzustellen, daß der Premierminister Baldwin seine Ministerkollegen ersucht habe, während der Verhandlungen mit Briand London nicht zu verlassen, damit Chamberlain, wenn nötig, sich mit seinen Kollegen über die wesentlichsten Punkte zu treffenden Entscheidungen beraten könnte, um die Bedeutung der Verhandlungen zu begreifen, die während zweier oder dreier Tage geführt werden. Die Tatsache, daß der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten seine Kollegen jedesmal dann befragen kann, wenn eine wirkliche Schwierigkeit sich im Verlaufe der Besprechungen ergibt, oder wenn eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen ist, wird vielleicht die Dinge nicht erleichtern, weiß man doch, daß sehr verschiedene Ansichten innerhalb der englischen konservativen Regierung zu Tage treten, aber die Politik Chamberlains ist von Stanley Baldwin immer unterstützt worden, dessen Einfluß bei der konservativen Mehrheit im Parlament sei doch entscheidend, daß schließlich er es ist, der die Haltung des Kabinetts bestimmen wird. Wir haben, so schreibt der „Temps", der in seinem Leitartikel die einzelne zur Debatte stehenden Fragen bespricht, die feste Hoffnung, daß Briand und Chamberlain alle den Sicherheitspakt betreffenden Fragen praktisch lösen können, ohne daß beiderseits der Eindruck eines Mißverständnisses oder auch nur der Schein einer Zweideutigkeit bestehen bleibt, aber man muß doch feststellen, daß die Kampagne, die ein Teil der englischen Presse führt, diese Lösung nicht erleichtert.

*

Die Besprechung, die am Dienstag zwischen Chamberlain und Briand über die Sicherheitsfrage stattfinden wird, wird in doppelter Beziehung einen Wendepunkt in der internationalen Erörterung der Sicherheitsfrage darstellen. Es wird sich zum ersten darum handeln, eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli auszuarbeiten, die nicht nur den Faden der Verhandlungen weiterspinnen, sondern bereits den unmittelbaren Übergang vom Stadium der Vorverhandlungen auf Notenwege zur direkten Erörterung in gemeinsamen mündlichen Besprechungen schaffen soll. Zum anderen aber soll in London der gesamte Komplex des Sicherheitsproblems und aller damit zusammenhängenden Fragen gründlich durchgesprochen und — nach Briand — eine gemeinsame Basis oder — nach Chamberlain — ausreichende Klarheit über die gegenseitige Auffassung geschaffen werden. Die Aussichten für eine Einigung auf gemeinsamer Grundlage zu beurteilen, erscheint, insbesondere in Unkenntnis der von beiden Seiten ausgearbeiteten Garantiepaktentwürfe, nicht leicht. Die Nachrichten darüber sind verworren und sprechen bald von einer leicht erreichbaren prinzipiellen Übereinstimmung, bald von beträchtlichen Differenzen, die noch zu beseitigen seien. Nach allem, besonders aber auch nach der oben festgestellten grundsätzlich verschiedenen Auffassung über den Zweck der Londoner Zusammenkunft, zu urteilen, kann von einer leicht erreichbaren Einigung kaum die Rede sein. Ein vortreffliches Barometer zur Beurteilung der Aussichten bietet die beiderseitige Pressestimmung. Die Pariser Blätter wußten schon vor mehreren Tagen der Welt zu berichten, daß, neben „einigen Differenzen in nebensächlichen Punkten", über alle wichtigen Fragen bereits ein volles Einverständnis erzielt sei, so daß die Hoffnung bestehe, daß Deutschland ein gemeinsamer Entwurf zur Annahme vorgelegt werden können. Noch am Sonnabend berichtete eine Havasmeldung in ähnlichem Sinne. Später trat aber ein umverkennbarer Umschwung ein, und es erwies sich, daß auch hier wieder der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Der Pariser Optimismus hat eine beträchtliche Abkühlung erfahren und heute berichten die Blätter über die grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung, die zwischen London und Paris besteht. Danach hat sich nicht nur der Druck der Dominien auf die britische Regierung gegen weitgehende kontinentale Verpflichtungen verstärkt — in der Frage selbst nehme London unverändert den alten Standpunkt ein, der insbesondere in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit sowie in der Frage der selbständigen Sanktionen grundsätzlich von dem französischen abweicht. Es erweist sich, daß England nicht nur nach wie vor eine Garantie der Ostgrenzen ablehnt, sondern auch gegen das Recht der selbständigen Sanktionen ohne Schiedsgericht entschieden Stellung nimmt. In diesem Sinne haben sich auch Berliner amtliche Stellen ausgesprochen und festgestellt, daß eine Einigung sich höchstens auf den Westen beziehen könne, die Differenzen über den Osten aber unvermindert weiter bestehen. Daneben sträubt sich England gegen die Taktik Briands, Deutschland, als den Initiator der Verhandlungen, vor vollendete Tatsachen einer englisch-französischen Einigung zu stellen und drängt zu einer generellen Aussprache mit Einschluß Deutschlands. Es erscheint unter diesen Umständen fraglich, ob in London mehr als über eine inhaltlich ziemlich dürftige Antwort am Deutschland ein wirkliches Einvernehmen erzielt wird.

Die verspätete Räumung Düsseldorfs.

Düsseldorf, 10. August. (ZU.) Wie verlautet, werden die Familien der Besatzung voraussichtlich zwischen dem 18. und 20. Aug. Düsseldorf verlassen. Vom 21. August an beginnt die Räumung durch die Truppen, sodaß etwa am 28. August die Räumung beendet sein soll.

*

Die preußische Verfassungsfeier.

Die Verfassungsfeier des preußischen Staatsministeriums im Konzertsaal der staatlichen Hochschule für Musik (Hardenbergstraße, Ecke Fasanenstraße 1) beginnt, worauf der amtliche preußische Pressedienst hinweist, pünktlich abends 8 Uhr. Sie wird eingeleitet mit dem Vorspiel aus den „Meisterstingern von Nürnberg". Dann folgt die Ansprache des preußischen Ministers des Innern, Severing, an die sich der gemeinsame Gesang der ersten Strophe des Deutschland-Liedes anschließt. Den Abschluß findet die Verfassungsfeier mit der 9. Sinfonie Beethovens. Es wirken mit das Philharmonische Orchester und der Berliner Volkschor, als Solisten: Minna Ebel-Wilde, Frieda Langendorf, Eugen Transky, Cornelis Bronsgeest. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Erich Kleiber.

Über die Eintrittskarten ist bereits verfügt.

Mit der festlichen Herrichtung des Saales der Musik-Hochschule ist der Vorsteher eines akademischen Meisterateliers für Architektur, Professor Poelzig von der preußischen Kunstverwaltung, im Auftrag der Staatsregierung betraut worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250811-17/fragment/page=0009